DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

256 23. JAHRGANG Januar 2006 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ZOFF UM EUROJOBS

Im Oktober 2005 berichtete die Sozialistische Selbsthilfe Köln in CONTRASTE über die Bedrohung von Selbsthilfeinitiativen durch die Einrichtung von 120 Eurojobs über die ARGE-Köln beim gemeinnützigen Möbelverbund Köln. Trotz Zusage durch die Stadt Köln und der ARGE an die Mitgliedsbetriebe des Verbundes, Eurojobs würden nur zusätzlich und gemeinnützig eingerichtet, stehen Betriebe wie die Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim mittlerweile kurz vor dem Ruin. Seite 3

AKTIONSKONFERENZ

Angekündigt wurde das Treffen als Aktionskonferenz der »Bewegung der Bewegungen«. Logo und Name des Sozialforums wurden genutzt, um nach außen aufzutreten und die gewünschte Politik zu machen – obwohl die Charta des Sozialforums das ausschließt. Doch richtig absurd wurde erst der konkrete Ablauf. Näheres dazu auf Seite 4.

GRATISÖKONOMIE

Die Verhältnisse von der Wurzel an verändern und neu aufzubauen. Was heißt das? Was wissen wir darüber? Welche Erfahrungen gibt es? Nicht eben viele. Im Gegenteil: es ist notwendig, andere Erfahrungen zu machen und andere gesellschaftliche Kooperationen auszuprobieren. Mit diesem Anliegen, im kleinen andere Praxen zu entwickeln und zu versuchen, hat sich in Berlin eine Gruppe von Leuten aus dem Umfeld des Umsonstladens auf die Suche nach Handlungsmöglichkeiten begeben. Seite 5

RECHTE PROPAGANDA

»Propaganda wirkt wahrscheinlich am effektivsten auf die gebildeteren Sektoren der Bevölkerung, denn schließlich sind diese Teil des Propagandasystems und verbreiten Propaganda. Tendenziell jedoch führt Propaganda bei Menschen zu Skepsis und zu einer Abneigung gegenüber den Institutionen. Vor diesem Hintergrund sind Phänomene wie die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit zu sehen«, so Noam Chomsky im Interview mit Steven Durel auf Seite 11.

VENEZUELA

Arbeitervertreter und Gewerkschaftsaktivisten aus dem gesamten Land trafen sich Ende Oktober in Caracas zu einer nationalen Versammlung der ArbeiterInnen für die Wiederinstandsetzung von Firmen. Das Hauptziel des vom venezolanischen Gewerkschaftsbund UNT einberufenen Treffens bestand darin, ArbeiterInnen, die Erfahrungen bei der Besetzung von Betrieben und den verschiedenen Formen der Arbeiterverwaltung gesammelt hatten, zusammenzubringen und um ein erstes lateinamerikanisches Treffen vorzubereiten. Seite 12

www.contraste.org

DER KNAST – EINE INSTITUTIONALISIERTE PERVERSION?

Zensur und Repression

»Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit, Kunst und Wissenschaft«

Art. 5. des Grundgesetzes
(1) jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.
Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Zensur hat viele Facetten und über Sinn oder Unsinn wird immer wieder in allen möglichen Zusammenhängen diskutiert: die Zensur von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, von Film und Fernsehen. Aber auch die Zensur in der Schule, bekannt als Notengebung, dient zur Auslese im gesellschaftlichen Klassensystem. Die schwerwiegendste Form von Zensur war wohl die politisch motivierte Bücherverbrennung und der religiöse Index.

Von Gerhard Kern, Knastredaktion ● Nicht zuletzt, aber häufig für den Normalbürger unbemerkt, gibt es die Zensur der Informationen an und von Inhaftierten in den Zuchthäusern, kurz und knackig Knast genannt. Immer jedoch ist sie Mittel zur Steuerung des Gehorsams der Untertanen (heute Bürger genannt). Besonders brutal und offen tritt sie in autoritären Gesellschaften auf. Auch im demokratischen Staatswesen hat sie ihren wichtigen Stellenwert für die Regierung und ihre Organe. Zwar heißt es im GG: *»jeder hat das Recht seine Meinung in Wort und Bild frei zu äußern....«*, doch diese Freiheit wird im nächsten Passus gleich wieder relativiert mit *»Diese Rechte finden ihre Schranken...«*. Hier wird den Zensoren der Weg zur Willkür eröffnet und wie im realen Leben gibt es bekanntlich die Definitionsmacht, die in der Regel auch im Bereich der Justiz nicht beim Bürger liegt.

Damit dennoch die meist berechtigten Kritiken und Vorwürfe der Inhaftierten an die Öffentlichkeit gelangen können, sind z.B. die RedakteurInnen von Knastzeitungen oft abenteuerliche Wege gegangen, um ihr Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen. *»Haberfeld«*, eine Zeitung von RedakteurInnen von drinnen und draußen gemacht, transportierte z.B. eine Ausgabe als Schrift eines Kardinal Josef Moser mit dem Titel »Der Herr ist die Kraft meines Lebens« in die Öffentlichkeit. Im Jahrbuch '87 der Knastzeitschrift *»Haberfeld«* wurde dann informiert: *»Anstelle der sauren Pflicht haben wir die süße Lust, den Zensoren ein Schnippchen zu schlagen gewählt«*. Die Autoren Koch/Vomberg (1) berichten, dass die mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren erschienene Gefangenenzeitung *»Kuckuckseі«* einen offenen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau schrieb, mit der Forderung nach Rücktritt des Justizministers. Der Grund des Schreibens waren unzumutbare Zustände im Knast. Die unverhüllte Kritik führte dazu, dem Anstaltsleiter und verantwortlichen Redakteur die Herausgabe der Zeitung zu entziehen, nicht aber den zuständigen Justizminister zu entlassen.

Wir von der Knastredaktion der Monatszeitung CONTRASTE hatten schon im Oktober 2004 in einem Themenschwerpunkt unter Mitarbeit von Menschen, die eine Haftstrafe absolvier(t)en, die teils unmenschlichen Bedingungen auch im deutschen Knast thematisiert.

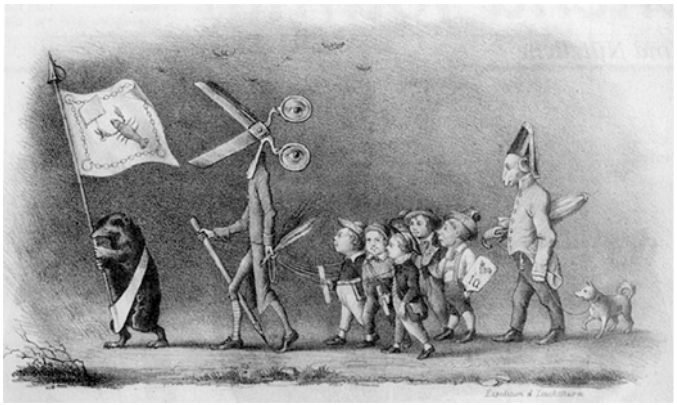
Im September 2005 platzte dem Mitarbeiter des »Autonomen Knastprojektes Köln« (AKK) Michael Deutschewitz der Kragen, als die Initiativenzeitung *»kumm erus«* aus Köln mit einer Beilage der *»Unbequemen Nachrichten«* (UN) in der JVA Tegel nicht an einen Gefangenen ausgeliefert wurde. Das war u.a. der Grund, sich mit dem Thema der Zensur zu befassen.

Unser Interesse hier in der heilen Welt ohne Mauern war und ist nicht nur Solidarität, sondern auch ein humanitär politisches Interesse. Dieses wird gespeist aus Wahrnehmungen und Kontakten mit denen da drinnen und so zu einem gemeinsamen Interesse. Wir möchten ganz einfach, dass die straffällig Gewordenen so behandelt werden, dass ihre Menschenwürde gewahrt oder ermöglicht wird. Wir möchten, dass sie mit ihren Leuten drinnen und draußen offen und ehrlich kommunizieren können, dass Zeitungen und Bücher und möglichst vielfältige Kommunikationswerkzeuge zur Verfügung stehen.

Wie leicht ein Mensch im Knast landen kann, belegen viele Beispiele (2). Selbst nach der gängigen Rechtsauffassung stehen Tat und Strafe nicht immer (3) in einem adäquaten Verhältnis und für die soziale Rehabilitation ist der Informationszugang und die Meinungsäußerung unabdingbar.●

Anmerkungen:
1) Helmut H. Koch/Anja Vomberg: Gefangenenzeitungen – Was dem Zensor zum Opfer fällt. (Grundrechtereport 1997), siehe auch: www.aks-ev-.net/aks/ziele.html
2) GL: »Wie ich Verbrecher wurde« Beitrag in diesem Schwerpunkt
3) Über Sinn und Unsinn von Strafe zu diskutieren, ist hier nicht der Raum

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10



Die »gute« Presse

Süsse heilige Censur,
Lass uns gehn auf deiner Spur;
Leite uns an deiner Hand
Kindern gleich, am Gängelband!

Die Lithografie von unbekannter Hand aus dem Jahr 1847 zeigt die Arbeitsbedingungen der Journalisten vor der Revolution: Allen voran trägt der blinde Maulwurf das Banner der Zensur, die auch in dem angeführten Gedicht getadelt wird. Es folgt die Schere im Kopf, die nicht nur den Schreibern den Griffel führt. Und als Nachhut wacht ein von einem Obrigkeits-Schaf geführter Spitz(el). Dazwischen die Schar der Journalisten, die sich zerknirscht fügen muss.

SCHENKUNGS-ÖKONOMIE IN BERLIN: INTERVIEW MIT ANNE AACH

Free-Boxen

von Paul, indymedia

Paul: *Was machst Du beruflich?*

Anne: Beruflich? Nichts. Ich bekomme Arbeitslosengeld II und ich fühle mich prima damit.

Hast Du als Arbeitslosengeld-II-Bezieherin kein schlechtes Gewissen, weil Du auf Kosten der anderen lebst?

Du meinst, warum ich nicht auch den Drang verspüre, meinen Beitrag an notwendigen Tätigkeiten zu ...(äh)?

Möchtest Du nicht Dein eigenes Geld verdienen?

Eigenes Geld? »Verdienen«? Ach. Kaum ein Mensch bekommt doch so viel Geld, wie er »verdient«.

Liegst Du den anderen nicht auf der Tasche?

Freilich. Aber wenn ich nun arbeiten gehen würde um »mein eigenes Geld zu verdienen«, würde ich doch jemand anderem den Arbeitsplatz wegnehmen. Ich komme damit klar, arbeitslos zu sein, bekomme keine Psychosen, muss nicht in Therapie. Warum soll ich dann Menschen, die unbedingt einen Job brauchen, nicht die Arbeit überlassen.

Du könntest Dir doch einen zusätzlichen Job schaffen, wobei Du niemanden den Job wegnehmen musst.

Klar, das ginge. Ich könnte einen Verein gründen, der meiner Meinung nach etwas sinnvolles als Ziel hat, mir dort eine bezahlte Stelle verschaffen ... und dann immer der Eiertanz zwischen dem, was wir gut und richtig finden, wofür wir aber wenig Geld bekommen oder das, wo wir zwar mehr verdienen, aber es wieder weniger unseren Zielen und Idealen entspricht. Bei der LEBENSHILFE zum Beispiel: Kümmere ich mich mehr um die Menschen, vergeht zu viel Zeit, ich komme nicht mehr auf meinen zum Überleben notwendigen Monatslohn. Mache ich aber schnell, schnell, um auf meinen notwendigen Monatslohn zu kommen, muss ich wieder woanders Abstriche machen. Ich bin froh, dass ich die zwei Sachen gerade trennen kann. Vom Job-Center bekomme ich das Geld und kann dann machen, was ich für sinnvoll halte, ohne mich zu verbiegen.

Was machst Du, wenn Du nicht arbeitest?

Ich kümmere mich mit anderen zusammen um mehrere Free-Boxen.

Free-Boxen?

Das kann ein Schrank oder Regal sein, wo Leute Sachen hinbringen, die sie selbst nicht mehr brauchen, aber die zum Wegschmeißen zu schade sind. Z.B. Klamotten, Bücher, Radio-Geräte, die andere noch gebrauchen können.

Wo stehen die Free-Boxen?

In unseren Wohngebieten, möglichst dort, wo ein Dach drüber ist und sehr viele Menschen vorbeilaufen.

Wie klappt es?

Prima. Es gibt nur zwei Probleme. Es wird mehr gebracht als mitgenommen. Und beim Durchschauen hinterlassen manche ein Durcheinander. Wir sortieren das Zeug fast täglich und schmeißen weg, was keiner mehr haben möchte. Ich lege zusätzlich noch Sachen in Bushaltestellen oder auf dem Regional-Bahnhof aus. Ich mache einen Zettel ran, auf dem steht: »zu verschenken« und drunter noch ein bisschen Propaganda für eine Schenkungs-Ökonomie.

Noch mal zum Thema Arbeit: Was kritisierst Du an Arbeit?

Ich sehe es nicht ein, dass Menschen immer länger arbeiten sollen. 40-, 50-Stunden-Woche, wofür? Warum? Außerdem ... grundsätzlicher: Weltweit werden mehr als doppelt so viele Lebensmittel hergestellt, wie alle 6,5 Milliarden Menschen auf diesem Planeten essen könnten. Warum hungern und verhungern aber Menschen? Dank der Automatisierung gibt es immer weniger zu tun. Aber wer keinen Job hat, hat kein Geld und kann sich nichts zu essen kaufen.

Was schlägst Du vor?

Einfach produzieren, was notwendig ist, es verteilen und gut ist.

[An dieser Stelle mussten wir das Interview wegen eines Polizei-Einsatzes leider längere Zeit unterbrechen.]

Wir waren bei der Alternative stehen geblieben.

Ja. Ich produziere etwas, was ich für sinnvoll halte und bringe es in den Abhol-Markt, wo es sich jede und jeder einfach wegnehmen kann. Ich verschenke alles, was ich selbst nicht brauche.

Viele sind skeptisch, dass das funktioniert.

Es gibt Kommunen mit Hunderten Menschen, wo es so läuft.

Dann ist doch alles prima. Alle, die wollen, ziehen in Kommunen und so kann sich das immer mehr ausweiten.

Ja, die BRD lässt vieles zu. Allerdings sind diese Kommunen alle zu klein. Sie können nie alles herstellen und anbieten, was gebraucht wird. Sie sind auf ihre Umgebung angewiesen. Innerhalb der Kommune können sie ohne Geld leben, aber mit der Umgebung müssen sie wieder über Geld vermittelt in Austausch treten.

Fortsetzung auf Seite 2

D 8008

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Tagung am 3./4. Februar 2006 in München

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit – Nein zu Krieg und Militarisierung

»Die Münchner Sicherheitskonferenz«, schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, »ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärallianz strategische Entscheidungen beraten und untereinander abstimmen.«

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: »Frieden durch Dialog«.

Bei der jährlich stattfindenden sogenannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.

Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – abgeschirmt durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung auf Münchens Straßen. Dort tagen die Außen- und »Verteidigungsminister«, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte »Krieg gegen den Terror«, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren die Besatzungsherrschaft im Irak und um Pläne gegen Iran.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht »auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (Wortlaut der verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung von »Auffanglagern« in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme sind zwei Seiten einer Medaille.

Allein in Deutschland sollen Anschaffung neuer Waffensysteme in den nächsten 10 Jahren rund 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und von Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.

Krieg und Sozialkahlschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest.Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.

Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen. Die NATO-Militärtagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort:

Massenhafter Protest und Widerstand!

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten;
- Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht;
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung;
- Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus;
- Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen;
- Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage.

NO JUSTICE NO PEACE
Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Freitag, 3. Februar 2006
Aktionstag mit kreativen Aktionen gegen die NATO-Militärtagung.
17 Uhr Kundgebung am Marienplatz

Samstag, 4. Februar 2006
Großdemonstration gegen die NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof
12 Uhr vom Lenbachplatz zum Marienplatz

Aktuelle Infos: www.no-nato.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Jetzt wäre es toll, immer mehr Kommunen würden nebeneinander entstehen, bis – sagen wir mal das ganze Gebiet des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern nur noch aus Kommunen besteht, dann könnte auf diesem ganzen Gebiet Alles ohne Geld ... es könnte eine Schenkungs-Ökonomie auf großem Gebiet stattfinden. Aber das lässt kein Staat zu: Zunächst verlangt er Grundsteuer für den Grund und Boden. Wenn die Menschen dort also ohne Warentausch und ohne Geld glücklich mit allem, was sie brauchen, selbstversorgt leben, dann brauchen sie doch Geld um die Grundsteuer zu bezahlen. Und dieses Geld bekommen sie nur, wenn sie Waren oder Dienstleistungen nach außen verkaufen. Da ist dann schon mal Schluss. Zweitens würde der Staat massenhaften Austausch von »geldwerten Leistungen« zugrunde legen und massenhaft Märchensteuer von den Bewohnern und Bewohnerinnen verlangen. Oder: Da die Menschen sich dort in Mecklenburg Alles schenken, verlangt der Staat auch noch Schenkungssteuer. Margret Thatchers »There is no alternative!« muss korrekt heißen: »Wir lassen keinerlei Alternative zu!«

Anne, ich danke Dir für dieses Gespräch.●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2006:

Start ins Neue Jahr

Es sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen für den Start ins Neue Jahr, gab es doch im Dezember 15 neue Abos, zwei Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften und eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von bisher 62 auf 154 Euro. Eine Spende durch Erasmus Schöfer im Herbst 2005 über zehn Schnupperabos war erfolgreich, denn zwei der Beschickten reagierten mit einem Folgeabonnement. Auf unserem Spendenkonto gingen bis zum Stichtag 28.12.2005 weitere 529,70 Euro ein.

Redaktion Heidelberg ● Durch Euch an Freunde und Freundinnen gespendete Schnupperabos sind gezielte Werbung für unser Zeitungsprojekt, denn Ihr könnt am besten einschätzen, ob die Lektüre der CONTRASTE auch ankommt. Erasmus Schöfer hat im Dezember weitere zehn Schnupperabos gespendet. Herzlichen Dank!

Leider ließen sich Abokündigungen wiederum nicht vermeiden, sieben Abos wurden gekündigt. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei +146.

Neue Fördermitglieder durch Umwandlung ihres Abos wurden:

- Maria Rosenmeyer, Blierenstorf (ab August 2006, 62 EUR)
- Bernd Müller, Halle (62 EUR)

Erhöht hat ab sofort seinen Mitgliedsbeitrag um 92 EUR:

- Naturkostladen Abraxas, Neustadt/Weinstraße

Folgende Spenden erreichten uns:

- Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
- Hella Hertzfeld, Berlin (55 EUR)
- Kai Böhne, Göttingen (30,70 EUR)
- Georg Petau, Polle (100 EUR)
- Heino Burger, München (100 EUR)
- Uta Knischewski, Dresden (100 EUR)
- Peter Streif, Stuttgart (16 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt/Weinstr. (38 EUR)
- Peter Bargfrede, Bremen (20 EUR)
- Dr. Johannes Hilmer, Bochum (30 EUR)
- Helmut Schön, Bad Salzuflen (25 EUR)

Herzlichen Dank an alle SpenderInnen und an unsere Fördermitglieder!

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Durch die Spenden und Mehrerträge liegt unser Spendenziel nun bei **6.384,30 EUR**. Davon werden **4.384,30 EUR** für die voraussichtliche Deckungslücke im Jahr 2006 benötigt. Weitere **2.000 EUR** benötigen wir für den Abbau unserer Altschulden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 6.384,30 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 146+ Neuabos

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zu kommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Ihr habt beim Einzugsverfahren bis zu sechs Wochen die Möglichkeit, diese zu stornieren. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

KURT'S SURF CENTER: INFORMATIONSLENKUNG & -UNTERDRÜCKUNG

Multi-Media-Meinungsmacht

Über die »News-Industrie«, ihre »Meinungsmacher« und was die so alles an Information weg- und zulassen können, kann nicht oft genug geschrieben werden. Das manipulative Multi-Mediapotenzial ist erschreckend. Da findet in den USA die konservative Revolution inzwischen schon längst auch elektronisch statt. Die Bush-Regierung erschwert zum einen den Zugang zu öffentlichen Dokumenten und betreibt zum anderen – unterstützt von zahllosen rechten

Es wird geblogt. Foren und Chaträume werden »erobert«. Es wird gesendet, was das Zeug hält. Hauptfeind dieser neu verfassten »Öffentlichkeit von oben« ist die »liberale Presse« und ihr »linkes Medien-Establishment«, gegen welches Stück für Stück Boden gut gemacht werden soll.

Ein mit reichlich finanziellen Mitteln ausgestattetes Netzwerk schließt Newsletters, Think Tanks und Talk Radio genau so mit ein wie Kabel-TV-News und das Internet. Häufig auch in Zusammenarbeit mit dem Weißen Haus haben diese Publikationen eine systematische Kampagne lanciert, um das zu diskreditieren, was sie etwas geringschätzig als »MSM«, Mainstream Medien, bezeichnen. Via Internet können die Kommentatoren ihre Kritik an der Presse einem größeren Publikum sehr viel schneller und wirkungsvoller als zuvor zuführen.

In einem Netz enormer kommunikativer Dichte ist von Meinungsmacht ein vollkommen neues Bild entstanden. Früher ging es gegen die Pressekonzentration (»Springer-Presse, halt die Fresse!«). Früher gab es nur wenige »Sender« und die Ohnmacht der »Empfänger« und die Versuche, mit Gegenöffentlichkeit gegen das Establishment anzustinken. Heutzutage ist alles anders. Jeder »Empfänger« kann gleichzeitig »Sender« sein. Die Welt schrumpft zusammen zum globalen Stammtisch: die Rechte hat dies erkannt und schickt sich an, hier die Hoheit zu erobern.

»Informationsbrandstiftung« ist angesagt, bei der für Verbreitung unterbliebener Nachrichten je eher gesorgt wird, je subversiver ihr Charakter ist. Nachrichten verbreiten sich »memetisch« (d.h. vergleichbar mit quasi virtuellen Viren) und das ist natürlich nicht nur schlecht. Bedenklich ist vielmehr, dass es der Rechten auch in dieser neuen Situation gelingen kann, diesen wahren Meinungswildwuchs zu dominieren.

Offensichtlich entscheidend hierbei sind jedoch nicht nur der Zugang und die Mittel, die bei Konservativen eher vorhanden sind. Gerade auch der Verschwörungscharakter ihres Informationsmülls scheint erst recht für seine Verbreitung zu sorgen. Und der vermeintliche »Hyperlink zum Himmel« sorgt bei selbsternannten Glaubenskriegern aller Konfessionen für den Rest.

Trotzdem ist es wirklich an der Zeit, dagegen anzustinken. Deshalb wird z.B. auch in diesem Jahr bereits zum 4. Mal das Memefest (s. www.memefest.org und ein Interview auf Seite 11) stattfinden, welches als virtuelles Festival für radikale Kommunikation konzipiert ist. Einsendeschluss ist der 20.5.2006.●

»Blog« ist eine Nachricht, Mitteilung oder ein Kommentar, die im Internetzeitalter eben nicht nur von Journalisten erstellt werden kann.
»Chaträume« sind Treffpunkte im Web, in denen in Echtzeit diskutiert werden kann.
»Foren« sind zu Themen eingerichtete Diskussionsbörsen.
»Meme« ist ein Begriff einer modernen Kommunikationstheorie, nach der im Zeitalter Neuer Medien gewisse Nachrichten oder Publikationen sich wie eine Infektion, eben memetisch, verbreiten.
»Newsletter« nennt sich eine über email versandte sporadisch erscheinende Informations- oder Werbepublikation.
»Talk Radio« ist über Internet ermöglichtes interaktives Radio.

DIE ARGE-KÖLN VERNICHTET ARBEITSPLÄTZE

Eurojob-Misere

Im Oktober 2005 (CONTRASTE Nr. 253, Seite 3) berichtete die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) über die Bedrohung von Selbsthilfeinitiativen durch die Einrichtung von 120 Eurojobs über die ARGE-Köln beim gemeinnützigen Möbelverbund Köln. Die SSK als Nichtmitglied des Verbundes hatte die Gefahr rechtzeitig erkannt. Mittlerweile sind durch den Einsatz von Arbeitslosen auch die regulären Arbeitsplätze von Mitgliedsbetrieben im Verbund bedroht. Nachfolgend eine Stellungnahme der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM):

Vermehrt wird die Sorge laut, dass mit den sogenannten 1-Euro-Jobs Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Tage meldete sich der ehemalige Sozialminister Heiner Geissler zu Wort: *»Die 1-Euro-Jobs vernichten reguläre Vollzeitarbeitsplätze. Hartz IV hat sich zu einem finanziellen, arbeitsmarktpolitischen und menschlichen Desaster entwickelt. Hartz IV geht von einer völlig falschen Voraussetzung aus: Die Arbeitsplätze, für die die Arbeitslosen stimuliert werden sollen, gibt es gar nicht.«* (Kölner Express, 30.11.2005)

Auch unsere Selbsthilfegruppe kämpft um ihre Existenz. Die Aufträge für Wohnungsauflösungen und Entrümpelungen sind 2005 zurückgegangen. Und immer weniger können wir die Preise erzielen, die für die Sicherung unseres Lebensunterhaltes notwendig wären. Unsere finanziellen Reserven sind aufgebraucht und wir wissen kaum noch unser wöchentliches Taschengeld zusammenzubringen. Was sind die Ursachen?

Einerseits füllt sich in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit das Branchenbuch mit neuen Anbietern, die sich oft mit Billigangeboten zu etablieren suchen. Zum anderen versorgt die Kölner ARGE (Zusammenschluss der Kölner Sozialverwaltung mit der Bundesagentur für Arbeit) Vereine wie die *MüTZe, HoSe, BfO, SKM* und *Emmaus* mit insgesamt 120 Eurojobs, teils ausgerechnet im Bereich Secondhand, Möbellager und Wohnungsauflösungen. Die Menschen, die 1-Euro-Jobs haben (offiziell Integrationsstellen), kosten nur ein Taschengeld. Eine Aussicht auf einen Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt besteht nicht. Nach sechs Monaten stehen sie wieder auf der Straße. Den Beschäftigungsträgern werden dagegen für ihren Aufwand, ihre Betreuung und Qualifizierung bis zu 685 Euro pro Eurojob ausgezahlt, woraus diese sich u.a. Anleiterstellen finanzieren. Für den Dachverein der oben genannten Vereine, den sogenannten Möbelverbund, macht das eine Summe bis zu einer Million Euro im Jahr aus. Die Beteiligung an der Arbeitslosenindustrie zahlt sich aus.

Werden die Eurojobber nun als LKW-Fahrer, Möbelträger oder in den Secondhand-Möbellager eingesetzt, kassieren die Vereine doppelt. Nach den Betreuungsgeldern lassen die Einnahmen bei den Kunden nochmals die Kasse klingeln. Dies bedeutet allerdings eine enorme Wettbewerbsverzerrung für den ersten Arbeitsmarkt, was nach dem Hartz IV-Gesetz ausdrücklich verboten ist. Eurojobs dürfen nur »zusätzlich und gemeinnützig« sein. Stattdessen werden bei allgemein schwieriger Wirtschaftslage Arbeitsplätze bei den regulären Firmen im Secondhandgewerbe vernichtet. Selbsthilfegruppen wie die SSM, die ihren Lebensunterhalt am Markt verdienen müssen, werden in der Existenz bedroht. So wird die Einrichtung von Eurojobs zum puren Widersinn.

Integration geht anders. Bei der SSM sind Erwerbsarbeit, Wohnen und Selbstversorgung miteinander verknüpft. Unsere Selbsthilfegruppe konnte in den letzten Jahren fünf neue Arbeitsplätze schaffen. Menschen, die obdachlos, arbeitslos oder früher drogenabhängig waren, haben hier wieder Arbeit und eine dauerhafte Perspektive gewonnen. Seit 1979 besteht unser Projekt. 25 Erwachsene und Kinder können bei uns wohnen und ihr Auskommen haben. Wir wirtschaften in eine Kasse und zahlen uns ein für alle gleiches Taschengeld aus. Bei uns sitzen alle im selben Boot und alle rudern mit, so gut sie können. »Keiner ist überflüssig«, so lautet das Geheimnis unseres Erfolges. Im August dieses Jahres wurde unser Projekt mit dem »Oscar-Romero-Preis« ausgezeichnet. Weil die SSM am ersten Arbeitsmarkt wirtschaftet und keine Sozialhilfe wie Arbeitslosengeld für ihre Mitglieder annimmt, erspart sie der Stadt Köln jährlich mindestens 125.000 Euro. All dies wird nun gefährdet. Finanziell eine Milchmädchenrechnung. Politisch erbärmlich, wenn gerade diejenigen, die ihr Leben wieder in die eigene Hand genommen haben, erneut ins Abseits gedrängt werden.

Wir wissen nicht, wie es für uns weitergehen kann. Soll Köln dafür bekannt werden, dass es Menschen unmöglich gemacht wird, unabhängig von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zu leben? Seit unserem Start 1979 waren wir immer wieder den verschiedensten Politikerinnen und Politikern nicht geheuer. Alle Jahre wieder war unser Projekt gefährdet, etwa durch den Beschluss des Rates der Stadt Köln unseren dreißigjährigen Mietvertrag vorzeitig zu kündigen, zuletzt durch Androhung der Schließung unserer Selbsthilfe wegen fehlender Umzugslizenz, obwohl in früheren Jahren seitens der Sozialverwaltung eine Ausnahmegenehmigung vereinbart war. All diese Bedrohungen konnten wir überstehen, wussten unsere Selbstbestimmung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren? Wird es ihnen nun nach 26 Jahren durch Manipulation des Marktes gelingen? Sollen wir wirtschaftlich erdrosselt werden, um hinterher sagen zu können, dass Selbsthilfe nicht geht?

Im April dieses Jahres, noch bevor die Eurojobs starteten, teilten wir der Co-Leiterin der ARGE, Sozialdezernentin Marlis Bredehorst, unsere Befürchtungen mit. Es wurde uns versichert, dass der 1. Arbeitsmarkt wie bisher höchste Priorität habe und dass das Ziel der Hartz IV-Maßnahmen sei, Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Und dass wegen Eurojobs kein einziger Arbeitsplatz bei den Selbsthilfegruppen gefährdet sei. Wir haben dieser Zusicherung vertraut. Die Wirklichkeit sieht nun leider ganz anders aus. Was wir seitdem von der ARGE fordern, ist geltendes Recht. Keine Konkurrenz-Eurojobs. Die ARGE muss ihre Pflicht erfüllen und wirkliche Integrationsstellen anbieten, die den Menschen helfen, statt vorhandene Arbeitsplätze zu vernichten. Ergebnis: Bis heute haben wir keine Antwort erhalten.

Nun wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Fragen Sie bei der ARGE nach, warum Gesetze nicht beachtet, warum Firmen und Selbsthilfen in Köln mit Eurojob-Konkurrenz zerstört werden sollen? Was gedenken die Fraktionen im Rat zu unternehmen, um den Selbsthilfen in Köln Zukunft zu ermöglichen? Welche Schritte unternimmt der Deutsche Gewerkschaftsbund in Köln gegen Arbeitsplatzvernichtung durch Eurojobs? Warum betreibt der Möbelverbund auch irreguläre Eurojobs?●

ADRESSEN

Sozialdezernentin Marlis Bredehorst
Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln
Fax 0221-221 29047
marlis.bredehorst@stadt-koeln.de

Arbeitsgemeinschaft Köln (ARGE),
Direktor
Am Justizzentrum 6, 50939 Köln
Tel. 0221-94298000
koeln.argemittehauptagentur@arbeitsagentur.de

SPD-Fraktion
Rathaus, 50667 Köln
Tel. 0221-22125961, Fax 221-24657
spd-fraktion@stadt-koeln.de

CDU-Fraktion
Rathaus, 50667 Köln
Tel. 0221-22125970, Fax: 22126574
cdu-fraktion@stadt-koeln.de

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Gülichplatz 3, 50667 Köln
Tel. 0221-221-25918, Fax: 221-24555
gruene-fraktion@stadt-koeln.de

FDP-Fraktion
Rathaus, 50667 Köln
Tel. 0221-221-23830, Fax 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de

Fraktion Die Linke
Gülichplatz 3, 50667 Köln
Tel. 0221-221-27841
Fax 0221-9235001
dielinke.pds-gruppe@stadt-koeln.de

DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg
Vorsitzender Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Tel 500032-0, Fax 500032-20
koeln@dgb.de

Möbel-Verbund gemeinnütziger
Kölner Möbellager e.V.,
Geestemünder Str. 42, 50735 Köln
Tel. 0221-5605673, Fax 5605674,
info@koelns-zweite-hand.de

Anfragen und Antworten werden wir auf unserer Homepage http://eurojobmisere.ssm-koeln.org veröffentlichen (Achtung, nicht www mit eingeben). Dort sind und werden weitere Beiträge, Stellungnahmen, Antworten zu lesen sein. Auch werden dort Radiobeiträge zum Download abgelegt sein.
SSM, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln, Tel. 0221-640 31 52, Fax 640 31 98, info@ssm-koeln.org
www.ssm-koeln.org

NUTZEN STATT BESITZEN ...

Das Leben in unserer Konsumgesellschaft überflutet uns täglich mit einer Fülle von Anreizen. Zu den vorhandenen Grundbedürfnissen wecken Werbung, aber auch der Konkurrenzkampf mit unseren unmittelbaren Mitmenschen unzählige Bedürfnisse, die kaum, dass sie erfüllt sind, schon neue Keime der Unzufriedenheit in unserem Bewusstsein säen. Ca. 70% der Güter, die wir glauben, so dringend zu brauchen, finden nach einmaliger Benutzung ein trauriges Ende im Keller oder landen gar auf dem Müll. Dies ahnend, will der Verbraucher natürlich immer weniger für seine Wunschobjekte zahlen. Die Industrie hat dagegen herausgefunden, dass Reklamationen immer seltener an die Hersteller zurückgetragen werden. Immer mehr Nutzer ärgern sich zwar, werfen den Gegenstand aber weg, da sich der Aufwand des Reklamierens nicht lohnt.

Der Fokus der Produktentwicklung liegt daher auf Kurzlebigkeit zu Billigstpreisen. Also mehr Schein als Sein. Der Erfolg zeigt sich in immer schneller wachsenden Müllhalden, immer kürzer werdenden Produktzyklen und einer rapiden Ausbeutung von Bodenschätzen und Energiequellen und letztendlich in immer unzufriedeneren Kunden.

Während früher noch der Familienverband und die Dorfgemeinschaft bei Dingen aushalfen, die man zwar dringend – doch nur gelegentlich – brauchte, füllt heute Aldi & Co. mit seinen Billigstprodukten die durch zunehmende Isolation entstandene Lücke.

Was aber tun, wenn man dem Kaufzwang trotzen will?

Hier setzt die Idee zweier Ingenieure aus Südhessen an: Borgen statt kaufen! Sie entwarfen Deutschlands größte Internetbörse für kostenloses Leihen. Auf www.DieBorger.de kann jeder in seiner Nachbarschaft kostenlos Dinge anbieten oder ausleihen. Das System funktioniert auf Gegenseitigkeit. So schont das häufigere Nutzen statt Besitzen eines Gegenstands nicht nur die Ressourcen unserer Erde, sondern ebenso den Geldbeutel des Nutzers.

Kritiker behaupten, Verleihen unterstützt Konsumstreik und schädigt die Wirtschaft. Die Macher der Borger sind da anderer Meinung: Wer sich bewusst für das Borgen entscheidet, investiert das Gesparte in qualitativ hochwertigere Produkte. Diese lohnen sich dann auch im Schadensfalle zu reparieren, was wiederum Arbeitsplätze auf dem heimischen Markt schafft und Ressourcen schont.

Noch etwas haben die beiden festgestellt. Die Borger sind hilfreiche Leute, die nicht nur materiell aushelfen wollen. Die Anzahl der Emails, in denen die Borger fragten, ob sie nicht auch ihre Hilfe anbieten könnten, veranlasste sie gleich eine Börse für freiwilliges Helfen nach zu schieben:
www.DieNachbarschaftsHelfer.de.●

Die SSM fährt auch Fernumzüge

SUBVERSIVE KLANGWELTEN: NO RESPECT – UNADJUSTED

Respektlose Spielfreude trotz Volljährigkeit

Im vergangenen Jahr haben No Respect ihre »Volljährigkeit« erreicht – 18 Jahre existiert die Göttinger Band, die ihren Ursprung im klassischen Punk / HC-Bereich verortet und sich vor ein paar Jahren durch den Einsatz von Bläsern zu offbeatlastigem Punk, kurz gesagt Skapunk, weiterentwickelt hat. Über die 18 Jahre hat sich die siebenköpfige Band, die mehrere Musikerwechsel hinter sich hat, sowohl ihre grandiose Spielfreude, die traditionelle Anbindung an das Göttinger JUZI als auch den politischen Anspruch gewahrt.

Das Anarchie-A im Bandemblem mit dem Slogan »Kein Staat – Kein Herr – Kein Sklave – Kein Gott« ist für die Göttinger nicht nur ein modisches Accessoire sondern eine Maxime, die sich auch in den Texten widerspiegelt – nicht nur in dem, auf ihrem Debütalbum »Excuse my Smile« veröffentlichten Song »Anarchy« werden anarchistischen Bestrebungen Platz eingeräumt. *No Respect* verbinden ebenso wie die antifaschistische, stärker Skinhead-orientierte *Combo Stage Bottles* mit dem Anspruch, partytaugliche Musik zu machen, auch politische Ansichten zu thematisieren.

Auf dem Herbst vergangenen Jahres veröffentlichten, vierten Album der Band »Unadjusted« – wieder auf dem linken Ska / Punk-Label Mad Butcher – drehen sich die ohne großen Pathos auskommenden Lieder um die Notwendigkeit des Widerstandes gegen die bestehenden Verhältnisse (»Resistance«), gegen die gesellschaftliche Manipulation (»Prison Planet«) und andere traditionelle, linke Themen. Ein besonders eindrucksvoller Song ist »Semira«, in dem das Schicksal einer Flüchtlingsfrau beschrieben wird. »...She wanted to leave it all behind – The injustice, cruelty and domination – But her dream turned into a nightmare – She had to spend her time in a prison cell – Legal thugs payed by the state – Mercenaries of the rich – They tied her – pushed her – pulled her – dragged her – They forced her into a plane...«. Über den Umgang mit diesen Themen schrieb das Fanzine *Underdog:* »Die politischen Aussagen und Inhalte spiegeln nicht Wut und Ohnmacht wieder, sondern zeigen einen konstruktiven Umgang mit sozialen und gesellschaftlichen Missständen und Ungerechtheiten auf.« Chris (Sänger, Gitarrist), der die Texte schreibt, orientiert sich in dieser Hinsicht eher an den britischen Vorbildern wie *CRASS*, die das Genre des Anarchopunk maßgeblich prägten, als an den im deutschsprachigen Raum vorherrschenden Parolenpunksongs a là *Slime*. Daneben werden aber auch persönliche Befindlichkeiten der Band artikuliert – bis hin zu einem Fußballsong reicht das Repertoire der Göttinger. Aufgrund ihrer Texte und der partytauglichen Musik sind die Göttinger gern gesehene Gäste auf Solikonzerten u.a. zugunsten antirassistischer Gruppen oder der Roten Hilfe.

Zusätzlich zum aktuellen Album haben die Göttinger als Bonus ein Livealbum produziert. Die besagte, auf 3.000 Stück limitierte Beilage (2.000 CDs, 1.000 LPs) gibt es als Zulage bei Kauf des aktuellen Albums. Sie enthält vierzehn Klassiker aus dem Repertoire der Göttinger – von »No Nazis Friend«, über »Human Scum« bis hin zu »Subculture« –, die beim Konzert am 27. November 2004 im Musa (Göttingen) aufgezeichnet wurden.●
Weitere Infos, aktuelle Konzerttermine, Hörproben und die Möglichkeiten einen kostenlosen Newsletter der Band zu abonnieren finden sich auf der Homepage:
www.norespect-skapunk.de. DJ Chaoz

Diskographie (Alben):
Excuse my Smile (Nasty Vinyl) – CD / LP
Tunes of Decline (Mad Butcher) – CD / LP
Confidence (Mad Butcher) – CD / LP
Unadjusted (Mad Butcher) – CD / LP

AKTIONSKONFERENZ »BEWEGUNG DER BEWEGUNGEN«

Stillstand der Bewegungen

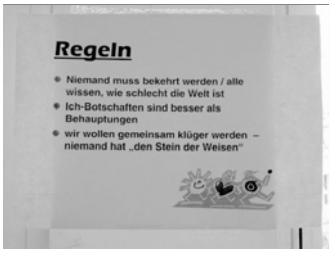
Angekündigt wurde das Treffen als Aktionskonferenz der »Bewegung der Bewegungen«. Logo und Name des Sozialforums wurden genutzt, um nach außen aufzutreten und die gewünschte Politik zu machen – obwohl die Charta des Sozialforums das ausschließt. Doch richtig absurd wurde erst der konkrete Ablauf: Die Eliten von Attac, radikallinken Gruppen, Gewerkschaften, Linksruck, WASG, Linkspartei & Co. setzten den eingeladenen VertreterInnen vieler Gruppen (vor allem Mittelebene-FunktionärInnen von WASG, Linkspartei und Attac) stundenlange »Input«-Referate vor, bezeichneten Kritiker als »Spinner«, reagierten auf Geschäftsordnungsanträge mit »will hier etwa jemand einen Geschäftsordnungsantrag hören« usw.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Die seit einigen Jahren wohl brutalste »von oben«-Konferenz verging allerdings weitgehend ohne Aufbegehren der zu StatistInnen degradierten TeilnehmerInnen – offensichtlich waren die es auch von ihren Regionalverbänden von Parteien, Attac oder sonstigen Politgruppen gar nicht mehr anders gewöhnt. Der Text ist in vollständiger Fassung auf www.de.indymedia.org/2005/11/133452.shtml nachzulesen.

Die ersten Minuten hatten es schon in sich. Moderatorin Sabine Leidig (im sonstigen Leben Attac-Bundesgeschäftsführerin) in auffällig offensiv-autoritären Stil plus etlicher Profitricks der Moderation erzählte, was alles auf der Konferenz geschehen sollte. Untermalt wurde das von Beamer-Präsentationen, wo die Verhaltensanweisungen als Buchstaben auf die Leinwand fielen und den etwas mehr als 300 ZuhörerInnen deutlich machten, was ihre Rolle war: Zuhören. Zu Beginn der zweiten Runde (in der es wieder nur »Inputs« gab), formulierte sie das sogar wörtlich: »So, Ihr sollt jetzt erst mal wieder zuhören«. Die willigen ZuhörerInnen nahmen es ohne großes Murren hin.

Das schönste Zitat von den Folien, die von Sabine Leidig fröhlich auf oder neben der Bühne hüpfend vorgetragen wurden: »Nach den Inputreferaten sind keine Wortbeiträge vorgesehen«. Das aber war noch lang nicht alles ...

Regeln: An den Seiten des Konferenzsaals hingen schon von Beginn an gelbe A3-Blätter mit drei Regeln. Mensch soll anderen nicht die Welt erklären, alle sollten als »ich« reden und nicht als »wir alle« u.ä. und niemand habe die Weisheit gepachtet. Moderatorin Leidig trug die Regeln als »Vorschlag« vor, ließ abstimmen und würgte das Verfahren selbst wieder ab – perfekte Moderation verträgt keine Mitbestimmung. Das brav-unkritische Publikum vergaß den Inhalt der Regeln schnell – wie sonst wäre zu erklären, dass sich ALLE weiteren RednerInnen der ersten fünf Stunden Konferenz an die erste und zweite der drei Regeln nicht hielten.



Die Regeln – vor allem das Podium hielt sich nie daran

Inputs: Vor- und Nachmittag der Konferenz glichen eher einer Schule. Die OrganisatorInnen hatten entschieden, die ZuhörerInnen erst mal stundenlang vollabern zu lassen. Dazu schickten sie allerhand RednerInnen aufs Podium, die nacheinander die Welt erklärten. Manche machten das besser, manche erzählten solch krudes Zeugs wie IG-Metall-Mann Schmitthenner, der den in »linken« Kreisen weitverbreiteten Unsinn herausposaunte, bei der Bundestagswahl hätte eine Mehrheit die neoliberale Politik abgewählt. Sind jetzt Clement, Schröder und Schily anti-neoliberale, am Ende noch »linke« Politiker? Auch Vertreter aus linksradikalen bis autonomen Kreisen machten das Spiel mit, ohne auch nur auf diese schräge Organisierung hinzuweisen.

Karten-Quotierung: Irgendwann am späten Nachmittag des ersten Tages, kam sie dann die Stunde, in der die BesucherInnen mal was sagen durften. Aber: Wer was sagen wollte, musste sein Thema auf eine Karte schreiben und vorne bei den OrganisatorInnen abgeben. Die gingen dann in einer Pause ein bisschen beiseite und wählten nach intransparenten Kriterien 20 der Karten aus. Diese Personen kamen dann nacheinander nach vorne. Auffällig viele FührungsfunktionärInnen plus einige Quoten-Frauen und -Nichtdeutsche prägten das Bild. Mindestens eine Karte beinhaltete das Thema »Kritik an der Organisation dieses Kongresses«. Sie gehörte zu den Themen, die nicht unter die 20 Auserwählten kam (Überraschung ...).

Workshops mit Inputs: Danach wurde das Publikum aufgeteilt in fünf sog. Foren. Möglichkeiten, weitere Themen vorzuschlagen, wurden verhindert. Das Publikum trottete brav in die vorgesehenen Räume. In mindestens drei Foren (bei zwei anderen ist es schlicht nicht bekannt) gab es natürlich erst einmal wieder »Inputs« (sonst könnten die TeilnehmerInnen ja auch selbständig zu denken beginnen, obwohl das nach dem Frontalltag kaum noch ging ...). Zwar weniger langatmig und dominant vorgetragen, so war es in der Öko-AG doch recht bemerkenswert. Dort hatten sich nur sehr wenige Personen (8 oder 9) eingefunden. Der Input ging zu Gentechnik, erst allgemein, dann zu Aktionen. Und da kam doch etwas Interessantes rüber: Die offizielle Inputreferentin auf der Aktions- und Strategiekonferenz der »Bewegung der Bewegungen« griff sehr offensiv die Aktion »Gendreck-weg« an (http://www.gendreck-weg.de). Das würde alles kaputtmachen, sei zu radikal, verschrecke die BürgerInnen usw. All die langweiligen Kamellen, für die es keinerlei Beweise gibt. Der Gipfel aber war die Beschwerde der Person: »Wir führen klagen gegen diese Genversuche und andere machen einfach unseren Klagegegenstand kaputt«. Als an diesem Input Kritik geübt wurde, griff die Moderatorin ein und meinte, nun sei gegen die Regeln vorstoßen worden. Welche, konnte sie zwar nicht sagen, aber nach den stundenlangen Regelverstößen von »vorne« war doch bemerkenswert, dass das erste Mal auf die Regeln verwiesen wurde, als es Kritik gegen die Konferenz-Eliten gab.

Der Gesamteindruck – fast immer sah das so aus...

Sabine Leidig (Attac) mit Festlegungen zu Beginn

Pressegespräch: Am späten Sonntagvormittag fiel ein kleines Schild im Eingangsbereich auf, mit einer kleinen Skizze, wo das Pressegespräch stattfand. Das war für die JournalistInnen gedacht und das Treffen gar schlauerweise in ein anderes Gebäude gelegt. Eine Umfrage ergab schnell: Die TeilnehmerInnen des Kongresses wussten nicht einmal, dass eine solche Pressepräsentation der Ergebnisse stattfand – zudem noch parallel zum Abschlussplenum. Aber die FunktionärInnen brauchten auch nicht zu warten. Nicht die Ergebnisse der Konferenz sollten präsentiert werden, sondern die Konferenz war die Kulisse für die sonst nicht so medienwirksame Darstellung dessen, was die Eliten wichtig finden. Die über 300 TeilnehmerInnen sind nur Setzfiguren in einem Spiel. Auch die anschließend verbreitete Presseerklärung der Konferenz war in dieser nie diskutiert worden. Groß auffallen wird das nicht, denn die Tages-, Wochen- oder Monatsblätter, die von dieser Konferenz berichteten, sind überwiegend mit den Eliten der verschiedenen Strömungen eng verfilzt – oder gehören gleich dazu.

Höhepunkte

Es ließen sich viele Beispiele für die zentralistische Steuerung der Konferenz anbringen, z.B. als jemand nach vorne kam und in einem Detail die »Geschäftsordnung« ändern wollte. Anders als in den biedersten Verbänden kam hier der Antrag nicht einmal zur Abstimmung – er konnte nicht mal formuliert werden. »Will hier etwas jemand über einen Geschäftsordnungsantrag reden?« polemisierte Leidig ins Publikum und erheischte die erwünschte Ablehnung von der willigen Herde.

Ein Höhepunkt war sicherlich auch der Auftritt von Pedram Shayar (Attac-Funktionär) im Arbeitskreis zum G8-Gipfel 2007 (Heiligendamm). Dort war er Moderator, Inputreferent und Hauptakteur in einer Person. Gleich zu Beginn formulierte er (aus dem Zusammenhang vom Hamburger Treffen), dass am besten nur über Inhalte geredet werden sollte. Da hatten noch nicht einmal alle was gesagt, die sich gleich gemeldet hatten. Moderator Shayar aber trotzdem: »Ja, ist das Konsens? Ja? Dann machen wir es so«. Eine Person meldete sich und wollte auch über Camps reden. Shayar daraufhin: »Ja, dann ist der Konsens jetzt also beschlossen«. Darauf folgte Kritik eines Teilnehmers an dieser Form der Konsensdurchsetzung, obwohl es ja sogar eine explizite Meldung dagegen gab, nur über Inhalte zu reden (auch die folgenden Beiträge waren dann nicht über Inhalte!). Shayars Reaktion – wohlgemerkt als »neutraler« Moderator! – auf die Kritik an seiner Moderation: »Man kann Kritik auch der Kritik wegen bringen ... Spinner!« in Richtung dessen, der die Kritik brachte. Spannend nicht nur dieser Ausfall des Moderators und dominanten Funktionärs gegenüber einem Teilnehmer, sondern auch, das NIEMAND Kritik formulierte.

Was rauskommen sollte, war bei alldem vorher klar

Während der ersten Stunden wurde gar nicht offensichtlich, was das Ganze eigentlich sollte. Aber es fragte auch niemand nach. Es war eher wie in einer Vorlesung. Aber in einer schlechten: Rhetorik und Inhalt der meisten Vorträge waren dünn. Wer näher hinguckte, konnte aber schon finden, dass hinter den Kulissen auch noch andere Fäden gezogen wurden. Wer im nächsten Jahr behaupten will, die zentrale Aktion der ganzen Breite von Bewegung zu organisieren, braucht ja einen Legitimationsakt. Das sollte die Konferenz sein. Das blöde Publikum mit Dauer-»Inputs« einsäuseln und dann ein paar gemeinsame Aktionen akklamieren – so war es geplant. Entsprechend lag hier und da schon ein Flugblatt irgendeiner der Gruppen rum, die hier nicht diskutieren, sondern entscheiden wollten. Kritik am Verfahren hatte niemand, wohl aber Wünsche, was hier autoritär durchgesetzt werden sollte. Favorit (Überraschung!): eine Großdemo (das scheint das einzige zu sein, was noch geht – zu mehr ist dieser erstarrte Laden sog. »Bewegung«, bei der sich aber nicht mehr viel bewegt, offenbar nicht in der Lage).

Aber auch die »Input«-RednerInnen hatten es in sich. ALLE redeten im »wir müssen gemeinsam ...« oder »wir müssen endlich begreifen, dass ...«-Stil. Ausnahmslos (Verstoß gegen Regel zwei). Mensch hatte den Eindruck, dass die Regeln für alle gemacht waren, außer für die, die sie aufgestellt haben. Der Vergleich mit dem Rechtsstaat und seinen Gesetzen zwängt sich da auf.

Konsens der Eliten

Eine Allianz der Eliten verschiedener linksradikaler bis bürgerlicher Strömungen in der sog. Bewegung (bewegt sich ja nicht viel) ist auf der Konferenz durchgehend in bisher nicht gekannter Dimension deutlich geworden. Dass die Eliten sich nach dem Motto »Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus« stützen und inhaltliche Streitlinien kaum noch gezeigt werden bzw. zurückgestellt werden hinter dem gemeinsamen Interesse, die Führung in den jeweiligen Einflusssphären zu haben, war einer der Gründe, warum trotz der derben Dominanz auf der Konferenz alles weitgehend protestlos ablief: Es gab keine durchsetzungsfähigen Kader mehr, die gegen andere antraten. »Einfache ZuhörerInnen« haben im Konzert der Eliten – wie zu sehen war – keinerlei Chance. Insofern stimmt: »Die« soziale Bewegung hat ihre Spaltungen überwunden. Das Interesse der Eliten und selbsternannten SprecherInnen, die früher zur Selbstprofilierung oft Spaltungen hervorgerufen haben, erkennen nun die Vorteile der Einflusssphärensicherung und greifen sich nicht mehr an. Da ist es fast eine Satire, wenn die (im Geheimen verfasste) Presseerklärung der Konferenz mit »Große Koalition außerparlamentarischer Bewegung« überschrieben ist, weil in der Tat die gleichen Mechanismen greifen. Der Wille zur Macht macht inhaltliche Unterschiede unwichtiger.●

1. Treffen der lokalen Sozialforen Deutschlands

Nachdem die Weltsozialforen in Mumbai und Porto Alegre zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der globalisierungskritischen Bewegung geworden sind, folgten kontinentale, nationale, regionale und auch lokale Foren. In Deutschland gibt es ca. 50 lokale Sozialforen. Sie sind unterschiedlich organisiert: einige mit regelmäßigen Plena, andere als jährliches Event. Viele verstehen sich im Sinne der Charta von Porto Alegre als offener Raum. Andere treten auch als Akteur auf und organisieren Aktionen: die Proteste gegen Hartz IV wurden auch maßgeblich von Sozialforen getragen. Nach dem Abflauen dieser Proteste stellt sich die Frage: Wie weiter?

- Geht es darum, die Sozialforen inhaltlich und politisch weiter zuzuspitzen, um zu pointierteren Aktionen zu kommen?
- Oder geht es darum, mit Hilfe des Open-Space-Konzeptes die neoliberale Hegemonie für eine größere Bandbreite gesellschaftlicher Kräfte, Initiativen und Organisationen diskutierbar zu machen? Oder vielleicht sogar beides?
- Können wir auf den Sozialforen selbst bereits mögliche Inhalte und Formen »einer anderen Welt« vorwegnehmen? Können wir neben der Makroebene der großen Debatten und Aktionen auch die Mikroebene der Gestaltung von Alltag und sozialen Netzen ins Blickfeld rücken?
- Sollen die lokalen Sozialforen stärker beim »Sozialforum in Deutschland« mitwirken? Oder sich eher im Sinne einer Glokalisation (global denken, lokal handeln) auf die lokalen Brennpunkte und regionale Foren konzentrieren?

Datum: 27. Januar 2006, 19 Uhr
Ort: Bremen

Kontakt: Till, Initiative zur Vorbereitung des Bremer Sozialforums
E-mail: orga@lokale-sozialforen.de

BERLIN: NETZWERK GRATISÖKONOMIE

Bye-bye capitalism

Wir brauchen weder mehr Markt noch mehr Staat – wir brauchen mehr Gesellschaft.
Rolf Cantzen

In kapitalistischen Krisensituationen sind es immer wieder ähnliche Forderungen, die uns suggerieren wollen, sie könnten die dem Kapitalismus inhärenten Krisen beseitigen. Mal wird für mehr Markt geworben, was dann den neoliberalen Umbau der Gesellschaft bedeutet, mal wird der starke (keynsianische) Staat gefordert, der zugunsten der Ärmeren umverteilen soll und als Investor die Märkte beleben soll. Beide Vorschläge sind sich einig, dass sie den Kapitalismus in die nächste Krisenrunde retten wollen, statt die Verhältnisse von der Wurzel an zu verändern. Doch was heißt es, die Verhältnisse von der Wurzel an neu aufzubauen? Was wissen wir darüber? Welche Erfahrungen gibt es? Nicht eben viele. Im Gegenteil: es ist notwenig andere Erfahrungen zu machen, dem Kapitalismus »bye-bye« zu sagen und andere gesellschaftliche Kooperationen auszuprobieren. Mit diesem Anliegen, im kleinen andere Praxen zu entwickeln und auszuprobieren, hat sich in Berlin eine Gruppe von Leuten aus dem Umfeld des Umsonstladens auf die Suche nach Handlungsmöglichkeiten begeben.

Die Idee

Es gibt in Berlin viele Projekte, die Menschen die Möglichkeit geben, alltägliche Bedürfnisse zu befriedigen, ohne dafür Geld oder ähnliches zu bezahlen. So sammeln z.B. in der Kastanienallee Leute Lebensmittel, die in Läden aussortiert werden und verteilen sie gratis weiter, die Kochgruppe »Food not bombs« versorgt Initiativen mit Essen, der Umsonstladen Berlin stellt Gebrauchsgegenstände, Bücher und Kleidung zur Verfügung. Die Videokinos der Cineoffensive zeigen Filme und die Leute vom »Stressfaktor« (stressfaktor.squat.net) geben ein kostenloses Stadtmagazin mit Informationen über Veranstaltungen in der Stadt heraus.

Wir stellen unsere Fähigkeiten meistens einem offenen Kreis von Personen gratis zur Verfügung. Für den größten Teil unserer eigenen Bedürfnisse sind wir aber darauf angewiesen, Geld zu verdienen. Dabei könnten wir uns eigentlich bei vielen dieser Bedürfnisse gegenseitig helfen, statt sie über den Markt zu decken. Dadurch könnten wir uns ein Stück mehr Freiheit vom Zwang zur Erwerbsarbeit schaffen und mehr Zeit und Energie in sinnvollere Tätigkeiten und unsere Projekte stecken.

Die Idee ist deshalb, unsere verschiedenen Gruppen in einem »Netzwerk Gratisökonomie« miteinander in Verbindung zu bringen. Es soll vor allem den Menschen, die in den Projekten aktiv sind, ermöglichen, einen Teil ihrer alltäglichen Bedürfnisse ohne Geld über das Netzwerk, statt über den Markt zu befriedigen. Ein dichtmaschiges Netz, das viele Lebensbereiche abdeckt, kann vor allem dadurch entstehen, dass die einzelnen Personen über ihre Projekte hinaus miteinander im Alltag kooperieren. Alle Leute in den verschiedenen Gruppen zusammen haben ein großes Potential an Fähigkeiten und Wissen, das sie sich gegenseitig zu Verfügung stellen können: vom Fahrrad reparieren über Haare schneiden und Werkzeug verleihen bis hin zu Tipps über Möglichkeiten, gratis zu wohnen und zu reisen. Es gibt viele Beispiele, wo es Sinn oder mehr Spaß macht, etwas nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere mit zu tun (z.B. Brot containern oder Informationen sammeln über die Möglichkeiten, Berliner Museen kostenlos zu besuchen).

Solche Kooperationen können uns mehr Freiräume im Alltag erschließen: Wenn wir einen Teil unserer Bedürfnisse direkt über das Netzwerk Gratisökonomie abdecken können, brauchen wir nicht den Umweg über den Markt und die Erwerbsarbeit nehmen. Denn für alles, was wir auf dem Markt kaufen, müssen wir zunächst irgendeine – meist fremdbestimmte – Arbeit verrichten, um in den Besitz von Geld zu gelangen, mit dem wir dann erst das bekommen, was wir eigentlich brauchen z.B. Essen, Kleidung usw. Das Netzwerk Gratisökonomie möchte seinen Mitgliedern ermöglichen, nach dem Motto zu leben: Soviel Erwerbsarbeit wie nötig, soviel selbstbestimmte Arbeit für sich und andere wie möglich. Das Scheitern von staatlich organisierter Solidarität in Form von Versicherungsmodellen zeigt zudem, dass wir andere Formen der Solidarität brauchen.

Dieses Netzwerk ist zur Zeit im Aufbau und lebt natürlich von den Projekten und Menschen, die mitmachen. Deshalb die Frage an Euch: Habt Ihr Lust Teil des Netzwerks zu werden oder in anderen Regionen solche Netzwerke aufzubauen? Es gibt noch viel Raum, neue Ideen für die Gestaltung einzubringen. Was bisher konkret für die Organisation angedacht ist – dazu weiter unten. Die Initiativgruppe trifft sich zur Zeit regelmäßig im Berliner Umsonstladen.

Neben der Kooperation zwischen den einzelnen Menschen, die in Projekten des Netzwerks aktiv sind, möchte das Netzwerk auch Kooperationen zwischen den verschiedenen Gratis-Ökonomie-Projekten fördern. Sinnvoll wäre es z.B. Informationen auszutauschen über Veranstaltungstechnik wie Beamer etc., die man bei Bedarf auch anderen Projekten zur Verfügung stellt. Auch Werkstätten, die man gratis oder zum Selbstkostenpreis nutzen kann, wären nützlich. Wenn ein Projekt einen Computer, Kochtöpfe oder Theaterrequisiten braucht, kann der Umsonstladen solche Dinge zurücklegen. Die Kochgruppe kocht während einer Umsonstladen-Initiative mit Lebensmitteln, die gespendet wurden usw. Es gibt viele Beispiele für Kooperationen, die praktisch sinnvoll sind. Den Kern des Netzwerkes bildet jedoch die Kooperation zwischen den einzelnen Menschen des Netzwerkes. Nur so können möglichst viele unserer Bedürfnisse jenseits des Marktes solidarisch und kooperativ gedeckt werden.

Wir praktizieren in den verschiedenen Projekten bereits auf unterschiedliche Weise und im Kleinen eine subversive Form der Ökonomie, die die Logik der kapitalistischen Wirtschaft außer Kraft setzt. Wenn wir anderen etwas gratis zur Verfügung stellen, handeln wir nicht aus einem Gewinnkalkül heraus, sondern tun etwas, weil wir es für wichtig oder sinnvoll halten. Wir schaffen damit einen Bereich, in dem wir die Dinge und Tätigkeiten nicht nach einem abstrakten Geldwert beurteilen, sondern wo die konkreten Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen. Deshalb gibt es im Netzwerk Gratisökonomie – anders als bei der in Tauschringen praktizierten gegenseitigen Hilfe – auch keine geldähnliche Verrechnungseinheit (wie Kreuzer, Batzen usw.), die unsere Tätigkeiten abstrakt bewertet.

Wenn wir uns in einem Netzwerk zusammenschließen, könnten wir allmählich diesen subversiven Bereich der Ökonomie und damit unsere Freiräume erweitern. Das ist umso wichtiger in Zeiten, wo die neoliberale Marktlogik in immer mehr Bereiche des täglichen Lebens vordringt. Das Netzwerk Gratisökonomie kann ein wirksamer Ansatz für den Aufbau einer solidarischen Ökonomie sein, denn er beginnt bei unserer Alltagspraxis. Es versucht kein Projekt aus dem Nichts zu starten, das ein alternatives Wirtschaftsmodell ausprobiert. Es richtet sich weder an das vereinzelte Individuum, noch widmet es sich der Organisation der anonymen Masse, womit die klassische Politik ihre Grenzen längst erreicht hat. Das Netzwerk will stattdessen auf schon bestehenden kleinen Gruppen aufbauen, die in ihren Zusammenhängen bereits eine solidarische Ökonomie praktizieren.

Was sind Gratisökonomie-Projekte?

● Gratisökonomie-Projekte stellen anderen Menschen kostenlos oder maximal zum Selbstkostenpreis Räume, Dinge, Fähigkeiten oder Wissen zur Verfügung. (Selbstkostenpreis heißt: Deckung der Ausgaben für etwas, das nicht gratis zu beschaffen war, sondern über den Markt dazugekauft werden musste, also z.B. Materialkosten, aber keine Vergütung der eigenen Arbeitszeit).
● Die Projekte sind nicht am Geldgewinn orientiert und es gibt keine Lohnarbeit.
● Sie sind nicht karitativ motiviert, d.h. sie wollen nicht sogenannten »Bedürftigen« helfen. Ihre Hilfe hat also nicht den oftmals entmündigenden Charakter von karitativen Projekten, sondern befähigt Menschen dazu, selbstbestimmter zu leben.
● Sie engagieren sich praktisch für ein Leben und Arbeiten in einer solidarischen Ökonomie, die nicht jeder Sache oder Tätigkeit einen abstrakten Wert beimisst, sondern sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert.
● Sie sind selbstorganisiert und agieren jenseits der Marktlogik von Verkaufsdenken, Gewinnkalkülen und Lohnarbeitszwang aber auch ohne Staatsknete.

Warum soll das Netzwerk nur für Menschen offen sein, die sich in Gratisökonomie-Projekten engagieren und nicht für alle Leute?

Gratisökonomie-Projekte wie die Internetseiten coforum.de oder der Umsonstladen bieten etwas an, das allen Menschen offen steht. Oft allerdings haben die Leute, die diese Projekte machen und diejenigen, die sie nutzen, unterschiedliche Interessen und verschiedene Vorstellungen von Gesellschaft. Wir haben die Erfahrung gemacht, wie stark die herrschende Werteordnung und das Konkurrenzdenken vielen Menschen (oft auch uns selbst) verinnerlicht ist. Eine Menge Leute verstehen das Wort »gratis« ausgehend von einer Schnäppchenmentalität, das heißt: noch billiger auf Kosten anderer leben. Andere wiederum nutzen die Angebote unserer Projekte aus reiner Bequemlichkeit. Dieses Verhalten hat nichts mit einem selbstbestimmteren Leben und dem Ideal einer solidarischen Ökonomie zu tun, die uns motiviert, die wir in Gratis-Ökonomie-Projekten aktiv sind. Solch eine verbindende Idee kann erst das gegenseitige Vertrauen und damit die Möglichkeit für die Kooperation und gegenseitige Hilfe im Netzwerk Gratisökonomie geben.

Und wie funktioniert die Kooperation und gegenseitige Hilfe im Netzwerk konkret?

Für die konkrete Gestaltung des Netzwerks möchten wir Folgendes vorschlagen – es gibt aber, wie gesagt, noch genügend Raum, neue Ideen für die Gestaltung einzubringen: Mitmachen können alle, die in einem der im Netzwerk kooperierenden Gratisökonomie-Projekte aktiv sind. Wer als aktives Mitglied gilt, entscheiden die einzelnen Gruppen selbst.

Es gibt eine Internetseite (Wiki) mit Passwort als zentralen Ort, an dem Informationen über die Gratisökonomie-Projekte gesammelt und Kooperationen vereinbart werden können.

Jede Person, die in einer der im Netzwerk kooperierenden Gruppen aktiv ist, kann ihre Bedürfnisse und ihre Fähigkeiten, die sie den anderen zur Verfügung stellt, auf dieser Seite eintragen. Dabei schreibt sie auch, zu welchem Projekt sie gehört. Jedes Projekt trägt auf der Seite ein, welche Infrastruktur es anderen Projekten des Netzwerks zur Verfügung stellt (z.B. Räume, Veranstaltungstechnik, Werkzeug) und was es braucht (Kochtöpfe, Hilfe bei der Lösung eines Computerproblems usw.).

In der Warenwelt werden wir gewöhnlich mit Angeboten überflutet. Im Netzwerk Gratisökonomie soll den Bedürfnissen ein größeres Gewicht gegeben werden als den Angeboten. Deswegen wird die Internetseite unterstützt von einer speziellen Mailingliste: Wenn eine Person oder ein Projekt unter den Informationen auf der Seite keine Lösung für ihr konkretes Bedürfnis findet, kann sie eine e-mail an die Liste schicken. In der Liste ist eine Kontaktperson von jedem teilnehmenden Projekt eingetragen. Sie trägt die Anfrage in die eigene Gruppe und bemüht sich um eine Lösung. Diese Kontaktperson kennt innerhalb ihrer Gruppe die Fähigkeiten und Ressourcen der anderen Leute und kann sie gezielt ansprechen, ob sie in dem bestimmten Fall bereit wären, diese einem Netzwerkmitglied zur Verfügung zu stellen. Über die Kontaktperson haben auch Mitglieder der Gruppe Anschluss an das Netzwerk, die nur schwer Zugang zum Internet haben. Die Rolle der Kontaktperson innerhalb einer Gruppe kann rotieren.

Die Struktur der Internetseite wird schrittweise aufgebaut und je nachdem, welche Nutzungsmuster sich herausbilden, ausdifferenziert. Für den Start soll die Seite aber zunächst so einfach wie möglich zu benutzen sein.

Die gegenseitige Hilfe erfolgt nicht nach dem Prinzip des äquivalenten Tauschs. D.h. wir messen (anders als im Tauschring) unsere Tätigkeiten nicht mit einem abstrakten Wert, um dann buchhalterisch darüber zu wachen, dass jeder rein rechnerisch nur so viel bekommt, wie er selbst geleistet hat. Das Netzwerk lebt vom Geben und Nehmen, aber jeder gibt und nimmt seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend und es gilt das Prinzip der Freiwilligkeit.

Neben dieser eher unpersönlichen Internetseite, gibt es verschiedene Möglichkeiten der persönlichen Begegnung:

● Eine große Party soll den Auftakt des Netzwerks bilden, wo sich die Leute aus den teilnehmenden Projekten kennen lernen können.
● regelmäßige Treffen in einer Vokü, die zum Netzwerk gehört. Beim Gespräch während des Essens lernen sich die Leute näher kennen und können gegenseitige Hilfe vereinbaren. In der Vokü könnte auch ein Computer mit Internetzugang stehen, wo man sich auf der Internetseite des Netzwerks informieren kann und auch Informationen in Papierform ausliegen. So hat man von der Vokü aus Anschluss an das gesamte Netzwerk.
● Treffen auf Veranstaltungen in den verschiedenen Projekten, die für die Interessen der Netzwerkmitglieder stärker anschlussfähig gemacht werden (z.B. eine Filmreihe zu alternativer Ökonomie in einem Videokino des Netzwerks). Die Veranstaltungen können auch auf der Internetseite des Netzwerks angekündigt werden.
● Bei Bedarf können sich Arbeitsgruppen zu speziellen Themen treffen (z.B. zur praktischen Lebensorganisation zwischen GratisÖkonomie und Geldökonomie).

Die Initiativgruppe für das Netzwerk Gratisökonomie trifft sich zur Zeit regelmäßig im Umsonstladen und in Zukunft gerne auch bei anderen Projekten, die am Netzwerk teilnehmen. Weitere Ideen für die konkrete Gestaltung, neue Menschen und Projekte sind willkommen!●

Aus coforum, 4.7.2005 (http:www.coforum.de)

Kontakt:
Umsonstladen Berlin, Brunnenstr. 183, D-10119 Berlin
Web: www.umsonstladen.info/
E-Mail: umsonstladen@cryptix.de

Berliner Umsonstladen droht Zwangsversteigerung

Seit vier Jahren gibt es den Umsonstladen in der Brunnenstraße 183 in Berlin Mitte. Am 9. Dezember feierte das Projekt sein Jubiläum. Mehrere hundert Menschen aus der ganzen Stadt kommen hier jede Woche vorbei, um Dinge zu bringen, die sie selbst nicht mehr brauchen: vom Toaster über Bücher bis hin zu Kinderkleidung. Im Umsonstladen finden sie neue Nutzer, die diese Sachen umsonst mitnehmen können. Ein Kollektiv von freiwilligen HelferInnen hält den Laden vier Tage in der Woche geöffnet, anfallende Kosten werden durch Spenden gedeckt. Für sein Engagement hat der Umsonstladen bereits einen Umweltpreis des Bezirksamts Mitte gewonnen. Doch dieses Projekt ist nun gefährdet. Das Haus in der Brunnenstrasse 183, in dem sich der Laden befindet, soll am 23. Januar 2006 im Amtsgericht Mitte zwangsversteigert werden. Die Versteigerung wurde auf Betreiben der EuroHypo-Bank in Hamburg initiiert, die die auf dem Grundstück lastende Hypothek eintreiben will. Zuvor war das Haus in der Nähe des Hackeschen Markts Objekt von Immobilienspekulationen geworden.

Allerdings gibt es einige Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Versteigerung. So steht auf der Internetseite, die das Objekt im Auftrag des Amtsgerichts Mitte zur Versteigerung präsentiert, dass es sich um ein teilweise leerstehendes Haus handle, obwohl dieses komplett bewohnt ist. Darüber hinaus enthält das Verkehrswertgutachten des Gerichts falsche Informationen. So steht darin geschrieben, dass es sich um ein besetztes Haus handle, obwohl gültige Mietverträge bestehen, darunter der eines 85-jährigen Rentners, der dort seit seiner Kindheit wohnt. Die Mieten werden seit Jahren auf ein Sperrkonto überwiesen, von dem auch die Betriebskosten des Hauses selbstverwaltet werden, nachdem der vorherige Besitzer seinen Zahlungspflichten nicht nachkam. Die Zwangsversteigerung bedeutet eine Gefahr für die im Haus angesiedelte Wohngemeinschaft und Projekte, wie den Umsonstladen. Aufgrund von Sonderkündigungsrechten nach einer Zwangsversteigerung, drohen die bestehenden Verträge kurzfristig aufgehoben zu werden. Der Umsonstladen, seine Nutzer und die Bewohner kämpfen nun für den Erhalt des Hausprojektes.

40. TAGUNG DER FRAUEN/LESBENARCHIVE

Herstory für die Zukunft bewahren

Frankfurt am Main ● Ende Oktober 2005 trafen sich zum 40. Mal Vertreterinnen der deutschsprachigen Frauen/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen zu ihrer jährlichen Tagung in Frankfurt am Main. Die feministischen Archivarinnen, Bibliothekarinnen und Informationsvermittlerinnen aus rund drei Dutzend Einrichtungen in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz sorgen seit Beginn der Zweiten Frauenbewegung dafür, dass auch die neuere Frauen(bewegungs)geschichte dokumentiert und die Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung zugänglich gemacht werden.

Netzwerk

In dem seit 1983 bestehenden Netzwerk und dem 1994 gegründeten Dachverband i.d.a. (informieren – dokumentieren – archivieren) sind neben den Bibliotheken und Archiven der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung wie »Stichwort« in Wien, »belladonna« in Bremen, »Spinnboden« in Berlin oder Alice Schwarzers »Frauen-MediaTurm« in Köln auch Gender Studies-Bibliotheken wie etwa am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin oder Frauenbildungseinrichtungen wie »MONAliesA« in Leipzig oder »BAF« Tübingen vertreten.

Die regionale und thematische Vielfalt – von der Frauengeschichte des 19. Jahrhunderts über die Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit bis zur Lesbenbewegungsgeschichte seit den 1970ern – bietet Informationen nicht nur für StudentInnen und WissenschaftlerInnen sondern insbesondere auch für frauenpolitisch engagierte Menschen.

Ehrenamtliche Betreuung

Die »Frauenarchive« werden zum überwiegenden Teil ehrenamtlich betreut und dennoch werden sie immer professioneller. Interessierte können in Datenbanken recherchieren und via Websites viele Services in Anspruch nehmen. Damit das so bleibt, müssen aber auch diese Fraueneinrichtungen besser und kontinuierlich finanziert werden. »Insbesondere im Jahr des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS), der im November in Tunis stattfindet, sollte PolitikerInnen klar sein, dass der Zugang zu Information und Wissen ein Menschenrecht ist – auch für Frauen«, so die Veranstalterinnen. Weltweit diskutiere man über die Bedeutung des Zugangs zu Wissen, der Kontrolle über Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Gestaltung der Inhalte für Frauen. »Die Fraueninformationseinrichtungen leisten schon seit über 20 Jahren einen großen Beitrag für eine demokratische Informationsgesellschaft, während staatliche Einrichtungen die Dokumente der Frauen- und Lesbenbewegung sowie die Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung nicht im Blick hatten und bis heute keine Strategie besteht, wie sie in die Bestände integriert werden können,« teilte der Dachverband in einer Aussendung mit.●

(red)

ERFURT: GESCHICHTSTRÄCHTIGES GELÄNDE WIRD VERKAUFT

Politisches Hausprojekt bedroht!

Das ehemalige Topf & Söhne Gelände in Erfurt soll verkauft werden. Die Stadt Erfurt hat die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) beauftragt, die gesamte Industriebrache zu erwerben und zur Bedingung gemacht, dass die LEG ihr das ehemalige Verwaltungsgebäude der Firma billig verkauft. Der Förderkreis »Geschichtsort Topf & Söhne« fordert seit Jahren, dass die Stadt ihm zumindest dieses Gebäude überlässt, um einen Ort der Auseinandersetzung über die Geschichte der Firma Topf & Söhne zu schaffen. Die Stadt geht nun endlich auf die Forderungen des Förderkreises ein und will das ehemalige Verwaltungsgebäude sanieren und 2 Etagen für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte von Topf & Söhne zu Verfügung stellen. Eigentlich eine erfreuliche Nachricht.

von Paula und Paul, indymedia ● Die LEG fordert Gestaltungsfreiheit für den Rest des Geländes, auf dem sich auch ein besetztes Haus befindet. Sie will also alle anderen Gebäude abreißen und das Gebiet als potentielles Mischgebiet aus Wohnen und Gewerbe entwickeln. Das würde bedeuten, dass ein Lesecafé, Wohnraum, ein Büro, Veranstaltungsräume für Politik und Kultur, Bandproberäume, künstlerische Aktivitäten, regelmäßige »Küche für alle«, u.a. einfach verschwinden. Es würde dadurch auch die Plattform für eine Auseinandersetzung der BesetzerInnen mit der Geschichte des Geländes gefährdet sowie für ihre Kritik an heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die BesetzerInnen haben in einem offenen Brief an den Erfurter Stadtrat und die LEG den Erhalt ihres Projektes und eine Beteiligung an der Diskussion über die Zukunft des Geländes gefordert.●

INTERVIEW MIT MARKUS VOM BESETZTEN HAUS

Wer bist du und was machst du im besetzten Haus?

Ich bin Markus Müller. Da wir im Hausplenum immer noch versuchen, die anfallenden Aufgaben so zu verteilen, dass alle das machen können, worauf sie Lust haben, kann ich dir keine festen Aufgabenbereiche nennen. Ich beteilige mich am Hausprojekt, weil ich die Möglichkeiten, die ein solches Projekt bietet, toll finde. Dazu zählt das Öffentlichmachen von Kritik an gesellschaftlichen Zuständen, wie Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Kapitalismus und die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Firma Topf & Söhne ebenso wie das Organisieren von Konzerten und Partys im Hausprojekt.

Kannst du kurz die Lage des besetzten Hauses beschreiben?

Das Topf & Söhne Gelände, auf dem sich das besetzte Haus befindet, soll gegen Ende des Jahres an die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG) verkauft werden, nachdem es sich jahrelang in der Verwaltung eines Notverwalters befunden hat, der die Besetzung ohne Absprache geduldet hat. Die Pläne der LEG sehen vor, den Teil des Geländes, auf dem sich das ehemalige Verwaltungsgebäude der Firma Topf & Söhne befindet, der Stadt weiterzuverkaufen, damit diese dort einen Geschichts-Ort einrichten kann. Die Umsetzung der Forderung des Förderkreises »Geschichts-Ort Topf & Söhne« finden wir natürlich gut, da es doch ein Zeichen dafür ist, dass die Stadt Erfurt nach jahrelanger Ignoranz beginnt, sich mit der Geschichte der Firma auseinander zusetzen. Andererseits beinhaltet der Plan auch die wirtschaftliche Verwertung des restlichen Geländes, was bedeutet: Abriss der noch stehenden Gebäude und Ansiedlung von Wohn- und Mischgewerbe. Dieser geplante Abriss würde natürlich auch unser Projekt betreffen. Seit der Besetzung vor ca. 4 1/2 Jahren stellt diese Situation daher die bisher gefährlichste Bedrohung des Projektes dar.

Wie reagiert ihr darauf?

Momentan treten wir für den Erhalt des Projekts in seinem bisherigen Zustand ein, was bedeutet: selbstverwaltet, besetzt und hier auf diesem Gelände und nicht in irgendeinem Ausweichobjekt. Um dies zu erreichen, versuchen wir im Moment eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen, d.h. in Erfurt, aber auch außerhalb, möglichst vielen Leuten bewusst zu machen, das dieses Projekt bedroht ist. Ein erster Schritt dazu war der offene Brief an den Erfurter Stadtrat und die LEG. Außerdem werden wir versuchen in der nächsten Zeit einige Aktionen in der Stadt zu machen, um Menschen zu informieren und um Druck auf die Verantwortlichen aufzubauen, sich mit dem Problem auseinander zusetzen. Ziel ist dabei einerseits den Erhalt des Hausprojekts zu erreichen, gleichzeitig aber auch den Aufbau des Geschichts-Orts im Verwaltungsgebäude nicht zu gefährden. Wir betrachten den Verkauf des gesamten Geländes an die LEG nicht als den einzigen Weg einen Geschichts-Ort umzusetzen. Eine Parzellierung des Geländes und der Verkauf des Verwaltungsgebäudes direkt an die Stadt wäre ebenso eine denkbare Möglichkeit.

Was kann mensch tun, um euch zu unterstützen oder am Protest teilzunehmen?

Über Teilnahme an den Aktionen sind wir natürlich immer dankbar. Über den aktuellsten Stand wird immer auf der Homepage (www.topf.squat.net) berichtet. Außerdem könnt ihr euch am Hausplenum beteiligen, das immer Mittwochs um 20 Uhr im besetzten Haus stattfindet, und wo die Organisation des Hausprojekts abgesprochen wird. Wir freuen uns natürlich auch immer über Unterstützungsaktionen.●

von UnterstützerInnen, indymedia

Links:
http://de.indymedia.org/2005/11/132160.shtml
Homepage:: www.topf.squat.net/

J. A. TOPF UND SÖHNE ERFURT

Die Firma J. A. Topf und Söhne baute die Krematorien in Auschwitz-Birkenau und anderen KZs und hat auch die Belüftungsanlagen und gasdichten Türen für die Gaskammern entwickelt und installiert.

Im Jahre 1878 in Erfurt durch J. A. Topf gegründet, errang die Firma große Erfolge im Ersten Weltkrieg mit einer speziell für die Verbrennung von Braunkohle entwickelten Hochleistungs-Feuerung, die äußerst wirtschaftlich arbeitete. 1935 übernahmen die Söhne des Firmengründers, Ludwig und Ernst-Wolfgang Topf, gemeinsam die Leitung der Firma. Die Firma baute neben industriellen Feuerungsanlagen auch komplette Mälzereien und Brauereimaschinen sowie Siloanlagen, Schornsteine und gasdichte Türen und Fenster. Es gab auch schon recht früh eine kleine Abteilung für die Entwicklung und Fertigung von Krematoriumsöfen. Das Geschäft mit Krematoriumsöfen machte allerdings weniger als 3 Prozent vom Gesamtumsatz der Firma aus.

In den 1940er Jahren entschloss sich die Firmenleitung zur Zusammenarbeit mit der SS. Dabei wurde weder »Druck von oben« ausgeübt, noch war die Firma wirtschaftlich oder sonst wie gezwungen, die Aufträge zum Bau von Krematorien in den KZs in Dachau, Buchenwald, Auschwitz und anderswo anzunehmen. Die Anlagen wurden von Ingenieuren der Firma vor Ort installiert und ggf. auch repariert. Ingenieure wie Kurt Prüfer entwickelten sogar »Verbesserungsvorschläge« wie die sogenannte »Expressarbeit«: dabei sollten jeweils drei Leichen in einem Ofen verbrannt werden. Zu den »Verbesserungen« zählte u.a. in Auschwitz auch eine Modifizierung der Öfen, mithilfe derer das aus den Leichen austretende Körperfett direkt in die Flammen geleitet und zur Befeuerung weiterverwendet wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die hauptverantwortlichen Mitarbeiter von der sowjetischen Besatzungsmacht verurteilt. Ludwig Topf suizidierte sich. Ernst-Wolfgang Topf floh nach Wiesbaden und gründete 1951 die Firma neu, die aber nur 12 Jahre später wieder aufgelöst wurde. In Erfurt wurde die Firma 1948 enteignet und konnte zunächst unter dem Namen »Nagema Topfwerke Erfurt VEB« ihre Tätigkeit fortsetzen. Mitte der 50er Jahre wurde Topf & Söhne in »VEB Maschinenfabrik Nikos Belojannis« umbenannt. Bis 1994 firmierte sie dann unter dem Namen »VEB Erfurter Mälzerei- und Speicherbau« weiter, bis sie 1994 in Insolvenz ging.●

JOSEPH BEUYS: »NACH DEM TODE, WAS HAT DA GÜLTIGKEIT?«

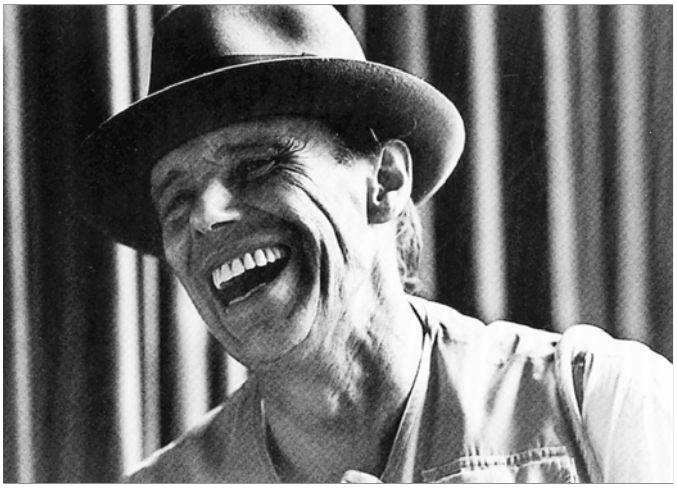
7.000 Eichen und vergiftete Spülfelder

Seine Aktionen erzeugten weltweit Aufmerksamkeit. Joseph Beuys ließ 7.000 Eichen im Stadtgebiet von Kassel pflanzen und gründete die »Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung«. Über eines seiner Projekte, das »Gesamtkunstwerk Freie und Hansestadt Hamburg«, hat Silvia Gauss aus Ottersberg ein Buch geschrieben.

Nicole Rieken, Redaktion Bremen-Umland ● Silvia Gauss wurde kurz vor Beginn ihres Kunstgeschichte- und Philosophie-Studiums auf Joseph Beuys aufmerksam. »Ich hatte im Radio gehört, dass Beuys gestorben ist«, sagt sie. Das war 1986. Später besuchte sie einen Vortrag, der sich mit Beuys beschäftigte. »Ich habe zwar nichts verstanden, aber gemerkt, dass da was dran ist«. Während des Studiums beschäftigte sich Silvia Gauss näher mit Beuys und wählte als Thema für ihre Magisterarbeit das »Gesamtkunstwerk Freie und Hansestadt Hamburg«. Sie schrieb auch ein Buch darüber. »Das Thema war in der Literatur quasi unerwähnt. Ich fand es gerechtfertigt, darüber noch ein Buch in die Welt zu setzen«, so Silvia Gauss.

Projekt Hamburg

Anfang der 80er Jahre initiierte die Hamburger Kulturbehörde das Vorhaben Stadt-Natur-Skulptur. Mehrere Künstler wurden aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Die Kulturbehörde wählte Beuys aus. Beuys wollte dort ansetzen, wo keiner mehr weiter wusste. Er erfuhr von dem vergifteten »Spülfeld Altenwerder« und beschloss, dort seine Aktionen zu starten. Der Kernpunkt des Projektes sollte aber die Gründung eines Unternehmens sein, das alle Probleme Hamburgs und besonders die Hafenproblematik mit den Spülfeldern angehen sollte. Der Senat der Hansestadt Hamburg entschied 1984 nach langen Planungen in einem Eilantrag das Verbot des Projektes. »Es hätte auch anders ausgehen können. Aber wahrscheinlich hätten die Planungen und Gespräche öffentlich dargestellt werden müssen«, sagt Silvia Gauss. Sie ist sich nicht sicher, ob ein solches Vorhaben heute besser ausgehen würde. »Was fehlt, ist ein Motor wie Joseph Beuys. Eine herausragende Persönlichkeit, in dem, was sie weiß und tut.«


Joseph Beuys (1921–1986)

Joseph Beuys starb 1986. Den »Erweiterten Kunstbegriff« erklärt Silvia Gauss so: »Es gab verschiedene herkömmliche Disziplinen wie Malerei, Skulpturen und andere. Beuys hat dann den Menschen mit seiner Fähigkeit zu gestalten, zu denken und selbst zu bestimmen mit einbezogen.« Beuys hat selbst einmal gesagt: »Es ist der »Erweiterte Kunstbegriff«, der mir am besten gelungen ist.«

Beuys Vermächtnis

Joseph Beuys gründete 1971 die »Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung«. Erst 1987 während der documenta 8 in Kassel nahm der »Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland« seine Arbeit auf. Der Bus war eine Idee von Mitarbeitern Beuys. Seitdem fährt er durch Deutschland und mittlerweile auch durch andere Staaten Europas. Er soll die Menschen dazu anregen, über die Einführung des Rechts auf Volksabstimmung zu reden. Silvia Gauss ist eine Weile in diesem Bus mitgefahren. »Vom ersten Moment fand ich den so schön, dass ich mitfahren wollte«, sagt sie. Für den Verein »Mehr Demokratie e. V.« hat sie mehrere Jahre gearbeitet. Diese bundesweit tätige Bürgerinitiative setzt sich auch für Volksabstimmungen ein.

Politik und Kunst

Für Silvia Gauss ist politisches Engagement Kunst: »Wenn das eigene Handeln die Freiheit aller anderen Menschen mit einschließt und die Erde als Gesamtkunstwerk zum Ziel hat. Alles, was mit Macht gekoppelt wird, kann keine Kunst sein.« Silvia Gauss ist Mutter von drei Kindern und widmet sich zurzeit ganz ihrer Familie. Überzeugt von Joseph Beuys und seiner Arbeit sagt sie: »Die Beschäftigung mit Beuys hat mein Leben verändert. So was geht nicht spurlos an einem vorbei!«●

Silvia Gauss: »Joseph Beuys – Gesamtkunstwerk Freie- und Hansestadt Hamburg 1983/84«. Im Buchhandel für 19 EUR erhältlich. ISBN 3-928780-12-3.

Was sind Spülfelder?

Der Sand aus der Elbe setzt sich in den ruhigen Gewässern des Hafens ab. Um für die Schifffahrt den nötigen Tiefgang zu erhalten, muss der Sand ausgebaggert werden. Dieses ausgebaggerte Sand-Schlick-Gemisch nennt sich Spülfeld. Es ist durch die Einleitung giftiger Industrieabwässer in die Elbe hochgradig verseucht.

EINE EINFÜHRUNG

Zensur & Repression

Zensur im Strafvollzug

– juristische Grundlagen

In der Öffentlichkeit herrscht vielfach die Meinung vor, in Deutschland würde ein Hotelvollzug praktiziert der auch ungehinderten Zugang zu allen Informationen, Schriften, ja gar zu elektronischen Medien beinhalte. Im Folgenden möchte ich mich deshalb mit der Frage beschäftigen, wie »ungehindert« dieser Zugang tatsächlich ist und dabei insbesondere die rechtlichen Hintergründe erläutern. Anlass für diesen Beitrag ist auch das Problem der Herausgeber von den »Unbequemen Nachrichten«, Exemplare an Gefangene zu übersenden, da einige Anstalten die Aushändigung an die Adressaten verweigerten.

Von Thomas Meyer-Falk

Zensur, was ist das überhaupt?

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. (…) Eine Zensur findet nicht statt.«

So steht es in Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. In der Rechtsprechung wird unter »Zensur« jedoch nur die vorherige Vorlage z.B. von Zeitungen an eine Behörde zwecks Erteilung einer Genehmigung zur Verbreitung verstanden. Darum geht es gerade nicht, wenn beispielsweise die »Unbequemen Nachrichten« (U.N.) an Gefangene verschickt werden, denn die Verbreitung der »U.N.« ist selbstverständlich erlaubt.

Zeichnung: Günther Finneisen

Absatz 2 des erwähnten Grundgesetzartikels schränkt das Recht der freien Meinungsäußerung ein. »Allgemeine Gesetze« können dieses Grundrecht beschränken. Ein solch allgemeines Gesetz ist u.a. das Strafvollzugsgesetz. Und danach sind die Gefängnisse befugt ein- / ausgehende Briefe, wie auch Zeitungen sowie Zeitschriften inhaltlich daraufhin zu überwachen ob diese das Ziel des Vollzuges (nämlich künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen) oder Sicherheit, bzw. Ordnung der Anstalt erheblich gefährden. Wenn also im Zusammenhang mit dem Knast von »Zensur« die Rede ist, meint man eben diese inhaltliche Prüfung.

Zensur von Zeitungen / Zeitschriften

Das Strafvollzugsgesetz (= StrVollzG) regelt in §68, dass die Gefangenen »Zeitungen und Zeitschriften in angemessenem Umfang durch Vermittlung der Anstalt beziehen« dürfen. Der regelmäßige Bezug einer Zeitung ist nach der Rechtssprechung deshalb nur im Wege des Postvertriebssystems zulässig, eine Zusendung von privater Seite kann im Regelfall untersagt werden (Ausnahmen siehe weiter unten in diesem Beitrag).

Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts (Az. 2 BvR 639/95; 27.09.1995) darf eine Zeitschrift, die eine »unmäßig überzogene und böswillige Kritik der JVA im Zusammenhang« mit der Behandlung von Gefangenen enthält, angehalten werden. Sprich, sie braucht dem Gefangenen nicht ausgehändigt zu werden. Der Beschluss betraf die Rote-Hilfe-Zeitung (Nr.3 / 1994) und eine Klage eines Straubinger Gefangenen.

Im Fall der Zeitschrift »Konkret« beanstandete jedoch am 02.12.1993 (Az. 2 BvR 1368/93) das Verfassungsgericht die Anhaltung des eingegangenen Exemplars als mit Artikel 5 Grundgesetz unvereinbar.

Erforderlich ist in jedem Fall, dass sich die Anhalteverfügung mit dem Inhalt der beanstandeten Druckschrift auseinandersetzt und die wertsetzende Bedeutung des Art. 5 GG in die Erwägungen mit einbezieht. Die Anstalt hat sich zudem in ihrer Entscheidung mit den für und gegen die Anhaltung sprechenden Umstände zu befassen. Unbeanstandet von den Gerichten blieben Anordnungen von Anstalten, wenn ein Druckwerk Beleidigungen von Richtern enthielt, (OLG Nürnberg, Az. Ws 1233/66, 27.01.1987), die Artikel in einer Gesamtschau eine agitatorische und zersetzende Tendenz gegenüber Staat und Gesellschaft verfolgten (OLG Hamm in NStZ 1985, 143), rechtsradikales Gedankengut transportierten (BverfG in ZfStrVD 1996, 175) oder auch pornografischen Inhalt (LG Freiburg in ZfStrVO 1994, 375) aufwiesen.

Zensur von Briefen

§31 StrVollzG erlaubt dem Anstaltsleiter ein- / ausgehende Briefe anzuhalten, wenn diese:

1.) das Ziel des Vollzuges oder die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährden würden;
2.) wenn die Weitergabe einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklichen würde;
3.) wenn sie grob unrichtige oder entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen enthalten;
4.) wenn sie grobe Beleidigungen enthalten;
5.) wenn sie die Eingliederung eines anderen Gefangenen gefährden könnten oder
6.) wenn sie in Geheimschrift, unlesbar, unverständlich oder ohne zwingenden Grund in einer fremden Sprache abgefasst sind.

Wie man sieht ein breites Spektrum an Eingriffsmöglichkeiten für die Knäste und in eine der Folgeausgaben der »Unbequemen Nachrichten« soll näher darauf eingegangen werden, denn diese spezielle Thematik verdient eine eigene ausführlichere Darstellung.

Beilagen zu Briefen

Hier komme ich nun zurück auf die weiter oben schon angedeutete Ausnahme vom Regelbezug der Zeitungen durch Vermittlung der Anstalt.

Im Grunde hat jede Haftanstalt ihre eigene Vorgehensweise (nur das Motto ist stets das gleiche: »Das haben wir schon immer so gemacht!«), will heißen in dem einen Knast erhält man anstandslos auch mal von Freunden oder Angehörigen einem Brief beigelegte Hefte, andere Anstalten versuchen dies rigoros zu unterbinden.

Besonders skuril ging die JVA Brandenburg vor: Briefe in Din-A5 oder Din-A4 Format »betastete« ein Wärter von außen, d.h. ohne das Kuvert zu öffnen. Glaubte er/sie eine verbotene Beilage (z.B. Zeitschrift) erfühlt zu haben, ging die Post ungeöffnet an den Absender zurück. Erst das OLG Brandenburg (Az.: 1 Ws – Vollz -16/04; 22.11.2004) stoppte diese Praxis und merkte an, die Anstalt müsse schon die Kuverts öffnen und einer inhaltlichen Kontrolle unterziehen.

Denn nach der herrschenden Rechtssprechung muss die Anstalt einem Brief beigelegte Zeitschriften, Flyer, etc. dem Gefangenen aushändigen, soweit nicht eine inhaltliche Prüfung das Vorliegen von Anhaltegründen (siehe oben §31 StrVollzG) ergibt. Erforderlich ist jedoch, dass der Briefabsender mit dem Briefempfänger in einen Gedankenaustausch über den gedanklichen Inhalt der Beilagen treten möchte. Ich selbst hatte zahlreiche juristische Auseinandersetzungen diesbezüglich mit der JVA Bruchsal, bis das OLG Karlsruhe (Az.: 1 WS 193/01, 27.09.2001; 1 WS 249/01, 02.10.2001) die Anstalt auf diese Rechtslage hingewiesen hat.

Auch beigelegte politische Plakate sind dem Gefangenen auszuhändigen (hier: »100 Jahre Deutscher Imperialismus – 100 Jahre Raub und Mord«, Plakatserie des Buchladens Georgi Dimitroff; LG Karlsruhe, Az.: 2StVK 149/01, 17.10.2001). Selbst gegen ein beigelegtes Buch bestünden keine rechtlichen Einwände (LG Karlsruhe, Az.: 2 StVK 280/01, 18.02.2002).

Klagebefugnis

Problematisch ist, dass die Anstalten im Regelfall nur den betreffenden Gefangenen und nicht etwa auch den Absender der Post- oder Zeitschriftensendung über die Anhaltung informieren. Die Gefängnisleitungen vertreten überwiegend die Ansicht, dass auch ein expliziter »Eigentumsvorbehalt« des Absenders (dabei besteht der Absender auf Rückgabe der Sendung unter Mitteilung der Gründe für den Fall der Nichtaushändigung) unbeachtlich sei.

Alle mal jedoch ist auch der Absender befugt, bei Gericht gegen eine Anhalteverfügung vorzugehen (erst im Dezember 2004 vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt. Az.: 2 BvR 2219/01, 1512.2004). Dies gilt gleichermaßen für im Impressum eines Druckwerks genannte Herausgeber, oder aber, wenn eine Privatperson einem Brief bspw. eine Zeitung beifügt, für diese Privatperson.

Nur bedarf es mitunter eines langen Atems. In dem vom Verfassungsgericht im Dezember 2004 entschiedenen Fall, Beschwerdeführer war Professor Feest (Uni Bremen) der einem Gefangenen eine Broschüre schicken wollte, datierte die Anhalteverfügung der Justizvollzugsanstalt vom 29.01.2001. Das heißt fast 4 Jahre dauerte der Rechtsstreit, wobei hier knapp drei Jahre dem Bundesverfassungsgericht zuzurechnen sind; das Land- und das Oberlandesgericht hatte Prof. Feests Anträge binnen eines Jahres abgehandelt.●

KNAST MACHT SINN

»Immer wenn in den USA die Arbeitslosenzahlen zu steigen begannen, schaute der Rest der Welt nach Amerika und erhoffte sich Anregungen und Vorbilder. Die anderen wussten aber nicht, dass die Arbeitslosigkeit in den USA selbst während der Boomjahre in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als die Regierung 4 Prozent Arbeitslosigkeit verkündete, in Wirklichkeit viel höher war. Einer Untersuchung der University of Chicago zufolge lagen, wenn man die versteckte Beschäftigungslosigkeit hinzufügte, die wahren Arbeitslosenzahlen dichter an denen der Europäischen Union des gleichen Zeitraums. Denn nach der Rezession von 1989 bis 1992 fanden einige Amerikaner zwar neue Stellen, aber Millionen andere entmutigte Jobsuchende gaben einfach auf, stellten sich dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung und wurden daher nicht länger in den offiziellen Statistiken geführt. Viele weitere wurden eingekerkert. 1980 betrug die Gefängnispopulation 330.000 Insassen. Bis zum Jahr 2000 saßen fast zwei Millionen Menschen in Haftanstalten. Momentan sind 1,8 Prozent der erwachsenen, arbeitsfähigen Männer inhaftiert. Darüber hinaus wurden viele der Arbeitskräfte, die in der Hausse zwischen 1995 und 2000 Beschäftigung fanden, nur vorübergehend und in Teilzeit sowie ohne Sozialleistungen eingestellt und dazu größtenteils unterbeschäftigt. Bis Ende 2003 hatten sich viele wieder in die Armee der Arbeitslosen eingereiht.«

Zitat aus dem Buch von Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, S.11
ISBN 3-596-16971-2

DAS HAT DOCH SCHON MAL WAS:

stell Dir doch nur mal vor, da öffnet wer deine post und muss da gar was lesen... also da is er/sie schon mal ganz anderer meinung, oder fühlt sich gar beleidigt... also kriegst du den brief schon mal gar nicht, aber das wird brav zur anzeige oder meldung gebracht.

wie? ...das kann dir gar nicht passieren, du glückliche(r), weil du schreibst ja gar keine briefe mehr... telefonierst und sms'st nur, ja is schon klar.

gut, anderes beispiel: stell dir doch nur mal vor, du bestellst dir eine freiverkäufliche normale zeitung oder illustrierte, doch da is schon wieder er oder sie... und er/sie liest da was, also das sieht er/sie schon mal ganz anders oder sieht darin ne gefahr, schon wenn du das lesen/sehen würdest... also kriegste das auch nicht zu sehen, würd aber vielleicht brav zur meldung gebracht.

wie? ...das kann dir gar nicht passieren, du glückliche(r), weil du gar keine zeitung oder so mehr liest... siehst nur noch glotze und ins internet, ja is schon klar.

das kennste wa... diese leut, die sich zu allem ruhig ihr ruhe- und beruhigungskissen stricken, ihr köpfchen drauflegen und zufrieden tun. nur, wie schaffen es die andern nur, die ihnen erzähl'n, dass da einer kommen könnt, der frisst ihren kühlschrank leer, vergewaltigt den dackel und schon kaufen sie dem jede lebensversicherung ab, und wie sie noch freudig nicken, echt irre!

wo is da nur der fehler, denen was klar zu machen, weil sonst is doch bald alles für die banane...

finni 05'

POST & ZENSUR

Zensur & Repression

Allmacht statt Vollmacht

**»Im Gegensatz zu Ladendieben und Hehlern besitzen Journalisten eine Grundrechtsposition.«
(Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Grünen in einem Fernsehinterview zum Zensurfall Cicero)**

Gerhard, Autonomes Knastprojekt ● Offensichtlich schildert der Gute hier die Verfassungswirklichkeit, denn aus dem Verfassungstext ergibt sich solches nicht. Dort heißt es nämlich, das JEDERMANN (von Frauen war damals ohnehin noch nicht die Rede, sich frei informieren und seine Meinung in Wort und Schrift kundtun könne. Wohlgemerkt jedermann und nicht nur bürgerliche JournalistInnen. Jedermann, dass heißt, auch Ladendiebe und Hehler. Wie in vielen Bereichen klaffen natürlich Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit weit auseinander.

Die Rolle der Post bei der Zensur

Üblicherweise gehen die Menschen davon aus, dass die von ihnen geschriebenen und der Post anvertrauten Briefe auch an die Adressaten ausgehändigt werden. Es sei denn, jemand könne eine Postbevollmächtigung vorlegen. Bei Insassen von Knästen und ähnlichen geschlossenen Anstalten gilt so etwas nicht. Da wird die Post automatisch der Anstalt übergeben und kein Briefträger fragt nach einer Postvollmacht. Schon allein deshalb, weil eine solche nicht existiert. Eigentlich müsste auf jedem Briefkasten folgender Warnhinweis stehen:

Wichtiger Hinweis für unsere Kunden

Unter bestimmten Umständen wird Ihre Post nicht an den/die EmpfängerIn ausgehändigt. Sollte sich der/die AdressatIn Ihrer Briefsendung in einer JVA oder vergleichbaren Einrichtung befinden, so wird Ihre Sendung nicht an ihn oder sie ausgehändigt. Stattdessen übergeben wir Ihre Briefsendung an die entsprechende Anstaltsleitung. Auf das Ausstellen einer, in vergleichbaren Fällen üblichen, Postbevollmächtigung wird in diesen Fällen verzichtet. Schließlich handelt es sich um erprobtes Gewohnheitsrecht, das wohl große Zustimmung in der Bevölkerung erfährt. Jedenfalls hat es bislang noch keine Klagen gegen diese Praxis gegeben. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass von dieser Praxis nur die Insassen geschlossener Anstalten und ihre BriefpartnerInnen betroffen sind. Der Großteil unserer KundInnen bleibt von dieser Praxis unberührt. SIE erhalten auch in Zukunft Ihre Post persönlich.
Ihre Deutsche Post AG.

In der Höhle des Zensurlöwen

Ist die Post dann erst mal bei der Poststelle der JVA gelandet, beginnt der eigentliche Zensurvorgang. Dabei gibt es schon relativ große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und auch zwischen den einzelnen Knästen. Verschickt mensch beispielsweise 100 Zeitungen so werden unter Umständen 90 Exemplare ausgehändigt und 10 nicht. Was auf den ersten Blick nach reiner Willkür aussieht, unterliegt in Wirklichkeit einer gewissen Logik. Wen wundert's, dass in den Bundesländern die Zensur am Schlimmsten ist, in denen auch sonst die Freiheitsrechte nicht viel zählen. An erster Stelle liegt hier natürlich Bayern und hier vor allem die JVA Straubing. Meine eigenen Erfahrungen mit dieser niederbayrischen Zensurmaschine liegen zwar schon etwas zurück.

Es gibt drei Begründungen für Zensurmaßnahmen im Knast. An erster Stelle steht die »Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt«. Als zweiter Zensurgrund kommt dann noch eine »Gefährdung des Vollzugsziels« hinzu. Der dritte Zensurgrund ist eine angeblich »unrichtige oder grob entstellende Darstellung von Anstaltsverhältnissen«. Diese unbestimmten Rechtsbegriffe lassen natürlich der Phantasie der örtlichen Zensoren freien Lauf.

Fangen wir mit dem letzten Punkt an. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Gefangenen den Knastalltag anders erleben, als beispielsweise der Anstaltsleiter. Für die Zensur erheblich ist die Meinung der Knastbetreiber. Sind diese beispielsweise der Ansicht, dass das Essen in ihrer Anstalt hervorragend ist und ein Gefangener in einem Brief die schlechte Qualität des Essens beklagt, so liegt nach der Justizlogik eine »unrichtige Darstellung von Anstaltsverhältnissen vor«. Es wäre also ein Zensurgrund. In der Praxis lassen aber selbst reaktionäre Anstaltsleitungen solch harmlose Formen von Kritik zu. Anders sieht es aus bei politischer Kritik am Knastsystem insgesamt und bei konkreten Menschenrechtsverletzungen im Speziellen. Es lässt sich also festhalten, dass in den allermeisten Fällen die Darstellung von Knastverhältnissen durch die Gefangenen von denen der Anstaltsleitung abweicht. Da laut Gesetz aber die Darstellung der Anstaltsleitung »die Richtige« ist, lässt sich theoretisch jede briefliche Schilderung der Anstaltsverhältnisse durch Gefangene wegzensieren.

Betrachten wir nun mal die »Sicherheit und Ordnung« der Anstalt. Eine Sicherheitsgefährdung stellt immerhin noch gewisse Begründungsanforderung an die Zensoren. Anders sieht es bei der Ordnung aus. Die Knastbetreiber haben natürlich ein Interesse dran, dass die Knastmaschinerie möglichst reibungslos läuft, die Gefangenen möglichst wenig Arbeit machen. Vor diesem Hintergrund kann natürlich die Aufforderung an einen Gefangenen, »sich nicht alles gefallen zu lassen« als Störung der Ordnung empfunden werden. So wurde vor Jahren ein Ratgeber der AIDS-Hilfe in der JVA-Straubing nicht ausgehändigt. Schließlich wurden da Gefangene über ihre Rechte informiert und auch aufgefordert diese wahrzunehmen. Klarer Fall von Ordnungsgefährdung. Vier Jahre später stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass diese Zensur verfassungswidrig war. Was auf den ersten Blick wie ein Erfolg wirkt, ist in Wahrheit ein Pyrrhussieg. Denn einerseits kann es doch nicht angehen, dass Zeitungen und Broschüren, wenn überhaupt, erst Jahre später ausgehändigt werden. Andrerseits scheinen manche Anstaltsleitungen Urteile dieser Art zu sammeln, wie andere Leute Briefmarken. An ihrer Praxis ändern sie aber nicht einen Deut.

Für mich selbst galt während meiner Haftzeit hauptsächlich der dritte Zensurgrund, »die Gefährdung des Vollzugsziels«. Die Standardbegründung bei den Zensurmaßnahmen lautete »das Schreiben ist geeignet, den Gefangenen in seiner staats- und vollzugsfeindlichen Grundeinstellung zu bestärken«. Das ich als Anarchist eine staats- und vollzugsfeindliche Grundeinstellung habe, wird wohl niemand verwundern. Ähnliches galt natürlich für meine BriefpartnerInnen draußen. Wenn dies das Vollzugsziel gefährdet, dann muss mensch sich fragen, wie denn das Vollzugsziel aussieht. Politische Umerziehung? Der Knast als politisches Umerziehungslager.

Abschließend möchte ich noch sagen, warum der Kampf gegen die Zensur für uns so wichtig ist. Wir vom Autonomen Knastprojekt wollen Alternativen zum Knastsystem gemeinsam mit den Gefangenen entwickeln. Dazu muss erst mal die Möglichkeit einer offenen Diskussion erkämpft werden. Die Abschaffung der Zensur bedeutet nicht die Abschaffung des Grundübels, aber sie ist Voraussetzung zu dessen Beseitigung.●

ZENSUR IN STRAUBING

Wer die Zensur in ihren krassesten Auswirkungen betrachten will, sollte ins niederbayrische Straubing fahren. Ich war selbst einige Jahre Opfer des dort herrschenden Zensurterrors. Nach 4 Jahren Straubing hatten sich einige Umzugskartons angesammelt, voll mit Briefen und Zeitungen die mir während der Haft vorenthalten wurden. Es war ein echtes Transportproblem, die Ergebnisse ausufernder Zensurarbeit bei der Entlassung abzutransportieren. Dabei war dies ja noch nicht mal alles. Ein Teil meiner Korrespondenz verschwand ja in irgendwelchen dubiosen Akten.

Meine Knastzeit in Straubing liegt ja schon einige Jahre zurück, aber nachdem was ich erfahren habe, hat sich nichts gebessert. Im Gegenteil. Jetzt werden selbst bürgerliche Zeitungen zerfleddert. Immer wenn ein Foto einer Waffe abgedruckt ist, wird dieses entfernt. Das bedeutet, dass mensch den Auslandsteil seiner Zeitung getrost vergessen kann. Wahrscheinlich wissen die Gefangenen in Straubing noch nicht mal, dass es den Golfkrieg gibt. Schließlich haben die US-Militärs die unangenehme Eigenschaft ewig mit der Knarre in der Hand rumzurennen. Die Begründung für diesen neuen Zensurtatbestand ist wohl das Ergebnis einer schlaflosen Nacht des heutigen Anstaltsleiters: »Die Gefangenen könnten sich ja anhand der Zeitungsfotos Waffenattrappen bauen.« Wir wissen jetzt nicht ob das auch für Fotos von Panzern, Jagdflugzeugen, Hubschraubern oder sogar Kriegschiffen (Straubing liegt schließlich an der Donau) gilt. Man stelle sich nur vor, ein Straubinger würde mit dem U-Boot über die Donau flüchten. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Vorausgesetzt mensch ist Anstaltsjurist in der JVA Straubing.

Angesichts dieses Highlights wirkt die »normale« Zensur in Straubing schon fast menschlich. Es versteht sich fast schon von selbst, dass Briefe, die sich kritisch mit dem Strafvollzug allgemein und der Situation in Straubing speziell auseinandersetzen der Schere des Zensors zum Opfer fallen. Na ja, schließlich hat ja schon der Große Übervorsitzende der CSU von »Ratten und Schmeißfliegen« gesprochen, »die es nicht mehr wagen werden, das Maul aufzumachen«, wenn erst die CSU die Macht hat und in Bayern hat sie die nun mal. Der Zeitungsbezug in Straubing ist auf drei Zeitungen beschränkt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Tageszeitungen oder Vierteljahreszeitschriften handelt. Begründet wird dies mit »unzumutbarem Kontrollaufwand«. So nach dem Motto: Wir wollen zwar alles zensieren, aber es darf keine Arbeit machen.●

Gerhard, Autonomes Knastprojekt

Wer gegen den Text der Verfassung einen Angriffskrieg führt, der wird sich doch bei so nem Kleckerkram wie Meinungs- und Informationsfreiheit nicht lange aufhalten. Insofern hat Herr Beck ja Recht. Natürlich gilt für inhaftierte Ladendiebe und Hehler keine Meinungs- und Informationsfreiheit. Von dieser üblen Verfassungswirklichkeit sind nicht nur etwa 80.000 Menschen in den Knästen betroffen. Betroffen sind auch Tausende im sogenannten Maßregelvollzug oder anderen geschlossenen Einrichtungen. Und – eins darf auch nicht vergessen werden: Jedem inhaftierten Opfer der Zensur steht ein Opfer draußen gegenüber. Sei es der/die BriefpartnerIn oder die Redaktion, deren Zeitung nicht ausgehändigt wird. Ob es sich dabei um Vorzensur oder Nachzensur handelt, ist mir mit Verlaub gesagt scheißegal. (Wer Näheres zu diesen Spitzfindigkeiten erfahren möchte, dem empfehle ich den Artikel von Thomas Meyer-Falk auf Seite 7).

BRIEFMARKEN FÜR DIE PANZERKNACKER

Denken Sie anders als der geizige Dagobert Duck? Anti-Knast-Arbeit benötigt viele, viele Briefmarken. Unsere finanziellen Mittel sind aber leider sehr beschränkt. Über Briefmarkenspenden würden wir und die Gefangenen, zu denen wir Kontakt haben, uns sehr freuen.
Unsere Adresse:
Autonomes Knastprojekt, c/o kumm erus,
Elsaßstraße 34, D-50677 Köln

Zeichnung: Günther Finneisen

WIE ICH EIN VERBRECHER WURDE

Wenn ich heute den Leuten sage, dass ich zehn Jahre im Knast war, dann klingt das so nach gemeingefährlichem Gewohnheitsverbrecher. Dabei habe ich mal ganz bescheiden angefangen.

Es war so etwa 1972. In München waren grade die Olympischen Spiele vorbei. In der Stadt war immer noch viel junges, buntes Volk und mancheR glaubte damals, dass nun das Mittelalter auch in Bayern überwunden sei. Natürlich kifften wir damals alle und genau das wurde mir zum Verhängnis. Bei einer Razzia wurde ich mit ein paar Gramm in der Tasche erwischt. Eigenbedarf werdet Ihr nun sagen, halb so wild. Leider, leider, muss ich Euch nun enttäuschen. Bedenkt das Bundesland, bedenkt die Zeit. Jedenfalls kam ich sofort in die U-Haft. Drei Monate München-Stadelheim. Ein Riesenknast, überwiegend belegt mit Eierdieben. Da war ich unter meinesgleichen. All diese Eierdiebe hofften auf die Verhandlung. So nach dem Motto: Wegen diesem Scheiß können die uns doch nicht wirklich Einknasten. Auch ich hatte solch naive Vorstellungen. Schließlich hatte ich wenig Erfahrung mit der Justiz. Heute weiß ich natürlich, wozu deutsche Juristen fähig sind. Beinahe sehnsüchtig wartete ich also auf den Tag meiner Verhandlung. Fest davon überzeugt, dass ich an diesem Tag rauskommen würde. 5 Gramm Shit und nicht vorbestraft, da musste doch wenigstens ne Bewährung drin sein. Dachte ich jedenfalls.

Nach den Eingangsformalitäten, legte der junge Staatsanwalt dann auch gleich richtig los. Erzählte ne halbe Stunde von den Herointoten des letzten Jahres, zeigte sogar Dias von toten Junkies auf irgendwelchen Toiletten. Ich saß wie gelähmt auf meinem Stuhl und dachte die ganze Zeit: »Was labert der denn da? Hier geht's um 5 Gramm Shit und nicht um ein Kilo H.« Am Schluss seines Drogenreferats kam dieser junge, aufstrebende Staatsanwalt jedenfalls zu dem Schluss, dass nun hart durchgegriffen werden müsse. Er sprach von Generalprävention und Spezialprävention und forderte 9 Monate Knast für mich.

Naja, dachte ich. Hab ich eben Pech gehabt und grad diesen Staatsanwalt erwischt, aber der Richter wird das schon wieder grade biegen. Der Richter ging dann ins Hinterzimmer, vermutlich um eine zu rauchen. Offiziell gilt so etwas als Beratungspause. Macht einfach einen besseren Eindruck. Sonst könnten die BeobachterInnen ja denken, das Urteil hätte schon vorher festgestanden. Nach der »Beratungspause« kam der Richter zurück und verkündete sein Urteil: 9 Monate. Minutenlang wartete ich noch auf den Nachsatz »die Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt«. Ihr werdet es schon ahnen, dass dieser Nachsatz nicht kam und so landete ich eine Woche später mit dem Transport im Jugendknast. Meine hoffnungsvolle kriminelle Karriere hatte ihren Anfang genommen.●

Gerhard, Autonomes Knastprojekt

KRITIK & WIDERSTAND

Zensur & Repression

Zensur im Knast! – Zensur von Knast?!

Zum Stillstand emanzipatorischer Prozesse und Bewegung am Beispiel des Knastsystems und speziell der Zensur.

Ein unbestreitbarer Vorteil vieler, hauptsächlich »westlich« genannter Gesellschaften ist der stattgefundene Prozess der Aufklärung. Diese Strömung fortschrittlicher Denkweisen und Geisteshaltungen führte in mancher Hinsicht zu einer, im positiven Sinn, modernen Gesellschaft und Weltanschauung. Doch wurde es leider nicht geschafft, oder gewollt, diesen Prozess auch mit Blick auf die Knäste in der Gesellschaft zu verankern. Der Knast blieb größtenteils von Kritik und Widerstand verschont...

Vereinnahmung der Aufklärung

Gänzlich zurück zu drehen ist der Prozess der Aufklärung nicht mehr und stellt unbestreitbar in vielerlei Hinsicht eine fortschrittliche Entwicklung dar. Der Übergang zu demokratisch durchgestylten modernen Herrschaftssystemen band auch die Aufklärung mit ein, die Mahner und Streiter und deren Ideen wurden zumindest teilweise in gesellschaftliche und politische Strukturen miteinbezogen und anerkannt. Dadurch verliehen sich Macht- und Herrschaftskonstrukte eine bessere, schönere Fassade aus Liberalität und Kritikfähigkeit.

Es entwickelte sich eine Kultur der Kritik, in Presse, Literatur und Kunst. Auch wenn diese jederzeit staatlich gedeckelt war und ein gewisser Rahmen nicht überschritten werden durfte. Wurde es zu unliebsam, so reagierte die herrschende Klasse, wie sie es immer zu tun pflegte, mit Repression (die Spitze ist das Zwangsverhältnis Knast). Nur demokratischer eben, was es keinen Deut besser macht, aber den Widerhall und Widerstand dagegen nicht gänzlich unterdrücken konnte, um nicht als »undemokratisch« da zu stehen. Was arg verpönt ist, da dieses Gesellschaftsmodell ja als höchste Güteklasse verkauft wird. Aufklärung und Protest wurden in gewisser Weise anerkannt und zugebilligt. Vieles war möglich. Vieles wurde aber auch nicht wirklich hinterfragt, oder hatte gegen herrschende Diskurse keine Durchsetzungsfähigkeit. Wie der Knast im Besonderen, denn der stand, wie generell das Strafsystem, nie wirklich zur Diskussion...

In dieser Ausgabe der CONTRASTE steht die Zensur im Mittelpunkt des Schwerpunkts der Knastredaktion. Die Zensur ist ein Exempel, ein Mosaikstein im perfiden System totaler Fremdbestimmung innerhalb des Knastsystems. Bei der dauernden Propagierung eines »Hotelvollzugs« in der BRD wird, unter dem Mantel angeblicher, aufgeklärter Fortschrittlichkeit, der Strafvollzug noch fast als was Nobles ausgelegt. Immer mit dem Fingerzeig auf Gesellschaften die »unaufgeklärter« und »undemokratischer« sind und bei denen die Verhältnisse, gerade in Bezug auf das Bestrafen, angeprangert werden. Dort ist es »menschenunwürdig«, hier ist es »modern«...

Der eingebettete aufgeklärte Mainstream – und was daneben steht...

Ein Fall, der wohl für immer in der Geschichte der BRD haften bleibt, ist die »Spiegel-Affäre«. Das populäre Nachrichtenmagazin lebt bis heute vom Nimbus der Razzia im Jahre 1962. Dieser Fall zog Kreise, weckte die neu gewonnene Sensibilität der Menschen und gilt als ein Durchbruch für die Freiheit des Wortes. Bei der Zensur dieses angesehenen Presseerzeugnisses hatten sich die Herrschenden eindeutig vergallopiert. Der »Spiegel« ist ein bürgerliches Produkt und von Anbeginn Teil des Mainstreams »kritischer« Nachkriegsjournalistik gewesen, das Blatt für die »Sozies« – mit einer nicht unbedeutenden Lobby hinter sich.

Zensur auf dieser Ebene war – und ist – ein Thema, das aufgegriffen und nicht widerspruchslos hingenommen wurde, bzw. wird. Wie auch aktuell die Verhältnisse in Guantanamo und die Fälle möglicher Geheimknäste für Terrorismus Verdächtige ein Thema sind, nicht eben aber der Knast generell. Es herrscht auf »niederen« Ebenen ein Wahrnehmungs- oder Kritikdefizit. Es muss schon was besonderes sein, dass sich die Öffentlichkeit genötigt fühlt, sich dazu zu positionieren.

So stehen fast komplett unbeleuchtet in den Knästen, Tausende Fälle von Zensur, Tag für Tag, die am Interesse der Öffentlichkeit vorbeigehen. Macht und Herrschaft haben das Monopol auf Zensur, sei es im allgemeinen, im Rahmen der sogenannten Pressefreiheit, aber besonders im Speziellen, wenn es um die totale Kontrolle von Post und Printerzeugnissen von, bzw. an Gefangene geht. Nirgendwo sonst ist die Überwachung und sogenannte »inhaltliche Prüfung« von Schriften aller Art von solcher Totalität. Die Zensur in den Knästen bildet doppelseitig, für Absender wie Empfänger gleichermaßen einen verletzenden Eingriff in unveräußerliche Persönlichkeitsrechte. Sensibilität seitens der Öffentlichkeit dafür – Fehlanzeige!

Außen huh, drinnen Tabu...

Der von vielen Gefangenen als »Schnitt in die Köpfe« bezeichnete Akt der Zensur fällt eben nicht in dieses Bild von Repression. Das allgemeine »Gerechtigkeitsempfinden« wird bei diesem Thema, wie bei der Thematik Knast generell, jedenfalls nicht aktiviert. Es ist ein nicht weiter hinterfragter Normalzustand, falls er überhaupt wahrgenommen wird. Was dem Diskurs vom Strafen als dem Allheilmittel geschuldet ist. Strafe blieb als fester Bestandteil fast aller Gesellschaftsmodelle, früher wie heute, unabhängig von aufklärerischen Prozessen, weitestgehend von der Kritik unangetastet. In Bezug auf das Strafsystem waren aufklärerische Prozesse reformistische Augenwischerei, der Kern blieb Bestand.

Gefangene als Ausgeschlossene der Gesellschaft mit untergeordneter Wertigkeit, als Bestrafte, unterliegen anderen Kriterien. Wer mit ihnen sympathisiert, ist wohl schon kurz vor anrüchig. Vorgänge in und außerhalb der Knäste werden differenziert beurteilt, sind zwei Paar Schuhe, falls die Verhältnisse in den Anstalten überhaupt ein Thema sind. So hält sich im Falle der Zeitungszensur in den Anstalten auch der Aufschrei der Verlage, deren Erzeugnisse vor der Weitergabe an die Gefangenen zerstückelt werden, schwer in Grenzen. »Draußen« wäre das mit Sicherheit anders... Mensch stelle sich vor, ihm würde der »Spiegel« zerschnitten und geschwärzt in den Postkasten gesteckt! »Prominentestes« Beispiel unter den Haftanstalten diesbezüglich ist die JVA Straubing in Bayern. Dort entkommt, außer dem CSU Mitgliederbrief vielleicht, scheinbar kein Printerzeugnis der Zerhackstückelung durch die »inhaltliche Prüfung«.

Die Zensur in der Gesellschaft, in Bezug auf das Thema Knast, greift aber schon lange vor der Zensur in den Knästen. Es beginnt mit der Nichtauseinandersetzung mit diesem vielfach tabuisierten Thema. Wenn der Knast nicht gar als Instrument begrüßt wird, wird er oftmals ausgespart, quasi zensiert! Da spricht man nicht so offen drüber, im Knast sitzen »die Anderen«, die, mit denen die Allgemeinheit nichts zu tun haben will. Die, bei denen der Umgang mit ihnen nicht hinterfragt wird. Weil die Menschen in den Knästen als das genaue Gegenteil von denen dargestellt und betrachtet werden, als die Mehrzahl der Bevölkerung, mit ihrem gängigen konformistischen Weltbild, sich selber sieht, bzw. gesehen werden will. Dabei bedient sich der Knast (zumindest teilweise) Methoden, die »draußen« unter Strafe stehen, bzw. als unveräußerliche Grundrechte verkauft werden.

Sympathie oder Solidarität für Gefangene, das Empfänglichsein für, oder gegen die Institution Knast mit ihren alltäglichen Gemeinheiten ist leider selbst bei den »Aufgeklärten« nicht zwingend Bestandteil ihrer Kritik. Und dem Rest scheint es an Strafen ja fast noch eher zu mangeln. Auf Kritik an Strafe und Knast wird häufig verzichtet und über Alternativen, besonders die einer Gesellschaft ohne Knäste, nicht nachgedacht. Eine Auseinandersetzung wie mit vielen anderen sozialen und politischen Fragen und Problemen findet in diesem Bereich leider kaum statt.

Eins noch, den besseren Knast, oder das bessere Strafsystem gibt es nicht! Die Frage kann nicht lauten: Pest oder Cholera? Der beste Knast ist der, den es nicht gibt! Nötig ist ein weiterführender, aufklärender Prozess, der sich dem Thema Strafe widmet, es aber nicht reformistisch verschlimmbessert. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Nichtaushändigung und Zensur von Zeitungen und Zeitschriften und Briefen ist nicht die Schlechtigkeit schlechthin! Es ist ein schillerndes Beispiel unter vielen alltäglichen Repressionsmaßnahmen. Doch die Überwindung des totalitären Verhältnisses Knast bedarf zuvorderst einen unzensierten Meinungsaustausch. Die Menschen vom Autonomen Knastprojekt Köln haben in der Auseinandersetzung mit Strafe und Knästen ihren Schwerpunkt gesetzt. Mit dem unregelmäßigen Themenschwerpunkt Knast in der CONTRASTE wollen wir versuchen, kritische aufklärerische Ansätze zu streuen und der Nichtauseinandersetzung mit dem Thema Knast entgegen zu wirken.●

Michel, Autonomes Knastprojekt Köln

AUTONOMES KNASTPROJEKT KÖLN

Seit einiger Zeit existiert in Köln ein neues/altes Zeitungsprojekt. In den 80er Jahren erschienen die »Unbequemen Nachrichten« als Beilage zum Kölner Volksblatt. Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit den Zuständen in der Psychiatrie. Heute sind mehr Menschen eingesperrt als jemals zuvor in der Bundesrepublik. Deshalb haben sich einige Menschen entschlossen, die Tradition der Unbequemen Nachrichten wieder aufleben zu lassen. Die Neuauflage der »Zeitung gegen Anstalten aller Art« erscheint nun als Beilage der Mitmachzeitung *kumm erus*.

Beim Versand der ersten Ausgabe stellte die Redaktion sehr schnell fest, dass sich in diesem Land eben nicht jedermann aus allgemein zugänglich Quellen informieren kann, wie es im Grundgesetz heißt. Für Gefangene und Menschen in anderen geschlossenen Anstalten gibt es eben keine Meinungs- und Informationsfreiheit. Konkret wurden der Redaktion zwei Zensurfälle gemeldet. In Berlin wurde einem Gefangenen die Zeitung überhaupt nicht ausgehändigt. Erst nachdem die Redaktion mit Flugblattaktionen die politisch Verantwortlichen unter Druck setzte, wurde die Zeitung Wochen später ausgehändigt. Warum nicht gleich so? In Chemnitz durfte der inhaftierte Zeitungsempfänger die Zeitung nur im Beisein von 2 Beamten durchblättern. Ausgehändigt wurde sie ihm nicht. Es ist davon auszugehen, dass es noch mehr Zensurfälle gibt. In manchen Fällen gab es keine briefliche Reaktion der EmpfängerInnen. Im Gegensatz zu den Gefangenen, werden nämlich die AbsenderInnen draußen überhaupt nicht informiert, wenn ihre Post oder Zeitung nicht ausgehändigt wird. Ein unhaltbarer Zustand! Aus diesem Grund beabsichtigt das Autonome Knastprojekt Köln eine Zensurmeldestelle einzurichten um die Vielzahl der Zensurfälle der Öffentlichkeit überhaupt mal bewusst zu machen. Deshalb bitten wir alle Betroffenen uns Zensurfälle zu melden.

Die Kontaktadresse lautet:
Autonomes Knastprojekt, Elsasstrasse 34, D-50677 Köln
E-Mail: autonomes_knastprojekt@mitmachzeitung.de

13 TAGE HUNGERSTREIK IM KÖLNER KNAST

Köln, 27.10.2005

Jose Fernandez Delgado* ist am 13.10.2005 im Kölner Knast in Hungerstreik getreten.

Er sagte sinngemäß (geschrieben nach einem Besuch im Knast aus der Erinnerung): Ich werde hier wie ein Tier gehalten. Sie haben mich nachts um eins in meiner Zelle in Aachen aus dem Schlaf gerissen und mich in den Transporter gebracht. Sie haben mir nichts erklärt und mir gesagt, ich dürfte nichts von meinen Sachen mitnehmen. Dann haben sie mich in den Knast nach Köln gebracht. In den Hochsicherheitstrakt. Zurück in die völlige Isolation. Ohne Bücher, ohne Wörterbuch, mit dem ich mich mit den Schließern verständigen kann. Ich bin in den Hungerstreik getreten. Meine persönlichen Sachen, Briefe, Papiere etc. sind mir nicht ausgehändigt worden und ich hatte keine Adressen, an die ich schreiben konnte. Obwohl ich immer noch in U-Haft bin, wollten sie mich in Anstaltskleidung stecken. Dagegen habe ich mich gewehrt und habe dann über Tage hinweg nur nackt nur mit einer Decke in der Zelle gesessen. Ich war 24 Stunden am Tag in der Zelle. Ich habe nur Papier und Stift, sonst nichts. Nach 7 Tagen habe ich auch das Trinken verweigert. 4 Tage lang. Ich will meine Menschenrechte einfordern. Ich werde hier als Terrorist eingestuft. Der Richter hatte mir außerdem schriftlich endlich einen Telefonanruf an meine Mutter gestattet, auch den wollten sie mir nicht geben. Sie haben mich in eine Zelle gesteckt, wo sie mich besser überwachen konnten. Ich habe 2 Herzanfälle bekommen, weil meine Verfassung so schlecht war. Dann war ich in der Krankenstation und sie haben alles getestet. Aber sie sind auf keine meiner Forderung eingegangen. Erst am Dienstag habe ich wieder angefangen zu essen und zu trinken. Ich habe viel Gewicht verloren, meine Beine sind total dünn.

Der Besuch fand statt mit Trennscheibe, die eigentlich schon seit Monaten weg war, in Anstaltskleidung, im Hochsicherheitstrakt und sichtlich abgemagert, aber voller Wut.

Die Übersetzung seiner schriftlichen Erklärung zum Hungerstreik folgt später.

Er braucht unsere Wut! – ruft an im Kölner Knast und wendet euch an die Anstaltsleitung. Schickt Faxe, Briefe, Emails
Telefon: 0221 59 730
Telefax: 0221 5973-223
E-Mail: poststelle@jva-koeln.nrw.de
Web: www.jva-koeln.nrw.de

Zuständig ist ebenfalls Richter Nohl am Landgericht Aachen
Richter Nohl, c/o Landgericht, AZ 52 KS 22/04, Postfach D-52034 Aachen
Telefon: 0241 543803
Telefax: 0241 9425-1407

Und unsere Unterstützung. Schreibt an:
Jose Fernandez Delgado, AZ 62 KS 22-04, Landgericht Aachen, Postfach, D-52034 Aachen
Und tut, was euch sonst noch so einfällt..... !!!!!!
!!! Der Kampf drinnen braucht den Kampf draußen●

* Jose ist ein spanischer Anarchist und saß über 20 Jahre im spanischen Staat berüchtigten FIES Regime, das für seine Brutalität bekannt ist. Er hat an vielen Knastrevolten in Spanien teilgenommen. Am 28.9.2005 wurde er vom Landgericht Aachen zu 14 Jahre Haft in Deutschland verurteilt. Der Fall befindet sich zur Zeit in der Revision.
Mehr Informationen unter:
www.escapeintorebellion.info

Menschlichkeit im Knast?!

»Man sieht die Menschlichkeit! Die Gesichter der Frauen sind so privat«. Dieser Kommentar von Nikolaus Walter, einem Vorarlberger Fotograf, zeugt nicht von den netten privaten Fotos der Dokusoaps unseres TV-Alltags. Nein, er zeigt Frauen in der Frauenvollzugsanstalt Preugesheim, fotografiert von Eva Haule, einer ehemaligen RAF-Frau, im 18. Jahr ihrer Gefangenschaft. Die Reihe der Schwarzweißfotos zeigt Gesichter, die offen und ungeschützt in die Kamera schauen. Offensichtlich hat Eva Haule sich das Vertrauen der inhaftierten Frauen erworben und konnte sie so in dem Moment fotografieren, als sich ein Riss auftat in dem Panzer, den sich Gefangene aufgrund der Zwänge der Institution zulegen.

Eva Haule, Porträts gefangener Frauen. Ein Fotobuch, 96 S. A4 , 19 EUR, ISBN 3-930830-65-5
Anfragen für eine Fotoausstellung werden vom Verlag an Eva Haule weitergeleitet.
Weitere Informationen und Bestellungen im Internetshop unter Fotobuch: www.leibi.de/spak-buecher

Anzeige

KNAST & WIRTSCHAFT

Zensur & Repression

Weg mit den Knästen!

Der gefängnisindustrielle Komplex der USA-Haftanstalten als Wirtschaftsfaktor: Seit den achtziger Jahren werden in den USA trotz rückläufiger Kriminalitätsrate so viele Gefängnisse wie nie zuvor errichtet. Großkonzerne verdienen am Bau von Haftanstalten, ihrer Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und an der Ausbeutung von Haftarbeit. Die Professorin Angela Y. Davis (1) kennt mindestens neun Millionen Gründe, die gegen das Gefängnis sprechen. Auf diese Zahl beläuft sich derzeit die Menge der Strafgefangenen in aller Welt.

Maik Söhler ● Dass davon zwei Millionen allein in den USA einsitzen, nimmt die seit dem Ende der sechziger Jahre in der amerikanischen Anti-Gefängnisbewegung aktive Autorin zum Anlass, sich vor allem mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Gefängnissystems ihres Landes zu beschäftigen. In ihrer jüngsten Publikation präsentiert Davis eine Menge aufschlussreicher Details, etwa dass die Anzahl der Strafgefangenen noch deutlich höher läge, wenn viele junge Männer und Frauen nicht den Armeedienst einer drohenden Haftstrafe vorziehen würden/müssten. Materialreich sind ihre Ausführungen über die große Anzahl psychischer Erkrankungen hinter Gittern, über die Zunahme von Einzelhaft in Hochsicherheitsgefängnissen (obwohl sie international geächtet ist und nach wie vor strittig ist, ob sie gegen die US-Verfassung verstößt) und über das Anwachsen sozialer Kontrollmechanismen, während gleichzeitig Bildungsprogramme für Häftlinge gekürzt oder gestrichen werden.

Überzeugend weist sie nach, dass der staatliche Resozialisierungsanspruch längst dem Ziel weichen musste, Delinquenten unschädlich zu machen. Am Beispiel der »ethnischen Zusammensetzung« in kalifornischen Gefängnissen entwickelt Davis einen weiteren Strang ihrer Argumentation: 35 Prozent der Insassen sind Latinos, 30 Prozent Afroamerikaner und 29 Prozent Weiße. Weiße sind demnach deutlich in der Minderheit, jenseits der Gefängnismauern aber stellen sie ebenso deutlich die Bevölkerungsmehrheit. Gründe dafür findet die Autorin im so genannten Racial Profiling der Ermittlungsbehörden – Fahndungsmethoden, bei denen die Hautfarbe eine Rolle spielt – sowie in der hohen Armutsrate unter städtischen Afroamerikanern oder Latinos. Wo Diebstahlsdelikte, Drogenbesitz oder Verstöße gegen die Einwanderungsbestimmungen häufig härter bestraft werden als Steuerhinterziehung in Millionenhöhe oder gewerblicher Betrug, da sind die vielen Nicht-Weißen im Gefängnis kein Wunder.

Auch auf den »beträchtlichen Anstieg der Haftrate von Frauen seit den achtziger Jahren« und die geschlechtsspezifische Haft geht Davis ein. Sie zitiert Berichte von »Human Rights Watch« über die »gewaltsame Sexualisierung des Gefängnislebens innerhalb der Frauenanstalten«. Gemeint sind die üblichen demütigenden Leibesvisitationen bei weiblichen Gefangenen sowie sexuelle Übergriffe. Außerdem würden Frauen häufig zu längeren Haftstrafen verurteilt. Weiterbildungsangebote beschränkten sich auf Koch-, Näh- und Haushaltskurse. Das Ziel sei eine »Wiedereingliederung kriminalisierter Frauen in das häusliche Leben als Frau und Mutter«. Davis wendet sich auch der Geschichte des US-Strafvollzugs zu und schreibt: »Frauen, die vom Staat öffentlich für ihr Fehlverhalten bestraft wurden, sah man tendenziell als größere Abweichung vom Normalfall und als wesentlich stärkere Bedrohung der Gesellschaft an, als die große Zahl männlicher Straftäter.«

Früher habe man delinquente Frauen nicht selten als geisteskrank klassifiziert, wobei hier ebenfalls riesige Unterschiede zwischen schwarz und weiß gemacht worden seien. Auch ihre Verweise auf den Zusammenhang von Sklaverei und Besserungsanstalten und erst recht ihre Ausführungen über die historische Bedeutung der Zwangsarbeit von Strafgefangenen beim Bau von Straßen, Eisenbahngleisen und im Bergbau sind kenntnisreich und hellsichtig. Wenn sie formuliert, dass »die schwarze Gefangenenarbeit noch immer eine verborgene Dimension unserer Geschichte« bleibe, so ist das nicht nur als Aufforderung zu verstehen, über die Wirtschaftsgeschichte der USA neu nachzudenken. Es ist auch ein Eingerzeig auf die gegenwärtige Situation in den meisten Gefängnissen. »Für Privatunternehmen ist Gefängnisarbeit wie ein Hauptgewinn. Keine Streiks. Keine Gewerkschaften. Keine Arbeitslosenversicherung (...) Alles zu einem Preis, der einen Bruchteil dessen beträgt, was Arbeit auf dem freien Arbeitsmarkt kostet«, zitiert Davis aus einer Broschüre von Linda Evans und Eve Goldberg.

Damit kommt sie auf ihren Hauptaspekt zu sprechen: den des, wie sie es nennt, gefängnisindustriellen Komplexes. Der Trend zu mehr Inhaftierungen habe in der Ära von Ronald Reagan begonnen. Obwohl die Kriminalitätsrate zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufig gewesen sei, seien Gefängnisse in einer noch nie da gewesenen Menge gebaut worden. Reagan habe als erster Präsident Haftanstalten als Wirtschaftsfaktor gesehen, ihm sei es um die Beteiligung von Großkonzernen am Bau von Gefängnissen, ihrer Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und an der Ausbeutung von Haftarbeit gegangen. Bis heute habe sich an dieser Auffassung nur wenig geändert. Die großen US-Gefängnisunternehmen CCA und Wackenhut unterhalten nicht nur eigene, nur am Profit orientierte Haftanstalten, sie konnten ihren Aktionsradius mittlerweile sogar auf andere Kontinente ausweiten.

Davis Fazit fällt dennoch alles andere als düster aus: »Eine wichtige Herausforderung besteht darin, zur Schaffung einer humaneren, erträglicheren Umgebung für die Menschen im Gefängnis beizutragen, ohne sich dabei mit der Permanenz des Gefängnissystems abzufinden.« Ihr Ziel ist so schlicht wie radikal: eine Welt ohne Gefängnisse. Sie weiß natürlich, dass der Weg dorthin schwierig ist. Denn im Gegensatz zur Todesstrafe erfreuen sich Gefängnisse einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz? Woran liegt das, fragt Davis, und liefert auch gleich einige Antworten: Weil ihr Bau häufig mit dem Versprechen von Politikern einhergeht, Arbeitsplätze zu schaffen und damit in ärmeren Regionen für Aufschwung zu sorgen; weil Verbrechen ein zentraler Gegenstand der medialen Berichterstattung sind, vor allem bei Privatsendern; weil Gefängnisfilme als wichtige »Bestandteile unserer visuellen Umwelt« dazu beigetragen haben, dass Knäste für die meisten Menschen zur Norm gehören; und weil das Gefängnis den Einzelnen ideologisch von der Verantwortung befreit, sich mit den drängenden gesellschaftlichen Problemen auseinander zu setzen. »Es ist, als wäre das Gefängnis ebenso wie die Geburt oder der Tod eine unvermeidliche Lebenstatsache«, stellt Davis fest, doch aufgeben mag sie deswegen noch lange nicht.

Am Ende entwirft sie Strategien zur Abschaffung des Gefängnisses. Ihr Gegenmodell beinhaltet ein »Justizsystem, das auf den Prinzipien Wiedergutmachung und Versöhnung beruht statt auf Vergeltung und Rache«, Bildungsprogramme, offene Grenzen, Sozial- und Gesundheitssysteme, die umsonst und für alle sind sowie die »ideologische Arbeit, die notwendig ist, um die begriffliche Verbindung zwischen Verbrechen und Strafe zu zerreißen«. Klar wird bei ihr auch, dass in besseren Zeiten das jetzige Gefängnissystem nicht einfach durch »ein einziges alternatives System der Bestrafung« ersetzt werden kann. In den siebziger Jahren saß Davis selbst für 16 Monate in Haft, heute ist sie Professorin für Mentalitätsgeschichte an der University of California in Santa Cruz. Vielleicht liegt es an dieser außergewöhnlichen Biografie, dass man rasch merkt, wie profund ihre Kenntnisse sind, weil sie aus praktischem und theoretischem Wissen gespeist werden.●

Angela Y. Davis: Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse? Der gefängnisindustrielle Komplex der USA. Verlag Schwarzerfreitag, Berlin 2005

LINKS:
(1) http://humwww.ucsc.edu:16080/HistCon/faculty_davis.htm
Telepolis Artikel-URL:
http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21238/1.html
Copyright (c) Heise Zeitschriften Verlag

PRIVATKNÄSTE JETZT AUCH IN DEUTSCHLAND

Erster Privatknast in Hessen eröffnet

Am 11.12.2005 verteilten AktivistInnen Flugblätter beim »Tag der offenen Tür« in der neuen JVA (Knast) Hünfeld (Osthessen). Es ist der erste teilprivatisierte Knast in Deutschland – aber das ist nicht die einzige Kritik. Gefängnisse insgesamt sind, dass ist selbst den nach härteren Strafen brüllenden RichterInnen, Innen- und JustizministerInnen, Bildzeitungs-redakteurInnen bekannt, selbst die Ursache dessen, was sie vorgeben zu lösen: Haftstrafen verstärken Kriminalität, Knäste wie der neue in Hünfeld werden wie alle anderen Knäste auch Menschen sozial isolieren und aus sog. Straftätern, die wegen kleiner Delikte erstmals eingelocht werden, Menschen machen, die oft jenseits weiterer Straftaten keine Auswege mehr im Leben wissen. Hinzu kommt, dass fast alle Haftstrafen wegen Delikten verhängt werden, die sich gar nicht gegen andere Menschen, sondern gegen den Staat, gegen ungerechte Reichtumsverteilung richten oder z.B. im Konsum illegalisierter Substanzen bestehen oder in widerlichen AusländerInnengesetzen ihre Ursache haben.

Der Text des Flugblattes:

»Haben Sie sich bei Ihrem Besuch in Hünfeld vergewissert, ob die Türen auch wirklich schließen und der Stacheldraht auch tatsächlich kein Loch aufweist? – Na, dann können Sie ja nun sicher und beruhigt nach Hause fahren – oder?

Was sind denn das eigentlich für Menschen, die hier in Kürze ihre Haftstrafe absitzen und die so schwer bewacht werden müssen? In der Haftanstalt in Hünfeld sollen Erststraftäter und Kleinkriminelle mit Haftstrafen von maximal 5 Jahren einsitzen. Also genau die Gruppe, die 80% der Inhaftierten ausmacht. Das klassische Bild des Häftlings, unter dem man sich einen Mörder, einen Sexualstraftäter oder professionellen Bankräuber vorstellt, entspricht überwiegend nicht der Realität. In den meisten Fällen sind die Straftäter Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Drogen und Beschaffungskriminalitäten werden oft als einzige Auswege gesehen, die schlechte soziale Lage zu bewältigen. Dieser isolierte Teil der Gesellschaft stellt eine »Gefahr« für die marktwirtschaftliche Ordnung dar. Genau die Ordnung, die diese Menschen in ihre ausweglose Situation gebracht hat und sie zu Tätern werden ließ.

Das Strafgesetzbuch verdeutlicht, welchen Werten in unserer Gesellschaft Bedeutung zukommt. So besitzt das Strafgesetzbuch lediglich 80 Paragraphen (25%), die das Gebiet der Gewalt abdecken. Hingegen existieren 87 Paragraphen (27,5%) zum Schutz von Staat und öffentlicher Ordnung sowie 66 Paragraphen (20,9%) zum Schutz von Eigentum, Wirtschaft und Profit. In der Gesellschaft gibt es kein Ordnungsproblem, sondern ein Sozialproblem. Überwachung und Strafen können diesen Konflikt nicht lösen, in den meisten Fällen verschlimmern sie diesen sogar.

»Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.« (§ 2 StVollzG) Die Praxis sieht jedoch ganz anders aus. Auf einen Sozialarbeiter kommen 80 Inhaftierte. Oft besitzen die Inhaftierten am Tag ihrer Entlassung weder eine Wohnung, eine Arbeit noch ein sozial tragfähiges Netz. Sie sind ein selbstbestimmtes Leben durch die autoritäre Ordnung des Gefängnisalltags nicht gewöhnt und besitzen keinerlei Kompetenzen im Umgang mit den Behörden. Sie landen unweigerlich auf der Straße und in den meisten Fällen wieder in der Kriminalität. Die Rückfallquote liegt nach einem geschlossen Vollzug bei über 60%. Hingegen kommt es bei einem offenen Vollzug nur in 30% der Fälle zu einer wiederholten Straftat. Selbst das Bundesjustizministerium veröffentlichte Anfang 2004 eine Rückfallstatistik in der sie zum Ergebnis kommt: »Die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion Verurteilten weisen ein höheres Rückfallrisiko auf als die mit milderer Sanktion Belegten.«

Daraus lässt sich klar schließen: Eine höhere Bestrafung führt zu höherer Kriminalität. Am Beispiel USA erhärtet sich diese Behauptung. In Deutschland kommen auf 100.000 Einwohner 80 Gefangene. In USA, wo härter bestraft wird, kommen auf 100.000 Einwohner 750 Inhaftierte. Auch das soziale Netz ist in den USA grobmaschiger als in Deutschland.

Durch eine Privatisierung – und sei es wie in diesem Fall auch eine Teilprivatisierung – tritt eine weitere Perversität des Strafvollzugs ein. Unternehmen profitieren nun von Inhaftierten und haben somit ein finanzielles Interesse an vielen Gefangenen.

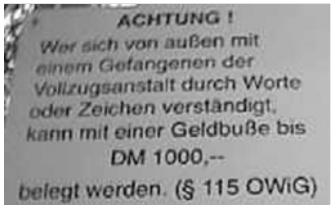
In den USA, wo es viele vollprivatisierte Gefängnisse bereits gibt, arbeiten Lobbyisten des Strafvollzugs mit der Regierung zusammen, um härtere Strafen durchzusetzen und damit wahrscheinlich mehr Gewalt zu fördern. Das Gleiche könnte nun auch in Deutschland passieren, die Anfänge sind gemacht. Auch die Unruhen in Frankreich in den letzten Monaten zeigen, dass der Staat auf Sozialen Missstände und deren Folgen nur noch mit verständnisloser Repression regiert, um seine verfehlte Sozialpolitik auszugleichen.

Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, dass je mehr Strafen verhängt werden, um so mehr Verbrechen hervorgerufen werden, (und die meisten Gesetzgebungen unserer Zeit haben dies durchaus anerkannt und es sich zur Aufgabe gemacht, die Strafen, soweit sie es für angängig hielten, einzuschränken). Je weniger Strafe, um so weniger Verbrechen. Wenn es überhaupt keine Strafe mehr gibt hört das Verbrechen entweder auf, oder, falls es noch vorkommt, wird es als eine sehr bedauerliche Form des Wahnsinns, die durch Pflege und Güte zu heilen ist, von Ärzten behandelt. ...
Wenn das Privateigentum abgeschafft ist, wird es keine Notwendigkeit und keinen Bedarf für Verbrechen geben; sie werden verschwinden.«

Oscar Wilde, 1891, »The soul of man unter socialism«, übersetzt: Der Sozialismus und die Seele des Menschen, Diogenes 2003 (S. 30 f.)

Mehr lesen?
Internetseiten zum Thema: www.knast.net und
www.weggesperrt.de.vu
Broschüren zu Knast unter
www.aktionsversand.de.vu
Aktionsideen gegen Repression unter
www.projektwerkstatt.de/antirepression
Buchtipp: Michael Foucault: Überwachen und Strafen (Suhrkamp)

Weitere Informationen:
JVA Hünfeld:
www.hmdj.justiz.hessen.de/C1256BA6002C3380/vwContentFrame/W25RQF9H498JUSZDE
Justizkritik:
www.justizirrtum.de und
www.justiz-giessen.de.vu
Kritik an Strafe:
www.projektwerkstatt.de/antirepression/justiz/strafe.html



USA: RECHTES PROPAGANDASYSTEM UND SEINE AUSWIRKUNGEN

Soziale Veränderung aus heutiger Sicht

»Propaganda wirkt wahrscheinlich am effektivsten auf die gebildeteren Sektoren der Bevölkerung, denn schließlich sind diese Teil des Propagandasystems und verbreiten Propaganda. Tendenziell jedoch führt Propaganda bei Menschen zu Skepsis und zu einer Abneigung gegenüber den Institutionen. Vor diesem Hintergrund sind Phänomene wie die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit zu sehen«, so Noam Chomsky im Interview mit Steven Durel:

Professor Chomsky, seit 40 Jahren sind Sie eine der führenden Stimmen für soziale Gerechtigkeit und politische Aktion. Nach fast einem halben Jahrhundert in der libertären Bewegung, wie haben sich die Dinge Ihrer Meinung nach verändert?

Veränderung verläuft nie linear. In mancher Hinsicht geht es voran, in manch anderer sind Rückschritte zu verzeichnen. Um nur eine positive Seite zu nennen: Wo es um die generelle Zivilisierung der Gesellschaft geht, sind echte Fortschritte zu verzeichnen, diese sind in immer mehr Bereichen erkennbar. Das Problembewusstsein beim Thema Menschenrechte hat enorm zugenommen, in vielen Aspekten. Nehmen wir beispielsweise die Rechte der Frau. Heute sind die Frauenrechte viel besser geschützt als vor vierzig Jahren. Auch die Minderheitenrechte sind deutlich besser geschützt, obwohl es in diesem Bereich noch viel zu tun gibt.

»Zuviel an Demokratie«

Auf der anderen Seite der Backlash (1). Er kam sehr schnell und fing in den frühen 70ern an. Dieser Backlash geht über das gesamte Spektrum. Mit Spektrum meine ich nicht »liberal« und »konservativ«, wie man das nennt, was immer damit gemeint ist, ich meine damit, dass die Demokratisierung und der Zivilisierungseffekt in den 60ern große Besorgnis ausgelöst hat und zwar im gesamten Spektrum der Eliten. Aus diesem Grunde gelten die 60er ja heute auch als problematische Zeit, als Geburtsstunde des Irrtums, so lehrt man uns heute. Das Problematische damals war, unser Land wurde zu frei, zu demokratisch. Von einer »Krise der Demokratie« war die Rede – damit war ein Zuviel an Demokratie gemeint.

Die Zahl der Lobbyisten in Washington ist Anfang der 70er Jahre explodiert. Diese sollten eine engmaschige Kontrolle über die Gesetzgebung gewährleisten, passend zur Agenda der Geschäftswelt. Neue rechte Thinktanks, wie das American Enterprise Institute, begannen sich auszubreiten. Sie versuchten, Kontrolle über das zulässige Gedankengut zu erlangen. Eine massive Kampagne zur Übernahme von Radios erfolgte, und das Fernsehen sollte rechtslastiger werden.

Selbst das internationale Finanzwesen veränderte sich, man ließ den freien Kapitalfluss zu. Früher war das nicht erlaubt. Den Ökonomen war sehr wohl bewusst, dass ein Aspekt dabei die Einengung des demokratischen Spielraums sein würde. Die Investoren wurden praktisch in die Lage versetzt, sich wie ein »virtuelles Parlament« (so wird das manchmal genannt) aufzuführen. Sie beurteilen die Politik des jeweiligen Landes und gefällt sie ihnen nicht, können sie die Wirtschaft einfach zerschlagen.

Es gibt viele Anzeichen, dass wir uns auf einen noch repressiveren, noch autoritäreren Staat zu bewegen – in der Ära der Bush-Administration ist das zufällig extrem. Sie nennen sich selbst konservativ – was eine Beleidigung für den Konservatismus ist. In Wirklichkeit sind sie rechts-reaktionäre Statisten. Sie wollen einen sehr mächtigen Staat, um das Privatleben, die Wirtschaftswelt und die internationale Gemeinschaft (international society) zu kontrollieren. Wenn nötig greifen sie zur Gewalt. Was ist daran konservativ? Nichts.

Der Krieg im Irak

Vor einigen Wochen war ich in Washington, wo 100.000 Menschen zusammentrafen, um gegen den Krieg zu protestieren. Die meisten forderten den sofortigen Abzug der ausländischen Truppen aus dem Irak. Demgegenüber sagen uns die meisten Politiker, wir können nicht abrücken, ohne den Irak an eine Art Theokratie auszuliefern. Diese könnte im Irak Fuß fassen. Wie denken Sie darüber?

Man kann über Saddam Hussein denken, wie man will. Jedenfalls war seine Regierung säkular. Heute ist eine große Theokratie sehr wahrscheinlich – damit nicht genug, wahrscheinlich wird sie sich am Iran orientieren. Der schiitische Süden (des Irak) ist bereits eng mit dem Iran verbunden. Viele der schiitischen Führer kommen aus dem Iran. Ajatollah Sistani sowie die überwiegende Mehrzahl der religiösen Führer und die wichtigste Miliz des Südens, die Badr-Brigaden, sind im Iran ausgebildet und bewaffnet worden.

Die amerikanische Invasion hat sich verheerend auf die Gesellschaft (des Irak) ausgewirkt. Im letzten Oktober gingen unsere zuverlässigsten Schätzungen von rund 100.000 Getöteten aus. Inzwischen ist es noch viel schlimmer. Die Zahl der Unterernährten hat sich verdoppelt. Die Zahl der unterernährten Kinder im Irak entspricht heute der von Burundi.

Was will die Bevölkerung? Vor einigen Tagen hat die wichtigste Schiitenpartei gefordert, alle britischen Soldaten im Süden sollten in ihren Baracken bleiben. Die sunnitische Bevölkerung will die US-Truppen ohnehin offensichtlich aus dem Land haben. Auch die Sadr-Gruppe verkündet, die Amerikaner sollten gehen. Innerhalb des Parlaments gibt es eine Kommission für nationale Souveränität – oder so ähnlich. Diese hat – ich glaube einstimmig – einen strikten Zeitplan für den Rückzug gefordert.

Foto: Cornelia Dilg

Kürzlich las ich eine Rede des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Darin ist von Ihrem Buch »Hegemony or Survival« die Rede – nach Chávez Worten ein großes Werk der antiimperialistischen Literatur. Wir wissen jetzt, dass Hugo Chávez Chomsky-Fan ist. Ich frage mich, sind Sie umgekehrt Chávez-Fan? Wie ist Ihre Meinung zur Bolivarischen Revolution?

Die Bolivarische Revolution

Auch hier ist die interessante Frage nicht, was halten Sie oder ich davon oder was hält George Bush davon? Die eigentliche Frage lautet doch, was halten die Venezolaner davon? Für Letzteres gibt es Belege. Obgleich die Medien, die Geschäftswelt und die USA Hugo Chávez extrem feindselig gegenüberstanden, hat er eine Wahl nach der anderen und ein Referendum nach dem anderen gewonnen, mit überwältigender Mehrheit.

Es gibt Umfragen in Lateinamerika – vorsichtige Umfragen von lateinamerikanischen Umfrageinstituten – deren Ergebnisse sehr erhellend sind, weil sie zeigen, dass in nahezu ganz Lateinamerika immer weniger Menschen an die Demokratie glauben. Nicht, dass die Menschen Demokratie nicht gut finden. Was sie nicht gut finden, ist die damit verbundene neoliberale Wirtschaftspolitik. Letztere richtet großen Schaden an. Es gibt nur wenige Ausnahmen, eine davon ist Venezuela.

Die Reichen und Privilegierten hassen ihn (Hugo Chávez). Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung Venezuelas ist extrem verarmt. Vom enormen Reichtum des Landes haben sie nie etwas abbekommen. Die Bolivarische Revolution tut etwas für die Armen – egal, wie Sie oder ich das finden. Und ganz offensichtlich reagieren die Armen. Der enorme Rückhalt für ihn (Chávez) in den Slums und der enorme Hass, der ihm von seiten der Pelican Suites entgegenschlägt, ist sehr erhellend.

Professor John O'Connor von der Central Connecticut State University richtet folgende Frage an Sie: Seit Jahren argumentieren Sie, unser doktrinäres System, unser Propagandasystem, funktioniere so massiv, dass kaum Chancen für echten sozialen Wandel zu erkennen sind. Wie erklären Sie sich dann das Anbrechen einer globalen Bewegung für soziale Gerechtigkeit und gegen den Neoliberalismus?

Ich habe nie behauptet, dass es (das Propagandasystem) soziale Veränderung verhindern könnte. In Wirklichkeit habe ich noch nicht einmal gesagt, dass das System unabhängiges Denken verhindert. Womit ich mich vielmehr auseinandergesetzt habe, ist die Natur dieses Propagandasystems. Dessen Wirkungen stehen auf einem ganz anderen Blatt.

Im Falle des amerikanischen Propagandasystems ist die erste Frage – was ist Propaganda – relativ leicht durch Forschung zu beantworten. Welche Auswirkungen hat Propaganda auf die Bevölkerung – dem nachzugehen ist schon wesentlich schwieriger und eine reichlich subjektive Angelegenheit. Grob gesagt kann man, denke ich, den Schluss ziehen, dass Propaganda wahrscheinlich sehr effektiv auf die gebildeteren Sektoren (der Bevölkerung) wirkt – was nicht überrascht, schließlich sind sie Teil des Propagandasystems und verbreiten die Propaganda. Die allgemeine Bevölkerung gibt ein gemischtes Bild ab. Tendenziell führt Propaganda bei Menschen zu Skepsis, zu Desillusionierung, zu einer Abneigung gegenüber den Institutionen, sie haben das Gefühl, dass nichts funktioniert.

Was die generellen Einstellungen und Haltungen in den USA angeht, so gibt es reichlich Beweise, die die dramatische Tatsache belegen, dass beide politischen Parteien (Demokraten und Republikaner) und die Medien in immer mehr Themenbereichen weit rechts von der allgemeinen Bevölkerung liegen. In dieser Hinsicht hat die Propaganda also nicht funktioniert, und auf diesem Hintergrund sind Phänomene wie die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit zu sehen.●

1) Als Backlash (dt. »Gegenreaktion«) bezeichnet man die Rückkehr konservativer oder revisionistischer Wertvorstellungen und erneute Machtgewinnung entsprechender gesellschaftlicher Formationen.

ZNet 11.11.2005, Übersetzt von: Andrea Noll
www.zmag.de/artikel.php?id=1649
Orginalartikel: »Social Change Today«
www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=1&ItemID=9089
Mehr Artikel von Noam Chomsky
www.zmag.de/autor.php?id=13

MEMEFEST: KULTUR-STÖRUNG!

»Wir ärgern fette Firmen«

Der Präsident der slowenischen Organisation Memefest, Oliver Vodeb, war vor kurzem im Rahmen der Veranstaltung »Das ABC – zur Semiotik des Widerstandes« in Berlin. Er sprach über seine Hass-Liebe zur Werbeindustrie und die Notwendigkeit einer Gift Economy. Aufruf zu einer Kultur-Störung! Das nachfolgende Interview führte Frederic Dubois.

Sie behaupten das Memefest sei ein Festival der radikalen Kommunikation. Was heißt das?

Radikale Kommunikation setzt sich für eine gleiche Machtverteilung ein. Es ist Aktivismus, Medienaktivismus. Nichtkapitalinteressierte Medien organisieren sich auf einer basis-demokratischen Art und produzieren radikale Informationen. Memefest ist ein Festival, in dem Teilnehmer aus aller Welt Texte und Illustrationen (subversive Fotos, Antiwerbungen, politische Plakate) vorlegen und eine Jury eine Auswahl trifft. Memefest ist auch ein Werkzeug, eine Plattform für Wissen und Inspiration. Die Assoziation bietet Hilfe mit Softwarelösungen, Mentoring, Consulting für Gruppen, die interessiert sind, auf lokaler Ebene radikale Kommunikation zu machen.

Werbung wird immer mehr ein integraler Teil der Kultur. Es wird unsichtbar. Culture Jamming, was auf Deutsch so viel wie Kultur-Störung heißt, versucht die Menschen darauf aufmerksam zu machen. Ist Kultur-Störung mehr als die Kinder, die Werbungen bekritzeln und mit Spraydosen ihren Frust ausüben?

Kultur-Störung ist nicht nur eine Mode. Einerseits ist es befriedigend, die Zeichen der Konsumgesellschaft zu manipulieren und in die Medien eingreifen zu können. Die Leute lernen auch dabei so viel über die Medien. Anderseits ist Kultur-Störung eher eine Aktion, die man als einen Anfang verstehen muss. Sie dient dazu, auf einer visuellen Ebene Provokation und Konflikt zu zeigen. Sie muss aber – um Kanäle, Gehirne und Augen zu öffnen – weiterführen und von anderen Taktiken ausgebaut werden. Der Dialog muss das Ziel sein. Bis dahin ist es ein langer Weg und man muss zugeben, dass die meisten Kultur-Störungs-Aktionen mit dem Stift und der Spraydose enden.

Auf Ihrer Website steht, dass zu viel Talent und Wissenschaft durch die Werbe- und Marketingindustrie verschwendet wird. Werbung tötet also Kreativität?

Zu einem gewissen Grad wird Kreativität durch Werbung standardisiert und durch einen geschlossenen Diskurs zensiert. Wer kommerzielle Werbung macht, der erzeugt Kommunikation, die nichts neues entwickelt. Es geht mehr um einen selbstreferenziellen Fetischismus: ein Diskurs, der sich auf Design beschränkt. Was der neoliberale Kapitalismus geschafft hat, ist den Leuten weis zu machen, dass dieser Diskurs der natürliche Stand der Dinge sei. Wenn Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) zum Beispiel über Kommunikation nachdenken, dann denken sie an Werbung. Die meisten NGOs, die Geld haben, zahlen an Werbeagenturen, um deren Kampagnen zu machen. Das Problem ist, dass die sozialen Probleme immer ein Ergebnis einer Macht-Hierarchie sind, die einen ideologischen Hintergrund hat. Die Werbeagenturen würden nie die Probleme der Hierarchie hinterfragen oder recherchieren. Sie machen coole Repräsentation: Oberflächliches Design.

In wie fern machen die »Radikalen« das besser?

Memefest und radikale Kommunikationsexperten denken und arbeiten in einem komplett anderen Diskurs als Werbeagenturen. Nehmen wir eine Kampagne über die Problematik der Drogensucht. Die Kampagnen die existieren, sind immer gegen Drogen. Aber das Problem der Drogen ist ja die Prohibition an sich. Sie ist ein Instrument sozialer Kontrolle, die dann eine Kultur des Drogenkonsums erschafft und den Missbrauch hervorruft. Wenn man eine radikale Kampagne gegen Drogenmissbrauch machen würde, müsste man eine Kampagne machen, die den Leuten die Augen öffnet. Eine Werbeagentur würde das nie machen.

Man spricht in allen Sphären zunehmend von offenen Netzwerken. Was bedeutet dieses Konzept für Memefest?

Memefest könnte in Slowenien nicht überleben, weil es keine kritische Menge gibt. Deshalb überlegen wir speziell seit dem letzen Jahr, ein virtuelles Netzwerk zu schaffen. Es sind nicht nur Teilnehmer unserer Wettbewerbe beteiligt, sondern selbstorganisierte Projekte. Wir unterstützen den Aufbau autonomer Zentren, wie in Brasilien und Kolumbien, die lokal und nicht nur virtuell arbeiten, und mit anderen Memefest-Zentren kommunizieren. Viele Privatmenschen wirken auch auf der ganzen Welt mit. Diese Teilnahme findet in der Gift Economy statt. Dieses Wirtschaftsmodel funktioniert ohne Geld und die sozialen Beziehungen hängen vom Handel in Diensten ab. Ein Dienst ruht nie. Wer einen Rat bekommt, engagiert sich ihn weiterzugeben.

Kann die Gift Economy mit der neoliberalen Wirtschaft mitreden?

Eigentlich tut sie das schon, in dem sie die neoliberale Wirtschaft bereichert. Internet ist zum Beispiel ein vernetzter Raum in dem die Gift Economy und die Marktwirtschaft sich insbesondere ergänzen: IBM macht Rechner mit Linux Systemen. Netscape hat den Mozilla Internetbrowser. Diese zwei Softwarelösungen werden von Open-source-Kollektiven durch das Internet entwickelt und sind oft frei zum runterladen. Die Philosophie und Ethik der Gegenseitigkeit verärgert fette Firmen wie Microsoft. Sie ist der Marktwirtschaft gegenüber komplementär, aber auch autonom. Mit einer Teilpartizipation der Leute kann man Projekte aufrechterhalten. Die Frage ist nur, wie man Projekte auf einer längeren Zeit, speziell wenn sie größer werden, am Leben erhält. Fragen sie mich nicht nach der Antwort.●

Links:
Adbusters: www.adbusters.org
Gift Economy: www.gift-economy.com
Memefest: www.memefest.org
The ABC: www.the-abc.org

VENEZUELA:

Arbeiterverwaltung und Fabrikbesetzungen

Arbeitervertreter und Gewerkschaftsaktivisten aus dem gesamten Land trafen sich Ende Oktober in Caracas zu einer nationalen Versammlung der ArbeiterInnen für die Wiederinstandsetzung von Firmen. Das Hauptziel des vom venezolanischen Gewerkschaftsbund UNT einberufenen Treffens bestand darin, ArbeiterInnen, die Erfahrungen bei der Besetzung von Betrieben und den verschiedenen Formen der Arbeiterverwaltung gesammelt hatten, zusammenzubringen.

von Jorge Martin, ZNet ● Die Versammlung wurde einberufen, um das erste lateinamerikanische Treffen von Fabriken, die von ArbeiterInnen wieder instand gesetzt wurden, vorzubereiten. Das lateinamerikanische Treffen wird gemeinsam von Arbeitern in besetzten Fabriken in Brasilien, Argentinien, Uruguay sowie dem venezolanischen Gewerkschaftsbund UNT und dem uruguayischen Gewerkschaftsverband PITCNT organisiert und vom Arbeitsministerium Venezuelas unterstützt. ArbeiterInnen aus besetzten und wieder instand gesetzten Firmen aus Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru, Ecuador, Puerto Rico und Panama werden daran teilnehmen.

An der nationalen Versammlung nahmen ArbeiterInnen von *Invepal* (früher Venepal) teil, wo die Beschäftigten für die Enteignung der Papierfabrik, die von ihren früheren Eigentümern für bankrott erklärt worden war, und die Einführung der Arbeiterkontrolle gekämpft hatten. Außerdem waren Vertreter der Ventilfabrik *Inveval* (früher CNV) anwesend, welche die ArbeiterInnen zwei Jahre lang besetzt hielten. Ihnen gelang schließlich die Enteignung der Firma und die Einführung einer Art Arbeiterverwaltung. Außerdem nahmen ArbeiterInnen der Elektrizitätserzeugungs- und Vertriebsgesellschaft *CADAFE* teil, die sich in Staatsbesitz befindet und in der Bestrebungen der ArbeiterInnen, die cogestion (wie die Arbeiterverwaltung hier genannt wird) einzuführen, mit den Versuchen des Managements, die eigene Entscheidungsgewalt zu erhalten, aufeinandergeprallt sind. Insgesamt waren 200 Werktätige aus dem gesamten Land, sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor, anwesend.

Einer der ersten Sprecher war Eduardo Murua, der Präsident der argentinischen »Bewegung wiederinstandgesetzter Betriebe (MNER)«. Er bezeichnete die Erfahrungen mit Fabrikbesetzungen als eine Alternative zu Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung. Er betonte in seiner Rede, dass die ArbeiterInnen sich nur auf ihren eigenen Kampf und ihre eigene Kraft verlassen können und gab den venezolanischen ArbeiterInnen den Rat, die Initiative selbst zu ergreifen und nicht zu warten, bis die Regierung ihnen grünes Licht gebe. Er legte dar, dass im Falle der Betriebsschließung durch die Unternehmer, »die ArbeiterInnen diese besetzen und versuchen sollten, die Produktion in Gang zu setzen, rechtliche Aspekte könnten später diskutiert werden«. Er erklärte ebenfalls, wie es der MNER gelungen ist, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten als in ähnlichen Betrieben im privaten Sektor zu erreichen und brachte die gemachten Erfahrungen mit den Kämpfen der Werktätigen in privaten kapitalistischen Unternehmen für gleiche Bedingungen damit in Verbindung.

Arbeitsministerin: Fabrikbesetzungen sind kein Problem, sondern die Lösung eines Problems

Arbeitsministerin Maria Cristina Iglesias nahm auch an der Versammlung teil. Sie erklärte, wie die Idee für ein lateinamerikanisches Treffen von den ArbeiterInnen selbst gekommen war, besonders von denen aus wieder instand gesetzten Betrieben in Argentinien, Brasilien und Uruguay. Sie waren es, die zusammen mit einigen lateinamerikanischen Gewerkschaften bei Präsident Chávez angefragt hatten, ob Venezuela Gastgeber eines solchen Treffens sein könnte. Iglesias sagte, dass die Besetzung verlassener Fabriken und die Wiederaufnahme der Produktion nicht »als Problem, sondern als Lösung eines Problems« gesehen werden sollte, dass durch die Bosse verursacht wurde, die diese Firmen dicht gemacht hätten. Sie fügte hinzu, dass ein Nichthandeln in einem solchen Fall mit »einem Hungertod im Supermarkt, wo man es nicht wagt, eine Dose Ölsardinen zu öffnen«, zu vergleichen sei. Sie betonte, dass es ein Verbrechen sei, eine Fabrik zu schließen, solange es Arbeitslosigkeit gebe.

Sie unterstrich die Bedeutung des lateinamerikanischen Treffens, da dieses bedeute, »dass diese Kämpfe nicht länger isoliert stattfinden«. Sie erklärte, dass das Treffen drei Hauptachsen habe, eine für die ArbeiterInnen in besetzten Betrieben, die ihre Erfahrungen austauschen und politische Schlussfolgerungen ziehen können, eine weitere für Gewerkschaften, die sich ebenfalls zusammenschließen können, um zu diskutieren, wie sie diese Kämpfe unterstützen und schließlich eine, in der Regierungen und Parlamentarier aus verschiedenen Ländern den juristischen Rahmen dieser Bewegung von Betrieben, die von Arbeitern geleitet werden, diskutieren können. Auf dem Treffen werden Videos und Bilder von besetzten Betrieben auf dem lateinamerikanischen Kontinent gezeigt. »Sie zeigen diese Beispiele nicht, weil sie sich besonders fürchten«, sagte Iglesias, die erklärte, es gebe auch in den USA Beispiele für Firmen, die von Arbeitern wieder instand gesetzt wurden. »Wir sollten dabei niemals unsere Herkunft und unsere Klasse aus den Augen verlieren.«

Ministerin Maria Cristina Iglesias erklärte, wie der Kampf der von ArbeiterInnen wieder instand gesetzten Betriebe »mit einem unserer Ziele in Verbindung gebracht wird, dass nämlich die ArbeiterInnen die Produktion selbst leiten und die Regierung ebenfalls von ArbeiterInnen geführt wird.«

Es wurden Beispiele gegeben, wie die von ArbeiterInnen instand gesetzten Betriebe über Grenzen hinweg kooperieren können. So könnte zum Beispiel die Papierfabrik Invepal mit Werktätigen in von ArbeiterInnen geleiteten Druckereibetrieben in Argentinien zusammenarbeiten. Die ArbeiterInnen in der besetzten Fabrik Cipla in Brasilien könnten ihre Rohstoffe bei der Firma Pequiven, die sich in venezolanischem Staatsbesitz befindet, kaufen und anschließend ihre Produkte and die staatliche venezolanische Ölindustrie PDVSA verkaufen. Viele solcher Beispiele wurden diskutiert, aber es wurde auch betont, dass diese nicht nur als kommerzielle Tauschgeschäfte gesehen werden sollten, sondern alle betroffenen Gruppen von ArbeiterInnen davon durch Ausbildung, Technologietransfer usw. profitieren sollten.

Arbeiterverwaltung in strategischen Industrien

Ein weiterer Redner in Caracas war Professor Mike Lebowitz. Er ging auf die momentan in Venezuela stattfindenden Diskussionen über die Arbeitermitverwaltung ein. Er erklärte deren Schlüsselrolle für die bolivarische Revolution: »Nichts wird die Feinde dieses Prozesses glücklicher machen als das Scheitern des venezolanischen Weges zur Arbeitermitverwaltung, denn vor allem die ArbeiterInnen in Lateinamerika, aber auch anderswo, beginnen die Entwicklung der Arbeitermitverwaltung als echte Alternative zum Despotismus an ihren Arbeitsplätzen zu betrachten«. Er verdeutlichte auch die Unterschiede zwischen der Arbeitermitverwaltung in Venezuela und der Mitbestimmung in Deutschland, wo »diese als Mittel benutzt wird, die ArbeiterInnen in das Projekt des Kapitalismus einzubeziehen ... während jedoch die Arbeitermitverwaltung in Venezuela eine Alternative zum Kapitalismus darstellt.«

Lebowitz diskutierte ebenfalls die Fehler der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, wo »das Blickfeld der ArbeiterInnen in jeder Firma auf ihre eigenen Interessen gerichtet war« und »ein Sinn für Solidarität mit der Gesellschaft als Ganzes fehlte«. Als Folge davon führte dieses System in Jugoslawien dazu, »dass die Ungleichheit zunahm, die gesellschaftliche Solidarität versagte und es schließlich zur Zersplitterung Jugoslawiens kam«. Er erklärte, dass die Arbeitermitverwaltung in Venezuela bemüht sei, »diesen speziellen Fehler zu vermeiden ... sie betont, dass die Betriebe nicht den ArbeiterInnen allein gehören – sie sind dafür bestimmt im Interesse der gesamten Gesellschaft geführt zu werden.«

Unter anderem brachte Mike Lebowitz seine Meinung zur Debatte über die Existenz der Arbeitermitverwaltung in strategischen Industrien deutlich zum Ausdruck. »Wenn Industrien wie die Ölproduktion und die Erzeugung und der Vertrieb von Strom von der Arbeitermitverwaltung ausgeschlossen werden, was bedeutet das für die ArbeiterInnen in diesen Industrien?« fragte er. »Dass wir den ArbeiterInnen nicht die Fähigkeiten zutrauen, im Interesse der Gesellschaft Entscheidungen zu fällen? Welche Vision des Sozialismus im 21. Jahrhundert ist das?« Er fügte dann hinzu: »Wenn tatsächlich wichtige Entscheidungen auf der Tagesordnung stehen, dann heißt die Antwort in diesem Fall Kapitalismus oder Staatskapitalismus, nicht aber Arbeitermitverwaltung oder Sozialismus des 21. Jahrhunderts.«

Lebowitz erklärte, dass diese Widersprüche und andere normal und Bestandteil des Prozesses seien und »durch demokratische Diskussionen, Überzeugung und Bildungsarbeit« überwunden werden könnten. Er schloss seine Rede mit den Worten: »Nichts wird die Gegner der bolivarischen Revolution unglücklicher machen als der Erfolg der Arbeitermitverwaltung.«

Arbeiter müssen auf ihre eigene Kraft vertrauen

Luis Primo aus der Caracas-Miranda Regionalgruppe der UNT und Mitglied der Revolutionären Marxistischen Strömung gab in seiner Rede einen kurzen Abriss über die Geschichte des Kampfes für die Arbeiterverwaltung. Er ging auch auf die Zerstörung der verarbeitenden Industrie in Venezuela ein. Zahlen zufolge, die er nannte, gab es 1999 12.000 verarbeitende Unternehmen im Lande, diese Zahl ist aber heute auf 7.000 zurückgegangen, das bedeutet den Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig sind 90% aller venezolanischen Firmen im Dienstleistungsbereich tätig. Diese extreme Situation beruht auf der Tatsache, dass »die Kapitalisten kein weiteres Interesse an der Produktion haben«, wenn sie mit Spekulationen schneller Gewinne einfahren können. Luis Primo betonte in seiner Rede, dass die Arbeiter sich nur auf ihre eigene Kraft und ihren eigen Kampf verlassen können. Er schlug vor, dass der UNT in jeder Region Arbeitsgruppen einrichten solle, um die Besetzung und Wiederinstandsetzung von stillgelegten Fabriken zu organisieren. Er beendete seinen Vortrag mit dem Marx-Zitat »Die Befreiung der Arbeiter kann nur die Sache der Arbeiterklasse selbst sein.«

Neben den interessanten Beiträgen verschiedener Sprecher war der Hauptaspekt dieses Treffens der Eifer der Arbeitervertreter, sich an den Diskussionen zu beteiligen. Dutzende stellten sich in die Schlange, um über den Kampf in ihren Betrieben zu berichten, über Probleme mit Direktoren im öffentlichen Sektor beim Versuch verschiedene Formen der Arbeitermitverwaltung einzuführen und über weitere Pläne, von den Bossen stillgelegte Betriebe zu übernehmen. Anwesend waren auch ArbeiterInnen aus der kürzlich wiedereröffneten Fabrik Zulia, die Rohre für die Ölindustrie fertigt sowie ArbeiterInnen aus der privaten Ölraffinerie Oxydor in Valencia, die für die Enteignung und Einführung der Arbeitermitverwaltung kämpfen und schließlich ArbeiterInnen aus verschiedenen Fabriken des multinationalen Konzerns Parmalat, welche die gleichen Forderungen stellen.

Wenn auch einige wichtige Gruppen von ArbeiterInnen nicht an dem Treffen teilnahmen, so zeigte doch die Stimmung der Anwesenden deutlich, dass die Enteignungen von Venepal und CNV Anfang des Jahres die Tore geöffnet hat und viele Gruppen von ArbeiterInnen im ganzen Land auf diese als nachahmenswertes Beispiel schauen. Bezeichnenderweise waren alle Notizbücher, welche die Teilnehmer des Treffens bei ihrer Anmeldung erhielten, bei Invepal unter Arbeiterverwaltung hergestellt worden.●

Hugo Chávez zu Besuch bei Invepal

Übersetzt von: Tony Kofoet
Aus ZNet 26.10.2005

DAS UNTERNEHMEN INVEPAL

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez enteignete am 19. Januar 2005 per Dekret den gesamten Besitz des Papierunternehmens Venepal (das in Invepal umbenannt wurde). Eine Möglichkeit, die dem venezolanischen Staat gemäß Verfassung zusteht. Die Fabrik wurde in eine gemischte Eigentumsform – 51 % Staatseigentum und 49 % Belegschaftseigentum über eine gemeinsame Kooperative – überführt. Das Modell der Arbeitermitverwaltung in Invepal hat Züge einer Arbeiterkontrolle. Die ArbeiterInnen haben Edgar Peña zum Kopf des aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehenden Direktoriums des neuen Unternehmens gewählt und haben – zumindest auf dem Papier – die Macht, in der »Arbeiterversammlung« weiterhin über alle Schritte des Unternehmens zu entscheiden.

Ende Januar begannen die ArbeiterInnen die Fabrik wieder auf die Produktion vorzubereiten. Der Staat gab eine Anschubfinanzierung von umgerechnet etwa vier Millionen Euro. Edgar Peña bat auch um die Unterstützung der Nationalgarde zur Sicherung des Unternehmens, da Sabotageakte seitens Personen, die sich der Kontrolle des Betriebs durch die ArbeiterInnen widersetzen, befürchtet würden. Zu schützen gibt es neben der Fabrik und einer werkseigenen Wohnsiedlung viel. Das Gelände von Venepal umfasst insgesamt 5.000 ha. Auf dem Gelände stehen noch eine Schule, ein Baseballstadion, ein Hotel mit Schwimmbad, ein Klärwerk, Anlagen zur Aufbereitung von Trinkwasser und Industriewasser, ein Stromwerk und ein kleiner Flughafen, den die Besitzer nutzten, um zur Fabrik zu gelangen. Das meiste verlassen und ungenutzt. Auch große brachliegende Ländereien gehören zum Firmengelände.

Mittlerweile ist Invepal in der Lage, wieder eine breite Palette an Papier- und Pappsorten und daraus verschiedene Schul-, Büro- und Verpackungsmaterialien herzustellen. Auf einer Handelsrunde in Caracas gab Edgar Peña im Juli 2005 bekannt, Invepal könne fünf Millionen Schulhefte monatlich produzieren. Die Preise seien konkurrenzfähig, so dass bald wieder auf 40% Marktanteil in Venezuela – wie vor zehn Jahren – gehofft werde.

Doch mit Gründung der Kooperative Covimpa sind die ArbeiterInnen zu BetreiberInnen und TeilhaberInnen geworden und die Gewerkschaft wurde aufgelöst, da ohnehin alle in Covimpa organisiert sind. Als Kooperative genießt Covimpa weitere Vorzüge, wie etwa Steuervorteile und kann, gemäß der Bolivarianischen Verfassung, seine Betriebsbeteiligung bis auf 95% erhöhen.

Invepal versteht sich als »gesellschaftliches Unternehmen«, hat seinen Kampf nur mit der breiten Solidarität der lokalen Bevölkerung und anderer Arbeit durchstehen können, so soll auch ein Teil der Gewinne zum Wohl der Gemeinschaft eingesetzt werden. Die Invepal-ArbeiterInnen denken nun in Managerkategorien. Erklärtes Ziel ist, schrittweise den gesamten Betrieb zu übernehmen, doch das wirft in der UNT auch Zweifel auf, denn die Cogestión soll ja nicht dazu führen, dass sich die Gewerkschaften auflösen und die ArbeiterInnen UnternehmerInnen werden.●

Anzeige

GENOSSENSCHAFTSGESETZ

Novellierung könnte Gründungswelle neuer Genossenschaften erleichtern

Am 19. Oktober diesen Jahres wurde vom Bundesjustizministerium der Referentenentwurf zum Genossenschaftsgesetz anlässlich des Einführungsgesetzes zur Europäischen Genossenschaft veröffentlicht. Danach soll die Gründung von Genossenschaften erleichtert und die allgemeinen Rahmenbedingungen gerade für kleine Genossenschaften verbessert werden. Die Veränderungen des Genossenschaftsrechts können die Rechtsform der Genossenschaft für neue Zielgruppen interessant machen. In Auszügen werden nachfolgend Stellungnahmen des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, der innova eG und des thematischen EQUAL-Netzwerk »Gründungsunterstützung« veröffentlicht.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ziel einer Reihe von Stellungnahmen zu dem vorliegenden Novellierungsvorschlag zum Genossenschaftsgesetz ist es, dass die Rechtsform der Genossenschaften als Folge der Novellierung eine Alternative für verschiedene am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen wird. Die Stellungnahme bezieht sich auf den Referentenentwurf des BMJ, Referat III A 5 Berlin, vom 19. Oktober 2005 zum »Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts«. Er kann bei Interesse unter www.genossenschaftsgedanke.de mit ausführlicheren Stellungnahmen und Erläuterungen nachgelesen werden.

Selbsthilfe ermöglichen

Grundsätzlich befürworten der »Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens«, die »innova eG«, das thematische EQUAL-Netzwerk »Gründungsunterstützung« sowie der VDG, der »Verband der Gründungsinitiativen« mit Sitz in Berlin die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes. Viele der vorliegenden Novellierungsvorschläge stärken das Spezifische der genossenschaftlichen Rechtsform, nämlich die Organisationsform für die gemeinschaftliche Selbsthilfe von Personen zu sein. Dies bedeutet zum einen, dass der Charakter der Genossenschaft als Personenvereinigung bei allen Neuerungen nach dem Entwurf in vielen Punkten gestärkt oder zumindest nicht eingeschränkt wird. Betont wird in den Stellungnahmen dennoch, dass die historische Intention bei der Einführung der genossenschaftlichen Rechtsform, einen gesetzlichen Rahmen für Menschen zur Verfügung zu stellen, die aus einer Mangelsituation (Not) zur wirtschaftlichen Gruppenselbsthilfe greifen, gestärkt werden sollte.

Wesentliches Merkmal genossenschaftlicher Selbsthilfe ist, dass die eigenen Ressourcen in Form von Arbeitskraft und Fähigkeiten, von Kapital und Boden genutzt werden. Das bedeutet, dass für die Menschen, die beispielsweise in den gegenwärtigen Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der schlechteren sozialen Versorgung zur Selbsthilfe greifen, die Wahl dieser Rechtsform nicht so teuer sein darf, dass die genossenschaftliche Selbsthilfe aus Kostengründen unterbleibt. Die Stellungnahme erfolgt aufgrund der vorliegenden sehr breiten Erfahrungen, mit der Begleitung und Betreuung von Existenzgründungen von Benachteiligten am Arbeitsmarkt.

Soziale Ziele einbinden

Unter diesem Gesichtspunkt wird der gegenwärtige Vorschlag zu § 1 (1) auch die Förderung der sozialen oder kulturellen Belange der Mitglieder in den genossenschaftlichen Förderauftrag einzubeziehen, ausdrücklich befürwortet. Die Erweiterung um soziale und kulturelle Belange erleichtert es Genossenschaften in diesen meist gemeinnützigen Arbeitsbereichen, die Anerkennung als gemeinnützig zu erreichen. Eine erhebliche Erleichterung für Genossenschaftsgründungen zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Selbsthilfe liegt auch in der Senkung der Mindestzahl an Mitgliedern von 7 auf 3 (§ 4). In der Gründungs- und Aufbauphase ist die Einrichtung mehrerer Arbeitsplätze schwierig. Insofern erfolgt mit dieser Reduzierung eine entscheidende Anpassung an die Realität.

Bei einer Verringerung der Mindestzahl der Mitglieder liegt es nahe, auch einen freiwilligen Verzicht auf einen Aufsichtsrat bei Genossenschaften unter 20 Mitgliedern nach § 9 (1) zu ermöglichen. Dadurch wird die praxisferne Doppelstruktur für Kleinstgenossenschaften aufgegeben. Andernfalls müsste z.B. bei sieben Mitgliedern fast jedes Mitglied eine Organfunktion übernehmen. Eine kleine Gemeinschaft bis 20 Mitgliedern kann ihre Angelegenheiten durchaus in der Generalversammlung regeln und darüber auch den Vorstand kontrollieren.

Damit einhergehend kann es auch sinnvoll sein, nach § 24 (2) einen Ein-Personen-Vorstand bei weniger als 20 Mitgliedern zu ermöglichen. Für kleine Genossenschaften wird diese Regelung eine deutliche Erleichterung der Arbeit bringen. Ob dies unter Kontrollgesichtspunkten oder bei Wegfall des einzigen Vorstandsmitgliedes durch Krankheit oder sonstige widrige Umstände eine sinnvolle Lösung ist, soll an dieser Stelle offen gelassen werden. Kleingenossenschaften sollten für einen solchen Fall vorsorglich eine sinnvolle Lösung in Betracht ziehen.

Prüfungskosten minimieren

Von herausragender Bedeutung wird die zukünftige Regelung der Prüfung sein. Sie wird entscheiden, ob und in welchem Maße diese Rechtsform sich tatsächlich für kleinere Personenzusammenschlüsse und/oder für die gemeinschaftliche Selbsthilfe aus der Not heraus eignet. Hier sollte zweierlei bei der zu verabschiedenden Regelung beachtet werden. Zum einen darf aus der Sicht der Rechtsformnutzer wegen unverhältnismäßiger Kostenbelastungen keine Diskriminierung gegenüber anderen Rechtsformen, insbesondere gegenüber der GmbH entstehen. Zum anderen sollte bedacht werden, dass Selbsthilfe in der Entwicklungs- und Aufbauphase eher Hilfe (zur Selbsthilfe) benötigt. Insofern ist gerade in den ersten Jahren eine Belastung mit zusätzlichen Kosten nicht vertretbar. Dies leuchtet ein unter dem Gesichtspunkt, dass Existenzgründungen in anderer Rechtsform mit zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen gefördert werden. Kosten für Prüfungen, die in keiner Relation zu dem oft nicht sehr hohen Eigenkapital einer Gründung in Selbsthilfe aus der Not stehen, wirken sich für Neugründungen andernfalls regelrecht kontraproduktiv aus.

Unter dem Blickwinkel der vorherigen Ausführungen wird in § 53 (3), nach dem Genossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 1 Mio. Euro keine Prüfung des Jahresabschlusses mehr brauchen, in die richtige Richtung gegangen. Es bleibt aber bei einer zweijährigen Prüfung durch den Verband nach § 53 (1), d.h. von Vermögenslage, Geschäftsführung und Mitgliederliste. Grundsätzlich ist die Diskriminierung der genossenschaftlichen Rechtsform, die durch die weiterhin bestehende zusätzliche Prüfung des Jahresabschlusses bei kleinen Genossenschaften mit einer Bilanzsumme zwischen 1 und 4 Mio. Euro entsteht, nicht akzeptabel. Genossenschaften in dieser Größenordnung sollten, wie alle anderen Unternehmensrechtsformen, nur den Prüfungsvorschriften des HGB unterliegen. Danach gelten als kleine Kapitalgesellschaften solche, die mindestens zwei der drei Merkmale für kleine Kapitalgesellschaften nicht überschreiten (§ 267 Abs. 1 HGB), bei denen also nicht gleichzeitig der Umsatz über 8.030.000 Euro, die Bilanzsumme nicht über 4.015.000 Euro und die Zahl der Beschäftigte unter 50 liegt.

Stufenmodell der Prüfung

Diese selbstverständliche Anpassung an die GmbH reicht aber nicht aus. Grundsätzlich ist es zweckmäßig, bei der Prüfung ein Stufenmodell nach drei Größenordnungen einzuführen:

1. Nur große Genossenschaften werden einer strengen Prüfung nach den gegenwärtigen Richtlinien unterworfen.
2. Bei den mittleren Genossenschaften sollte der im Referentenentwurf vorgeschlagene Wegfall der Buchprüfung angewendet werden. Eine umfassendere Prüfung kann die Generalversammlung jederzeit beschließen.
3. Bei kleinen Genossenschaften sollte auf die Pflichtprüfung per Beschlussfassung der Generalversammlung verzichtet werden können, wenn zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllt sind:
   a. durch Beschlussfassung der Generalversammlung und Bestimmung eines Verantwortlichen wird eine interne qualifizierte Prüfung (entsprechende berufliche Kenntnisse der zur internen Prüfung bestellten Person) durchgeführt;
   b. die Buchführung und die Erstellung der Bilanz wird über einen vom genossenschaftlichen Prüfungsverband vorgeschlagenen Dienstleister erbracht;
   c. das Eigenkapital liegt in der Höhe des Mindestkapitals einer GmbH.

Gleichstellung bei Förderungen

Ergänzend sollten für genossenschaftliche Neugründungen finanzielle Anreize bzw. Förderungen gegeben werden, wirtschaftliche Beratungsleistungen in Anspruch nehmen zu können. Indem hier in den ersten fünf Jahren Unterstützungen gegeben wird, kann sichergestellt werden, dass die geringe Insolvenzzahl bei Genossenschaften weiterhin durch eine qualifizierte Prüfung und Beratung zu erreichen ist, ohne die abschreckenden Wirkungen für die Rechtsformenwahl durch die Kostenbelastung der Prüfung weiterhin zum Tragen kommen zu lassen. Nur so lässt sich dauerhaft ein Ausweichen möglicher genossenschaftlicher Unternehmensgründungen in andere Rechtsformen vermeiden.

Begleitend zu den Änderungen zwecks Entlastung bei den Prüfungskosten gehört die im Novellierungsvorschlag enthaltende Ergänzung, nach der im § 59 (2) jedes Mitglied das Recht erhält, in der Generalversammlung Einblick in das zusammengefasste Prüfergebnis zu nehmen. Diese Stärkung der Informationsrechte der Mitglieder ist ein wichtiger Schritt und sollte auch, da dies im Entwurf nicht deutlich wird, bei Bestehen einer Vertreterversammlung Gültigkeit haben.

Wichtig erscheint noch, eine im Novellierungsentwurf nicht enthaltene Regelung aufzunehmen, die gerade für Genossenschaften mit sozialer und kultureller Ausrichtung sinnvoll sein dürfte: Die Ermöglichung von laufenden Zahlungen für den Geschäftsbetrieb analog einem Verein durch Mitgliedsbeiträge. Dies würde die Arbeit von sozial oder kulturell orientierten Genossenschaften wesentlich erleichtern, die nicht über ausreichende Erträge aus dem Geschäftsbetrieb verfügen, um ihre soziale oder kulturelle Tätigkeit auszuüben.●

Multiplikatorenfortbildung für genossenschaftliche Projektentwicklung

Förderung in Anspruch nehmen

Genossenschaften mit sozialen Zielen und Zwecken stehen zunehmend im Interesse vieler Gründungsinitiativen. Die Genossenschaftsgesetznovellierung zugunsten kleiner und im sozialen Bereich tätiger Genossenschaften wird diese Entwicklung noch verstärken. Deshalb startet die innova eG eine Multiplikatorenfortbildung im Bereich Genossenschaften Anfang des nächsten Jahres. Da diese Weiterbildung über EQUAL gefördert wird, könnten Interessierte einen Großteil der Kosten erlassen bekommen. Wer in den Genuss dieser Förderung kommen will, sollte sich noch in der ersten Januarhälfte bei innova melden und die Möglichkeiten der Förderung klären.

innova eG, Ansprechpartner Helmut Thieme,
Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig
Telefon (03 41) 681 09 85, Telefax 681 17 86
Email: helmut.thieme@innova-eg.de
Web: www.innova-eg.de

ETHIKBANK EG SCHREIBT 2. FÖRDERPREIS AUS

»Nachhaltiger Mittelstand«

Die EthikBank engagiert sich für nachhaltige Entwicklung und ist Stifterin des Förderpreises »Nachhaltiger Mittelstand«. Dieser ist mit 5.000 Euro dotiert. Er wird in Kooperation mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken zum zweiten Mal ausgeschrieben. Mittelständische Unternehmen, die in ihrer Arbeit Ökonomie, Ökologie und Soziales langfristig in Einklang bringen, können mit dem Preis ausgezeichnet werden.

Redaktion Heidelberg ● Was will die EthikBank mit dem Förderpreis erreichen? »Wir verstehen ihn als Impulsgeber, weil wir davon überzeugt sind, dass nachhaltiges Wirtschaften in jedem Unternehmen möglich ist – auch in konventionellen Branchen. Wir glauben, dass Unternehmen langfristig nur dann erfolgreich sein können, wenn sie ökonomische Ziele mit sozialen Bedürfnissen und ökologischer Vernunft in Einklang bringen.«, sagt Sylke Schröder, Pressesprecherin der EthikBank.

Der Förderpreis zeichnet Unternehmen aus, die sich in besonderer Weise um eine nachhaltige Wirtschaftsweise bemühen und die damit zur Nachahmung anregen. Großen Wert legt die EthikBank auf das Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen, auf Aus- und Weiterbildung, Personalentwicklung und auf Leistungen für die Umwelt. Damit orientiert sich die Bank an ihren eigenen Anlagekriterien.

Der Preis wird alle zwei Jahre vergeben; er ist mit 5.000 Euro dotiert. Die Ausschreibung des 2. Förderpreises beginnt am 30. November 2005 und endet am 30. April 2006.

Der Jury gehören Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen an: Wissenschaft, Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Der Preis wird im Herbst 2006 verliehen.

Interessenten können sich die Bewerbungsunterlagen im Internet ausdrucken:
www.ethikbank.de/inhalt/firmenkunden/nachhaltigkeitspreis/foerderpreis.htm
oder bei der EthikBank anfordern.

Grundsätzlich können Unternehmen aller Branchen nominiert werden. Eine Ausnahme bilden solche, die die Tabukriterien der EthikBank tangieren und in einem der folgenden Geschäftsbereiche tätig sind: Herstellung und Vertrieb von Militärwaffen, Besitz oder Betrieb von Atomkraftwerken, Herstellung und Vertrieb ozonzerstörender Chemikalien, gentechnische Veränderung von Pflanzen und Saatgut, Kinderarbeit.

Warum können sich nur mittelständische Unternehmen und keine Konzerne um den Nachhaltigkeitspreis bewerben? »Weil der Mittelstand Herz und Motor unserer Wirtschaft ist und weil er Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft. Er kann schnell und flexibel handeln. Durch die überschaubaren Strukturen des Mittelstandes nehmen Mitarbeiter aktiv an betrieblichen Prozessen teil.« Das ist die Überzeugung von Klaus Euler, Vorstandsvorsitzender der EthikBank.

Schirmherr des Förderpreises ist Professor Dr. Dr. Nikolaus Knoepffler, Leiter des Ethikzentrums Jena.

Der 1. Nachhaltigkeitspreis wurde im Januar 2005 im Kloster Plankstetten (Bayern) an das Biohandelsunternehmen Alnatura (Hessen) verliehen. Den 2. Platz erreichte die Soli fer Solardach GmbH (Sachsen). Drittplatzierte war die Hering Bau GmbH & Co.KG (NRW).●

Die EthikBank ist eine Direktbank für ethische und ökologische Geldanlagen. Zu ihren Angeboten gehören mittelstandsfreundliche Produkte, zum Beispiel ein preiswertes Geschäftskonto sowie lang- und kurzfristige Geldanlagen.

Kontakt für Kunden:
Kundenzentrum: 036691-862345
Telefax: 036691-58555
hallo@ethikbank.de
www.ethikbank.de

Anzeige

Massenhafte Intimität

Schon im Juli 1979, als Somoza endlich floh, hatten sich ihre Freudentränen im Kreis führender Genossen in beinahe erstickende Trauer über die vielen toten KämpferInnen verwandelt, die der Sieg der sandinistischen Volksrevolution gekostet hat. Es folgen rund zehn Jahre gewalttätiger Blockade und Wühlarbeit seitens des Dollarimperiums. Im Verein mit der dadurch begünstigten sandinistischen Strenge stimmen sie das Volk von Nicaragua wieder um, wie die Wahlen im Februar 1990 ergehen. *»Das Volk lehnt uns ab. Nie hätte ich gedacht, dass ich diesen Tag erleben müsste. Auch jetzt erfüllte mich die Verzweiflung über die Toten, doch war es diesmal viel schrecklicher. Ich fühlte, dass alle noch einmal starben, aber dass jetzt ihre Tode umsonst waren, nutzlos…«*

Damals war die feurige Werbefachfrau und Kundschafterin Gioconda Belli, zudem Dichterin, Mutter, Fernsehchefin und kaum zu heilende Anhängerin der romantischen Liebe, erst Anfang 40. Ihre Erinnerungen erschienen 2001 zunächst auf Spanisch. Sie sind gut geschrieben, spannend, lehrreich. Ungeschminkt spricht die Tochter aus besserem Hause von den Tücken der Mutterliebe, dem Rechthabertum vieler Genossen, der Unvollkommenheit jeder revolutionären Strategie. Wiederholt kommt sie auf die Mittel-Zweck-Klemme zurück, die schon große Romanciers wie Arthur Koestler und Manes Sperber beschäftigte. Heiligt der Zweck die Mittel, wird das hehre Ziel früher oder später unfehlbar von den ihm nicht gemäßen Instrumenten verbogen. Die Reise zur Quelle endet im Sumpf.

In der rund 20köpfigen Kommune Waltershausen, wo ich lebe, sind daher sämtliche Machtmittel geächtet. Das heißt natürlich nicht, sie wären bereits ausgerottet. Schon ein abfälliger Blick kann verunsicherte Teilnehmerinnen des Plenums in die Kieferdielen rammen. Auf das Verhältnis zwischen der sandinistischen Führung und der US-Regierung unter Carter/Reagan bezogen, nennt Belli sehr genau eine häufige Hürde gewaltfreier Kommunikation. Beide Seiten seien dem grandiosen Bild von sich selber verhaftet gewesen. *»Sehr früh kam es zu einem Zusammenprall der Spiegel, bei dem jede Seite das Bild zurückwies, das ihr die andere entgegenhielt.«* Allerdings ist nach allen Erfahrungen auch keine siegreiche Revolution vorstellbar, die sich der üblichen Machtmittel enthalten könnte, weil sich die Herren Somoza, Flick oder Albrecht freiwillig in eine der leerstehenden windschiefen Scheunen Mecklenburg-Vorpommerns zurückzögen. Das Gegenteil machen uns nur noch unverbesserliche Lutscher wie Lula und Lafontaine weis.

Die revolutionären Aussichten sind also nach der Lektüre dieses rund 400 Seiten starken Buches nicht rosiger geworden. Leider ärgert es auch durch ein paar literarische Mängel. Vor allem folgt das Springen der Kapitel zwischen den Zeitebenen weder einem Erkenntnisgang noch einer anderen sinnvollen Struktur; es handelt sich lediglich um eine oberflächliche Abwechselei, die beliebig bleibt. Dabei sind die albernen, märchentantenhaften Überschriften der Kapitel durchweg peinlich. Möglicherweise gehen sie aber ähnlich aufs Konto des Übersetzers oder des deutschen Lektorats wie die furchtbaren Ausdrükke *»die Schmerzen meiner Seele«* und *»Streicheleinheiten«* oder wie die immerhin seltsame Fügung *»massenhafte Intimität«*.

Trotz ihrer ernüchternden Erwägungen legt Belli den Gedanken nahe, jene vielen Toten seien vielleicht doch nicht umsonst gestorben. **Einen** Weg muss ja jeder finden. Vielleicht kommt es weder auf dessen Länge noch auf die Erreichbarkeit des Zielortes an. Sondern darauf, seinem Gewissen zu folgen, sich die Würde zu bewahren, also kurz auf Selbstachtung.●

Henner Reitmeier

Gioconda Belli: »Die Verteidigung des Glücks«, Übersetzung Lutz Kliche, Hanser Verlag 2001, 413 Seiten, 23,50 EUR, ISBN 3-446-19976-4

Die Sprengkraft des Toast Hawai

Die Deutung der Sozialrevolte von 1967/68 und ihrer Folgen bleibt umstritten, wie letzten Herbst die Debatte um das Buch von Wolfgang Kraushaar (Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005) über den von deutschen Linksradikalen verübten Anschlag auf das Berliner Jüdische Gemeindehaus am 9. November 1967 wieder einmal zeigte. Hier wird meist das Bild entworfen, die Revolte sei ein tiefgreifender Befreiungsschlag gewesen, der den Muff der 1950er und 1960er in Frage stellte. Etzemüller, Juniorprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Oldenburg deutet »1968« dagegen als Versuch, mit den fundamentalen Umwälzungen der Nachkriegsgesellschaften fertig zu werden. Er nennt drei Tatbestände: Die Entstehung der modernen Konsumgesellschaft, zweitens die Herausbildung der Jugend als eigenständig definierbarem biographischen Lebensabschnitt und als eigenständiger finanzkräftiger Gruppe und drittens die lange vor »1968« einsetzende staatliche Reformpolitik. Er will vor allem die Prozesse, mit denen diese Umbrüche gedeutet und kommuniziert wurden, in den Blick nehmen und hängt dabei nicht einem einfachen Muster von Ursache und Wirkung an, sondern versteht »1968« als Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Transformation und gleichzeitig als Reaktion auf diese. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Wandels, wie der sie begleitenden Proteste scheine seit Ende des Zweiten Weltkrieges in allen westlichen Ländern einem ähnlichem Verlaufsmuster gefolgt zu sein, so dass man also »1968« nicht als Nationalgeschichte schreiben und deuten solle. Damit werde auch der Stellenwert von »1968« als historischer Riss zwischen »repressiver« und »freiheitlicher« Gesellschaft für die Bundesrepublik zumindest in Frage gestellt. Der Autor schlägt vor, die 68er-Bewegung in einer dreifachen Perspektive zu beschreiben: als Teil eines gesellschaftlichen Strukturwandels in der westlichen Welt, als Teil einer weltweiten »imaginären« Revolutionsbewegung und als Teil einer nationalen Kultur und Geschichte (11).

Die 1950er Jahre deutet Etzemüller – relativ im Mainstream der Zeitgeschichtsschreibung – als Erfolgsgeschichte, die Eliten hätten sich auf die Demokratie eingestellt, Antitotalitarismus sei weit verbreitet gewesen, und die Bildungsexpansion, wenn nicht -explosion hätte ihr übriges getan, um ein gegenüber Neuerungen aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima zu erzeugen.

Die Jugend, deren größter Sympathisant die Industrie gewesen sei, habe nun eine neue Selbstdeutung entwikkelt, hinzu komme die durch die Befreiungskämpfe im globalen Süden und die Entkolonialisierung »transnational imaginierte Revolution«. Durch die Massenmedien, Reisen und andere Formen der Kommunikation konnte nicht nur von Schweden und der BRD aus an den Ereignissen auf der ganzen Welt teilgenommen werden. In einem unvermittelt auftauchenden Kapitel unternimmt der Autor noch einen modischen Ausflug in die zeitgenössische Kunstszene und die Populärkultur und reflektiert in einem Exkurs Apokalypse und Revolution im Kino der endenden 1960er Jahre.

In Schweden war die Sozialdemokratie von 1932 bis 1976 Staatspartei und stärker gesellschaftlich verankert als in der BRD, sie setzte viel mehr auf Konsens und Integration als ihre bundesdeutschen Genossinnen und Genossen. Die Sozialrevolte hatte in Schweden – wo Sozialisierung wie auch sonst in Europa vor allem als gesellschaftliche Planung und Produktionssteigerung verstanden wurde – lange nicht das Ausmaß wie in der BRD. Die Revolution der 68er fand also nicht statt, aber die Sprache der Gesellschaftskritik blieb und sie diffundierte in den Bürgerinitiativen und in der Alternativkultur der siebziger Jahre in die Gesellschaft hinein. Die Ambivalenz von »1968« wird an vielen Stellen deutlich: Man kämpfte zwar z.B. gegen den US-Imperialismus, übernahm aber Lebensstile und Protestformen aus den USA. Das ganze Werk ist streckenweise etwas langatmig geraten, es kann aber als Beitrag zur weiteren Historisierung von »1968« dienen. Politisch scheint eine Sympathie Etzemüllers für die Generation der »1945« durch, also derjenigen, die in den 1960er Jahren politische Verantwortung trugen und, so jedenfalls der Autor, schon seit der Nachkriegszeit überzeugte, westlich orientierte Demokraten gewesen seien; und nun von den »1968ern« scharf kritisiert wurden.

Leider sind die geschichtstheoretischen Reflektionen – ist »1968« als Ereignis- und /oder als Strukturgeschichte zu schreiben – etwas kurz geraten. Vielleicht gibt es ja dann irgendwann auch die »68er«-Geschichte, die konsequent aus Sicht der Frauen oder gar aus einer vergleichenden gender-Perspektive geschrieben ist, wie es Etzemüller fordert (175). Er hat sie jedenfalls nicht geschrieben.●

Bernd Hüttner

Etzemüller, Thomas: 1968 – ein Riss in der Geschichte. Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden; UVK Verlag, Konstanz 2005, 270 S., 24 EUR

Das Ende des Kapitalismus

Elmar Altvater schreibt viel und referiert auch oft, bei unterschiedlichen Gelegenheiten. Die Qualität ist stark schwankend – kritisch ist festzustellen, dass er sich immer ein Stück weit dem anpasst, was jeweils erwünscht ist in dem Umfeld, wo er auftritt oder veröffentlicht. Dieses Buch gehört zu den besseren Werken. Es passt sich zwar auch dem Rahmen an, und der ist durch den Verlag Westfälisches Dampfboot in eine soft-kapitalismuskritische bis neu-sozialdemokratische Richtung vorgeprägt. Die Analyse der aktuellen ökonomischen Rahmendaten ist umfassend, aktuell und präzise. Ebenso werden die Kritiklinien und im Groben alternative Ansätze beschrieben, die zur Zeit in sozialen Bewegungen bestehen. Andeutungen von der Rückeroberung sozialer Räume zeigen, dass Altvater in der Tat über den üblichen Rahmen des Reparierens am Bestehenden hinausgehen will, auch wenn er unverständlicherweise gleichzeitig die Attac-Forderung nach einer Devisenspekulationssteuer als richtige Gegenwehr bezeichnet. Gänzlich eine Leerstelle bleibt das Konkrete der Alternativen. Hier offenbart der Autor seine Lükken – als Angehöriger privilegierter Schichten braucht er, wie die meisten MeinungsführerInnen linker Kritiktheorie, keine Alltagspraxis von Selbstorganisierung und Widerstand.●

Jörg Bergstedt

Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. 2005, Westfälisches Dampfboot in Münster, 240 S.

Überholt wird links

Modrow ist der Ehrenvorsitzende der Ex-PDS, jetzt Linkspartei. Maurer ist gerade aus der SPD ausgestiegen – und schreibt nun schon ein Buch über seine neue Partei. Das Buch der beiden Profipolitiker ist wertvoll: Schonungslos offenbart sich Machtinstinkt und Anpassungswillen, zuweilen auch offener Populismus. »Seien wir Populisten« fordert, mit leicht satirischem Unterton der Kapitelautor Uwe Kant (S. 120) und Heinz Hiemann fragt sich: »Wer führt das Volk, wenn aus dem Stellungskrieg der Bewegungskrieg gegen die etablierte Macht wird«? Insofern lohnt die Lektüre des Buches mit passendem Titelbild – vorne Lafontaine, dahinter kleiner und unscharf Gysi, sonst niemand. Um die Gefahr der linkspopulistischen Kadergruppe zu erkennen und eine erneute große Enttäuschung zu vermeiden, sollten gerade Linkspartei-Fans es lesen.●

Jörg Bergstedt

Maurer, Ulrich/Modrow, Hans: Überholt wird links. 2005, Edition Ost in Berlin, 240 S., 12,90 EUR

Longo maï – zwischen Revolte und Utopie

Einfach war die Aufgabe sicher nicht, mehr als 30 Jahre bewegte Geschichte der Europäischen Kooperative Longo Maï in eine leicht zu lesende und überschaubare Form zu bringen. Beides ist der Autorin Beatriz Graf gelungen und darüber hinaus bietet sie ein Fülle von unterschiedlichen Einblicken in das Leben der »Longos«, ihrer Ziele, Aktivitäten und politischen Projekte. Seit 32 Jahren lebt die Autorin in einer der Kooperativen und verfügt damit über jede Menge Erfahrungen und Wissen, das sie durch Interviews mit älteren und jüngeren Menschen aus den Kooperativen ergänzt. Dadurch wird ein breites Spektrum an Erinnerungen, persönlichen Meinungen und auch widersprüchlichen Diskussionen deutlich.

Die Autorin erzählt von der Entstehung von Longo maï, von den Grundideen der Jugendorganisationen Spartakus in Österreich und Hydra in der Schweiz und deren Umsetzung in Theorie und Praxis nach 1968. Zentral waren dabei von Anfang an zwei parallel laufende Achsen: der Aufbau alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen – vorwiegend als Gründung landwirtschaftlicher Betriebe in regionalen Randgebieten – sowie die Bekämpfung von gesellschaftlichen Missständen. Schwerpunkte dabei sind das Engagement für bedrohte Flüchtlinge sowie gegen die industrielle Landwirtschaft. Heute existieren zehn unterschiedlich große Kooperativen in fünf europäischen Ländern, wobei nach wie vor der Schwerpunkt in Südfrankreich liegt. Hinzu kommen Kooperativen in der Schweiz, in Österreich, Deutschland und der Ukraine.

Geglückt ist zweifellos die Balance zwischen den Berichten zu Aktivitäten und Projekten einerseits und den persönlichen Einschätzungen von Beteiligten andererseits. Gelebte Praxis ist mit abendfüllenden Diskussionen und alltäglicher Widerstand mit »utopischen« Ideen in einer Art und Weise vermischt, wie es nur das pralle Leben mit all seinen Freuden, Schwierigkeiten und Widersprüchen bieten kann. Deutlich wird dabei, welch großes und vielfältiges Netzwerk in und um Longo maï entstanden ist. Leider nimmt der Zeitraum der Gründung und der Anfangszeit verhältnismäßig viel Raum ein, was zu Lasten der jüngeren Geschichte geht. Die Schwierigkeiten der letzten Jahre im Zusammenleben von den »ständigen Bewohnern, die 'verwalten' und den 'Gastschauspielern am selbstverwalteten Theater', den immer zahlreicher werdenden Pendlern und Nomaden« werden nur kurz angesprochen. Dennoch: ein lesenswertes und optimistisches Buch – aus der Praxis, für die Praxis!●

Peter Streiff

Graf, Beatriz: Longo Maï – Revolte und Utopie nach '68; Gesellschaftskritik und selbstverwaltetes Leben in den Europäischen Kooperativen, Egg (Schweiz): Thesis Verlag 2005, 180 Seiten, 21 EUR
Bestellung direkt bei: Hof Ulenkrug, D-17159 Dargun OT Stubbendorf, ulenkrug@t-online.de

Ein Schwejk in der NVA

Hätte die NVA-Führung früher gewusst, wen sie sich 1972 mit dem Wehrdienstleistenden Kurt W. Fleming ins Nest setzten, hätten sie ihn wahrscheinlich freiwillig ausgemustert. Der damals 19jährige, vom Guerillakampf in Lateinamerika träumende junge Mann bescherte der Nationalen Volksarmee und seinen Vorgesetzten nur Schimpf und Schande. In tragisch-komischer Weise stolperte er in den 18 Monaten von einem Schlamassel ins Nächste und ließ nur selten ein Fettnäpfchen aus. Ähnlich wie Haceks Romanheld Schwejk brachte Kurt mit seiner Unfähigkeit zur militärischen Haltung seine Vorgesetzten zur Weißglut – und wenn sie alles gewusst hätten, wären sie wahrscheinlich ganz und gar geplatzt. Solidarisch half er einem Leidensgefährten, in dem er kurzerhand dessen Akte umschrieb und ihn somit vor einer Verurteilung durch das Militärgericht schützte.

»Eines Tages war es soweit: er [ein Wehrdienstleistender] hatte wieder einmal Mist gebaut und ließ sich dabei erwischen. [...] Und dann war er da: der schicksalhafte Tag. Harry saß vor mir: niedergeschlagen, mit aschfahlem Gesicht und schien zu denken, dass ihm nicht mehr geholfen werden kann. [...] Mir wurde befohlen, die Papiere für die Überführung vorzubereiten. Militärpolizisten sollten ihn zum Militärstaatsanwalt bringen, der, wenn ich mich nicht irre, im Divisionsstab sein Zuhause hatte. Ich ging mir selbst zu Rate, was zu machen sei. Ich hatte eine Idee, die umzusetzen so schwer nicht war. Es kam mir nämlich dabei meine Leidenschaft im Nachahmen von Unterschriften zugute. Jeder Soldat hatte in seiner Personalakte so etwas wie ein »Führungszeugnis«. [...] Ich nahm also eine nagelneue Karte und schrieb ihm ein neues »Führungszeugnis«.« (39ff.)

Auch was die Gewährung von zusätzlichem Essensgeld oder Urlaub anging war der Schreiberling Fleming sehr freigiebig gegenüber sich selbst und anderen. Weniger Eifer entwickelte er hingegen für militärische Übungen, wo er das Lebensmotto seines Vorgesetzten »In der Ruhe liegt die Kraft« als gelehriger Schüler in der Praxis umsetzte. Neben einigen, aus heutiger Sicht sehr amüsanten Anekdoten tauchen einige, leider wenig ausgeführte Passagen über Rechtsextremismus und Folter bei der NVA auf. In Hinblick auf die Folter berichtet er: »Es gab da mehrere Grausamkeiten, die stattfanden, und es gab auch in Folge dieser sogar Todesfälle zu beklagen. Eine solche Grausamkeit, die einem Soldaten das Leben kostete, war die sogenannte Musik-Box. Diese Musik-Box war in Wirklichkeit ein Spind. Die Sache lief wie folgt ab: wenn einer dieser hirnrissigen EK's meinte, sein Verständnis von Spaß zelebrieren zu müssen, zwang er einen Soldaten , in seinen Spind zu steigen. Dieser wurde dann abgeschlossen. Die EK's [EK- Erfahrener Kämpfer; Bezeichnung für Grundwehrdienstleistende, die bereits eine Weile hinter sich hatten.] warfen kleine Geldstücke ein und verlangten, dass der eingesperrte Soldat irgendein Lied singen sollte. Das ging solange, bis die EK's keinen Spaß mehr daran hatten. Es gab aber auch einen Fall, dass ein Soldat sich weigerte, sich in seinem Spind einschließen zu lassen. Also wurde er gepackt und mit Brachialgewalt eingesperrt. Als er sich dann immer noch weigerte zu singen, wurde der Spind auf den Kopf gestellt. Sie traten mit ihren Stiefeln gegen den Schrank. Und immer noch weigerte er sich, ein Lied zu singen. Plötzlich öffnete ein EK das Fenster, und er und die anderen packten den Spind und warfen ihn aus dem Fenster, das sich im 2. Stock befand. Der Spind schlug unten auf, zerbarst, und der Soldat war auf der Stelle tot« (74f.).

Es ist sehr schade, dass diese relevanten Stellen nur angerissen werden und nicht weiter in der Berichterstattung verfolgt werden. Hier zeigt sich eine der Schwächen des Buches. Aus Fleming sprudeln die Anekdoten heraus und er schreibt sie so nieder, wie er sie in lockerer Runde bei dem einen oder anderen Bier erzählen würde. Stilistisch ist er damit weit entfernt von seinem Vorbild Hacek und verschenkt viel Rohmaterial, aus dem er hätte mehr herausholen können. Der Bericht hätte an vielen Stelle einer gründlichen Überarbeitung bedurft – in seiner aktuellen Version wirkt das Ganze leider wie eine erste niedergeschriebene Version, die den Grundstock für ein richtiges Buch in ausformulierter Form bildet. Manch eine Anekdote hätte er sich sparen können, andere hätten ruhig etwas länger sein können. Eine Stärke des Buches ist hingegen sicherlich, dass Kurt W. Fleming ein Teil verdrängter DDR-Geschichte aufarbeitet. Er bietet einen Einblick in die Gefühlswelt eines einfachen Soldaten während des Wehrdienstes bei der NVA – anekdotenreich und kritisch. Seine Erinnerungen speisen sich dabei aus seinen damals niedergeschriebenen Tagebucheintragungen, so dass trotz der großen zeitlichen Differenz von einer gewissen Authentizität ausgegangen werden kann. Ergänzt wird der Bericht durch Zeichnungen des Karikaturisten Michael Blümel, die seine Anekdoten teilweise noch veranschaulichen.●

Maurice Schuhmann

Kurt W. Fleming: Ein Schwejk in der NVA. Mit Zeichnungen von Michael Blümel. Edition Unica Leipzig 2005, 12,80 EUR, 136 S., ISBN 3-933287-68-5

Nie wieder Rundfunkgebühren!

»Wie kann ich es anstellen, kein »Rundfunkteilnehmer« mehr zu sein oder zumindest von der Gebührenpflicht befreit zu werden?« Eine Frage, die vielen GEZ-Geschädigten auf der Seele brennt. Bernd Höcker geht in seinem zweiten Buch »Nie wieder Rundfunkgebühren!« erneut auf Antwortsuche. Er klärt unter anderem über die Möglichkeiten auf, »sich der Gebührenpflicht legal zu entziehen. Es wird darüber hinaus geschildert, wie sich einzelne Personen dieser Verpflichtung erfolgreich entzogen haben.« Dabei räumt er Missverständnisse aus dem Weg. Zum Beispiel: »Ich bin Beamter von der GEZ.« Ein Einschüchterungsmanöver. »Gebührenbeauftragter« sei der richtige Begriff. Höcker hält diese eher für »aggressive Eintreiber«, die man für ihre Lüge im Dienst belangen müsse. Denn diese Lüge sei widerrechtlich und diene nur der Abzocke. Außerdem stellt Höcker ein Alternativmodell zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Motto: »Freie Wahl für freie Bürger. Wer etwas nicht konsumieren will, braucht es auch nicht zu bezahlen.« Ein demokratischer Vorschlag. Sie wollen auch wissen, wie Sie berechtigt »Gebührenbeauftragte abwimmeln« können? Reinlesen!●

Iris Schulte Renger

Nie wieder Rundfunkgebühren! So kommen Sie da raus!, Bernd Höcker, 2005, 96 S., Höcker Verlag, ISBN: 3-9804617-6-9, 7,90 EUR

IM E-MAIL-POSTFACH

Liebe Contraste-Redaktion!

In meiner Kommune (Villa Lokomuna aus Kassel) haben wir die CONTRASTE abonniert und ich bin regelmäßiger Leser. Natürlich – wie wohl bei allen Zeitschriften – mal mit mehr und mal mit weniger Vergnügen. Aber die letzte Ausgabe fand ich so gut und ansprechend, dass ich ein Abo verschenke. Weil es Spaß gemacht hat beim Lesen, weil es informativ war und das ganze, obwohl ich das Thema Archivierung überhaupt nicht als meinen Interessensschwerpunkt ansehe.

Vielen Dank
und weiterhin Alles Gute
Steffen

PROJEKTE

Suche Wohnprojekt mit Bodenkontakt, vielen humorvollen Menschen, ganz vielen Kindern und in der Nähe von Köln. Unchaotische Frau, 40, mit Vorliebe für chaotische Lagen, zwar akad. gebildet, aber eher praktisch veranlagt, mit politischer Erfahrung, aber nicht so hohen Ansprüchen und zwei Kindern, 8 + 5 J.
☎01520-265 45 49, Abends ab 21 Uhr

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, **Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; 60389 **Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; 69035 **Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 69434 **Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; 71729 **Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 **Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 **Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 **Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de und 27321 **Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten:** 35447 **Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag**, 35037 **Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

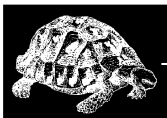
E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In der akt. Ausgabe (10/05) u.a.:
- Rainer Roth/Harald Thomé: »Der Anstand der Aufständigen«, zum Clement-Pamphlet
- Siegfried Dierke: »Eine Frage des Profits?«, zum Umbau des Gesundheitssystems
- AK: »Richtig gewählt!«, Bundestagswahlkommentar
- Kjell Hansen: »An den Taten sollt Ihr sie erkennen«, IG BAU: Tarifvertraglicher Offenbarungseid und schnelle Eingreiftruppen
- NaRa: »Hört die Signale, Schwestern!«, zur Strategie des Marburger Bundes und der Fortsetzung der Krankenhaushierarchie mit anderen Mitteln
- Kemal Bozay: »Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!«, zur politischen und gewerkschaftl. Debatte in der Türkei über den EU-Beitritt
- Florian Vollmer: »Wirkungsvolle Sozialmaschine«, zur US-amerikanischen Faschismusrezeption im New Deal

○ ○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (ggs. Vk.)

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
16. Jahrgang, Nr. 64, Dez. 2005, 224 Seiten
Neuformierung der Linken
Klönne – Die Linkspartei im Bundestag / Lieberam – Politische Krise und linke Politik / Hüttner – Soziale und kulturelle Linke
„Out of area" – Rüstung und Kapitalinteressen
Henken – Die Bundeswehr der Zukunft / Miehe – Krieg, Militär und Kapitalinteressen / Hantke – Rüstung ohne Grenzen: Die EU bewaffnet sich
Armut – Reichtum – Gesundheit
Kreutz – Armut und Reichtum in Nordrhein-Westfalen / Weiss – Disproportionen in der ärztlichen Versorgung / Kreibich – Brennpunkte des Gesundheitswesens
Gewerkschaften
Stumpf – „... keine fünf Minuten, um den Laden zum Stillstand zu bringen..." / Bürgin & Ebenau – Gewerkschaften, Rechtsextremismus und nun?
Und: Diers – Staat, Recht und Politik bei Abendroth / Solty – Beverly Silvers Theorie der kapitalistischen Entwicklung / Flörsheimer – Neuere Literatur zu China / Radewald – Cross the Border
Sowie: Berichte, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
ja! Anarchismus
Neu: Jetzt mit Citrusfrische und Extra-Langzeit-Wirkung
GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net
GWR 301/Aug. 05: Comeback der Anti-Atom-Bewegung?; Die fetten Jahre sind vorbei: Ketzerische Positionen zur Bundestagswahl 2005; Aus voller Brust für die Moral der Truppe: 50 Jahre Bundeswehr – Wir schießen quer; Bankrott der Eurokraten; „Imperiale Träume". EU, Türkei, Militarismus & Kriegsdienstverweigerung; Hiroshima; Zapatista-Initiative; Freiheit & Anarchie u.v.m.
Jahresabo 25 Euro (10 Hefte)
Probeabo 5 Euro (3 Hefte)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wie geht's weiter mit der Arbeit?
Ist die Arbeitsgesellschaft in der Krise?
Vollbeschäftigung und Wachstum sind die propagierten Ziele in den Parlamenten, manche phantasieren von längeren Arbeitszeiten. Hat die Erwerbsarbeit als Kriterium, das den Menschen ihren Platz in der Gesellschaft zuweist, nicht längst ausgedient? Welche Funktion kann die Arbeit unter Berücksichtigung zunehmender Produktivität in zukünftigen Gesellschaften noch haben? Welches Verständnis von Arbeit macht Sinn? Welcher neue Arbeitsbegriff würde ein ausreichendes, bedingungsloses Grundeinkommen ermöglichen?
In der Kommune hat Arbeit eine andere Bedeutung, kann das ein Modell für die Gesellschaft sein? Welche Modelle jenseits der Erwerbsarbeit gibt es noch und wie zukunftstauglich sind sie? Wie lassen sich Lebensgrundlagen jenseits von kapitalistisch organisierter Erwerbsarbeit schaffen?
Termin: 10.-12.03.2006

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 24.-26.03.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

KRISIS

Die Herrschaft der Ware
Einführungsseminar in die Grundlagen der Wertkritik
Kapitalismuskritik ist neuerdings wieder in aller Munde. Doch was als solche bezeichnet wird, geht zumeist am Kern der Sache vorbei. Kapitalismus ist nicht einfach die Herrschaft von Großkonzernen und Hedgefonds und auch nicht bloß eine bestimmte Organisationsform der Wirtschaft. Vielmehr handelt es sich um ein umfassendes gesellschaftliches System, das sich den Menschen gegenüber verselbständigt hat und eine ungeheure, unkontrollierbare Eigendynamik entwickelt, die unser gesamtes Denken und Handeln prägt. Karl Marx hat dafür den Begriff des Fetischismus der Warenproduktion geprägt. Was jedoch ist darunter zu verstehen? Was ist eigentlich eine Ware? Und was ist das Geld? Und wieso können diese scheinbar so unschuldigen Dinge eine ganze Gesellschaft beherrschen? Diesen Fragen soll in dem Seminar auf Grundlage von Kurzreferaten und Texten, vor allem aber auch in Diskussionen nachgegangen werden.
Termin: 17.-19.02.2006
in Steinkimmen bei Bremen
Referenten: Martin Gohlke, Norbert Trenkle und Achim Bellgart
Kosten pro Kopf inkl. Unterkunft und Verpflegung 45 Euro (Ermäßigung ist auf Anfrage möglich). Mitfahrgelegenheiten ab Bahnhof Hude werden angeboten.
Anmeldung bei Martin Gohlke:
maghb@web.de

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Überall wo Menschen zusammen leben und/oder arbeiten, müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden oft als blockierend erlebt, Konflikte eher als Krise, denn als Chance wahrgenommen.
Der Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg vermittelt grundlegende Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen, auch in angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen. So lassen sich viel leichter Lösungen finden, die den Bedürfnissen möglichst aller Beteiligten gerecht werden.
Einführungsseminare:
27.-29.1.06, 24.-26.3.06, 19.-21.5.06, 18.-20.8.06, 13.-15.10.06
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

FRAUEN

Bundesweiter Frauenprojektegipfel
Von der Industriegesellschaft des »weißen Mannes« zu einer Weltgemeinschaft der Vielfalt
Initiatorinnen: Netzwerk von Gründerinnen feministischer Projekte in Sachsen.
Ziel: Zukunftsvisionen aus unterschiedlichsten weiblichen Erfahrungshintergründen miteinander entwickeln, politisches Handeln Herauszufordern.
5 Workshops mit den Themenschwerpunkten: Weibliche Sprache; Weibliche Gesundheit; Wirtschaft und Arbeit; Globalisierung von unten; Macht und Selbstermächtigung.
Termin: 17.-19.1.2006
Ort: Ev. Akademie Meißen
Anmeldung und Programmübersicht:
www.ev-akademie-meissen.de
☎(0 35 21) 470 65 90

JUNGE LINKE

Warum bleiben die Anderen immer anders?
Dass die Menschheit angeblich in Schwarze, Weiße, Rote und Gelbe zerfällt: Davon ist ein Großteil der Bewohner dieses Planeten felsenfest überzeugt. Fängt da schon der Rassismus an – oder erst, wenn mit der angeblichen Hautfarbe bestimmte angebliche und unveränderliche Eigenschaften verbunden werden? Oder erst da, wo es abwertend und unfreundlich wird? Wie entstehen Feindbilder eigentlich? Aus Mangel an Erfahrung, aus Denkfaulheit, aus Ängsten und Nöten – oder aus Nationalismus?
Gegen Rassismus sind fast alle; darum sagt man heute auch nicht mehr »Rasse«, sondern »Kultur« und »Ethnie«. Ist das dann kein Rassismus mehr? Oder »Neo-Rassismus«? Oder alter Wein in alten Schläuchen?
Seit dem 11.9. wird »Multikulti« alle Vierteljahre zu Grabe getragen. Ist es schade um diesen alternativen Rassismus, der die »Anderen« als Bereicherung des »Eigenen« zuließ – und woran ist der denn nun »gescheitert«?
Europa gehört die Zukunft, sagt die Politik? Führt das zu neuen Zusammengehörigkeitsgefühlen von Moffen, Bergdeppen, Inselaffen, Frosch- und Spaghettifressern? Oder sind Deutsche, Österreicher, Briten, Franzosen und Italiener genau die gleichen blöden Nationalisten wie vorher?
Termin: 16.-18.12.2005, Hannover

Don't wanna be a european idiot
Noch während des Irak-Krieges konnte man keine Straßenbahn betreten, ohne mindestens ein Gespräch über die »Arroganz« des »Weltpolizisten« mitzuerleben, der doch »nur wegen des Öls« nach Irak marschiere. Die USA als waffenstarrende, vorsintflutliche Macht auszumachen, rockte damals die Massen. Im Innern herrsche dort die soziale Kälte einer Hire- und Fire-Kultur, die durch die Wall Street und die multinationalen Konzerne auf die ganze Welt ausstrahlte. Nicht wenige wussten: Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe, McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf. Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, war somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«.
Doch was ist 3 Jahre danach mit dieser Kritik geschehen? Verschwunden scheint sie nicht recht zu sein, allenfalls ruhiger ist sie geworden und hat einen Teil ihres Welterklärungsanspruches aufgegeben. Doch man muss nur wahllos jemanden auf Bush oder die USA ansprechen und es wird wie ein Wasserfall aus ihm herauskommen. Nur an militärischen Lösungen sei Bush interessiert, wohl auch wegen der starken Waffenlobby in den USA, Diplomatie ersetze er durch die Macht des Stärkeren. Die EU sei hingegen eher eine Friedensmacht, die sich für die Armen in der Welt, für die, die keine Stimme haben, einsetzt. Unsozial gehe es in den USA zu, eine soziale Abfederung, wie man sie in Europa kenne, sei dort nicht vorhanden. Viele, nicht nur Linke, nennen das dann Neoliberalismus und sehen die EU als Gegenpol, quasi als soziales Gewissen der Welt.
Und als Retterin der anständigen Esskultur, des hochwertigen Filmes, ja generell als Hort der Kultur wird Europa dann auch noch gegen die oberflächliche, kommerzialisierte Plastikwelt in Anschlag gebracht.
Was ist von diesen Aussagen zu halten? Warum werden sie nicht mehr so hitzig vorgebracht? Warum treffen sich Rechte und Linke so oft in der Kritik an den USA, und worin unterscheidet sich ihre Kritik? Ist Schröder der Friedenskanzler und hängt Merkel am Rockzipfel von Bush? Wie kommt das gute Urteil über die EU zu Stande und wie hängt dieses mit dem Grund, warum es die EU gibt, zusammen? Und was ist eigentlich Anti-Amerikanismus? Das alles und noch viel mehr wollen wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 14.-15.1.2006, Augsburg

Ohgottogott!
Seminar zu Religion und Religionskritik
Glauben ist schwer angesagt. Kaum hat der alte Bischof von Rom das Zeitliche gesegnet, entdeckte die Öffentlichkeit mal wieder den Wert der Religion. Und stößt damit nicht nur bei denen, die seit dem 11.September wissen, was der Moslem an sich für einer ist, auf Zustimmung. Wie kommen die Leute darauf, nach 200 Jahren Aufklärung an eine höhere Macht zu glauben? Welche Bedürfnisse befriedigt Religion? Ist die (post)moderne Religion von lauter naturwissenschaftlich gebildeten und psychologisch versierten Leuten die gleiche Sache, wie der verzweifelte Versuch, unverstandene Naturzusammenhänge zu beeinflussen, in dem man höheren Mächten Opfer bringt? Was hat Religion eigentlich mit Kapitalismus zu tun? Und wie wichtig sind die Unterschiede zwischen den Religionen? Kann man aus Bibel, Talmud, Koran, Veda und Buddhas Reden und Predigten die Praxis der jeweiligen Religion ableiten? Und sind New Age und der ganze Eso-Zauber die zeitgemäße Form der Religion? Pendeln wir es aus!
Termin: 27.-29.1.2006, Göttingen

Gründe der Herrschaft
Seminar zur Philosophie des Rechts (II)
Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es in der Philosophie die Tendenz, dass einstige Herrschaftskritiker sich anders besinnen. Heute sind sie der Meinung, dass der Versuch, Herrschaft abzuschaffen, nur zu noch schlimmerer Herrschaft führen könne. Herrschaftsfreiheit anzustreben, also die Möglichkeit der widerspruchsfreien Vermittlung der Zwecke der Einzelnen durch die Zwecke der Gesellschaft, bedeute notwendig eine Unterdrückung der besonderen Zwecke der Einzelnen, weil die Widerspruchsfreiheit nur durch Weglassen von Widerstreitendem, durch Nivellierung von oben entstehen könne. Hegel dagegen hat versucht, eine solche Vermittlung ohne Unterdrückung des Besonderen zu denken. Ob und wie weit das funktioniert, bei Hegel und über ihn hinaus, und warum das sinnvoll sein könnte, soll auf dem Seminar behandelt werden.
Bei unserem letzten Seminar zur Rechtsphilosophie ging es um die Begründung des Eigentums und des Rechts bei Hobbes und Locke. In deren Theorie ließ der Mangel an Gütern und die Notwendigkeit der Sicherung des Eigentums den Staat als beste aller Notlösungen erscheinen. Gegen sowohl die frühbürgerliche Theorie als auch die späte des zwanzigsten Jahrhunderts will Hegel von Notlösungen nichts wissen. Für ihn ist der Staat die verwirklichte Vernunft, die vernünftige Organisation von Gesellschaft schlechthin. Wir wollen prüfen, inwieweit der Staat diesem Anspruch gerecht werden kann und einen Ausblick geben, wie man über Hegel hinausgeht, ohne wie heutige Strömungen den Anspruch auf vernünftige Lösungen aufgeben zu müssen.
Textgrundlage werden Passagen aus Hegels »Grundlinien der Philosophie des Rechts« sein, die zum Teil gemeinsam gelesen und zum Teil referiert, in jedem Fall aber gemeinsam diskutiert und auf ihre Konsistenz geprüft werden.
Teilnehmen darf jeder. Der Besuch des letzten Seminars ist keine Voraussetzung.
Termin: 10.-12.2.2006, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎ (05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

BREMEN

Individualisierung und Organisation – Emanzipation in und von Organisationen
Vortrag und Diskussion mit Lars Meyer, SEARI
Lars Meyer ist Politikwissenschaftler und u.a. Lehrbeauftragter an der Uni Bremen. Unter modernen Managementstrategien wird die Wahrnehmung der eigenen Unterdrückung in der Arbeit schwieriger. Es geht darum, wie die Entwicklung bewusst gemacht und den destruktiven Folgen vorgebeugt werden kann und welche Perspektiven der Individualisierung es jenseits von Organisationen gibt.
Termin: 13.01.2006, 20 Uhr
Ort: Villa Ichon, Goetheplatz 4
28203 Bremen
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit SEARI – Gesellschaft zur Förderung sozialökonomischer Handlungsforschung e.V.

BERLIN

Lidl-Kampagne meets Basisgewerkschaft
Derzeit versuchen Gewerkschaften verstärkt, in Bereichen Fuß zu fassen, die traditionell als schwer zu organisieren gelten (Einzelhandel, Dienstleistungsbereiche etc.). Vorreiter dabei sind insbesondere verschiedene US-amerikanische Dienstleistungsgewerkschaften. Was ist aus basisgewerkschaftlicher Perspektive von derartigen Organisationsansätzen zu halten?
Diskussion mit Agnes Schreieder von der Lidl-Kampagne (ver.di).
Termin: 13.01.2006, 20 Uhr

Was ist Anarchosyndikalismus?
Du wolltest schon immer wissen, was hinter dem Wort steckt, das sich nur in ausgewählten Wörterbüchern findet und schon so manchen einen Schiffbruch bei der Aussprache beschert hat? Welche sonderbare Bewegung verbirgt sich hinter jenem Etikett, dessen Anhänger am liebsten alles in schwarz-rot gestrichen sehen wollen, seltsame Dinge über Gewerkschaften und Anarchismus faseln, Kapital UND Staat dem Erdboden gleich machen wollen und sich dann auch noch über sogenannte »autoritäre Kommis« empören?
Termin: 20.01.2006, 20 Uhr

Kintop: L'emploi du temps
Ein französischer Film von Laurent Cantet, Filmemacher von Ressources humaines. Wie schafft man es, seinen Verwandten zu verschweigen, dass man seinen Job verloren hat, und ein »normales« Leben weiterzuführen? Auf einer persönlichen Ebene ist diese Problematik hervorragend und sensibel dargestellt.
Termin: 27.01.2006, 20 Uhr
Alle Veranstaltungen: FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-Mitte, U2, Senefelder Platz

»Die Badewanne«
Ein surrealistisches Künstlerkabarett der früben Nachkriegszeit
Gab es einen deutschen Surrealismus? In der surreal anmutenden Trümmerlandschaft Berlins, unmittelbar nach der sogenannten Stunde Null 1949-1950 gab es ihn. Beschworen wurde er von einer überschaubaren Gruppe unentwegter Dichter wie Johannes Hübner und Lothar Klünner sowie unterschiedlicher bildender Künstler wie u.a.: Heinz Trökes, Alexander Camaro, Wolfgang Frankenstein und Werner Heldt, um nur einige zu nennen. Ihr Forum war ein Künstlerkabarett mit dem schönen Namen »Badewanne«. In diesem lebte die Grundidee der künstlerischen Avantgarde seit dem Cabaret Voltaire wieder auf, die man die Idee eines Gesamtkunstwerks als Varieté nennen könnte. Mit ihren frappierenden Darbietungen verwirrten und begeisterten sie das kulturell ausgehungerte Nachkriegspublikum gleichermaßen. Sie proklamierten in der Vier-Sektoren-Stadt ihre Zone 5 der Freiheit und der Kunst und knüpften so an die durch die Nazizeit gekappten Verbindungen zur internationalen Avantgardekunst wieder an. Diese verbanden sie mit den damals aktuellsten Bestrebungen der Künstler und Intellektuellen wie z.B. dem Existentialismus.
Dieser Ort des freien Denkens, der durchdrungen war von einem subversiven Geist, der gegen ein Erstarken alter und neuer Autoritarismen gleichermaßen den Stachel löckte, fand dann in den Jahren nach der Währungsreform und der Restauration der Adenauerzeit ein jähes Ende.
(Vortrag und Diskussion) (Eintritt frei)
Termin: 13.01.2006, 19 Uhr
Bibliothek der Freien
Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, D-10405 Berlin-Prenzlauer Berg

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs Regionalberatung/ Regionalmanagement XIII. Fortbildung 2006/2007
Eine berufliche Qualifizierung für Planer, Ingenieure, Berater und Umweltbeauftragte
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum dreizehnten Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2006 bis März 2007 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
25./26.03.2006 in Kassel
Informationen & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstrasse 23, 53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
e-mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
www.akademie.kljb.org

RUND UMS REISEN

Reisepavillon
Fotosafari in Afrika, Schlemmen in Frankreich, Familienurlaub in Italien, Mountainbiking in den Alpen, Trekking durch Lappland, Jugendreisen mit dem Wikingerschiff ... Ähnliches und vieles mehr können die Besucher auf dem Reisepavillon 2006 erleben.
Zusätzlich machen rund 150 spannende Veranstaltungen während der drei Messetage Lust auf Urlaub. Kino, Reiseberichte, Diashows, Workshops und Diskussionen beschäftigen sich mit den ganz unterschiedlichen Aspekten rund um die schönsten Wochen des Jahres.
3. bis 5. Februar 2006, Halle 2, Messegelände Hannover
E-Mail: info@reisepavillon-online.de
Internet: www.reisepavillon-online.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg